

Leipziger Volk

Parteilosensinnen, Genossen!
Leistet Wahlhilfe!
Die Partei braucht euch!

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-Abholer 1,90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefonon Sammelnummer 72206 - **Vollschaffkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. - **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 - Telephon 72206

Inseratenpreise: Die Wochenspalt, Kolonelle 35 Wfr., bei Wochenschrift 40 Wfr., Stellenangebote 10 Wfr., Kolonelle 25 Wfr. Familienanzeigen von Privaten die 10 Wfr., Kolonelle mit 10% Nachsch. Reklamespalt 2 Wfr. Inzerate v. ausw.: die 10 Wfr., Kolonelle 40 Wfr. bei Wochenschrift, 50 Wfr., Reklamespalt 2,25 Wfr.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen

Achtung! Achtung! Herr v. Reudell!

Ein geplantes Verbot gegen Rotfront

Die Ministertage des Herrn von Reudell sind gezücht, ganz gleich, ob der Bürgerblut die Wahlen überleben wird oder nicht. Das Maß des Marschalls von Jägerid ist überrollt. Das aber hindert ihn nicht, zu immer neuen reaktionären Schlägen auszuholen. Herr von Reudell hat zwar nichts getan, die Republik und die Verfassung vor den Radaubanden der Hakenkreuzler zu beschützen, um aber dieses Manco auszugleichen, versucht er nun einen Schlag gegen den Roten Frontkämpferbund, die Wehrorganisation der KPD. Die Tägliche Rundschau, also das Organ Stresemanns, stellt im besonderen fest, daß dieser Plan unmittelbar vom Reichsminister des Innern, also von Herrn Reudell, ausgegangen sei.

Das Vorgehen des „glorreichen“ Marschalls von Jägerid stütze sich, wie weiter berichtet wird, auf Vorgänge aus früherer Zeit, in der Hauptsache aber wohl auf die Zusammenhänge, die im Verlaufe der Monate zwischen Hakenkreuzbanditen und Roten Frontkämpfern festgefunden haben. Der Innenminister stützt sich auf § 17, Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik, er sagt vor allem, daß der normale Verlauf des Wahlkampfes durch das Eingreifen der Roten Frontkämpfer verhindert werde.

Wir haben gewiß mit unserer Kritik gegen den Roten Frontkämpferbund niemals zurückgehalten und billigen auch heute die von ihm vielfach eingeschlagenen Kampfmethoden keineswegs.

Das aber hindert uns nicht, gegen die geplanten Maßnahmen des Herrn von Reudell den schärfsten Protest zu erheben. Gegen die Reaktion des schwarzweißroten Bürgerblats steht die gesamte Arbeiterklasse einheitslich und geschlossen da.

Der Kampf gegen den Roten Frontkämpferbund wäre nur der Vorbote für weitere reaktionäre Maßnahmen, die im Lager der Schwarzweißroten schon immer geplant worden sind.

Staatsrechtlich liegen die Dinge so, daß der Reichsminister des Innern ein solches Verbot nicht ohne weiteres erlassen kann. Die Länder haben das Recht, gegen derartige Maßnahmen innerhalb der nächsten 48 Stunden Einspruch beim Staatsgerichtshof zu erheben. Aus diesem Grunde hatte sich Herr von Reudell mit dem sozialdemokratischen Innenminister Preußens, dem Genossen Grezinski, in Verbindung gesetzt, um dessen Zustimmung zu dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erhalten. Grezinski hat sich mit aller Entschiedenheit gegen das Ersuchen des Reichsinnenministers gewandt. Und daran dürften die geplanten Maßnahmen vorläufig gescheitert sein.

Der Reichsinnenminister verfolgte durch die Aussprache mit Grezinski noch ein besonderes Ziel. Der preussische Minister sollte

Herrn von Reudell zur Deckung dienen, zuletzt ging sein Bestreben darauf hinaus, durch das Verbot die Wahlausichten für die kommunistische Partei zu verfrachten. Dieser Plan wurde freilich rechtzeitig durchschaut. Grezinski hat mit vollem Recht eingewandt, daß er erst unmittelbar nach der Aufhebung der verboten gewesenen Nationalistische Arbeiterpartei für Berlin freigegeben habe. Im Ausgleich dafür sollte er nun seine Hand dazu bieten, dem Roten Frontkämpferbund das Lebenslicht auszublauen?

Was würde wohl geschehen sein, wenn an Stelle Grezinskis etwa Herr v. Lindener-Wildau oder Herr v. Schlange-Schoenungen, zwei stramme schwarzweißrote Deutschnationale, auf dem Stuhl des preussischen Innenministers sitzen würden? Diese hätten sich bereitwillig dazu hergegeben, die reaktionären Maßnahmen des Landrates aus der Kapp-Putschzeit, des Herrn von Reudell, durchzuführen, woraus mancherlei politische Schlüsse zu ziehen wären. Insbesondere für die Kommunisten, die nichtbestimmter auch in dieser Frage ihre Hauptstütze weniger gegen den Hort der Reaktion, gegen Herrn von Reudell, sondern gegen die Sozialdemokratie konzentrieren. Behauptet doch die Rote Fahne heute schon, daß „sozialdemokratische Führer und Gewerkschaftsbureauführer“ bei der Abwehr des deutschnationalen Ministers Pate gestanden hätten.

Im Kampfe gegen die Reaktion steht die Arbeiterklasse fest und in geschlossenster Front. Ganz gleich, ob zum Danke dafür die Sozialdemokratie vom Roten Frontkämpferbund und der kommunistischen Presse noch härter als bisher bejudelt wird.

Das Endziel der Kommunisten ist freilich die Zerstörung der Sozialdemokratischen Partei, dabei aber bleiben ihre redelustigen Führer auf Granit. In diesem Sinne aber besteht eine höchst sonderbare Einheitsfront. Der deutschnationale Ministerkandidat, Herr von Lindener-Wildau, erklärte in einer Versammlung in Frankfurt a. M. in völliger Übereinstimmung mit den Hauptern der KPD: „Der Weg zur Erhaltung des deutschen Volkes gehe über die Verschlagung der Sozialdemokratischen Partei, nicht über eine Koalition mit ihr.“

Die TU teilt mit, daß just am 1. Mai, am Vorkriegstag, Herr von Reudell, der reaktionäre Innenminister, der Vorkämpfer gegen die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats in Leipzig sprechen werde. Für den 28. April wird Graf Westarp für die Reichstagsabgeordnete. Die Leipziger Arbeiterklasse wird ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten wissen. Bis zur Auffstellung der deutschnationalen Kandidatenliste freilich hat es bis zur Stunde nicht gelangt, denn die reaktionärsten Schwarzweißroten sind den Leipziger Deutschnationalen immer noch nicht reaktionär genug.

Zeitgemäße Erinnerungen

Von Gerhart Seger, Berlin.

Die Tatsache, daß der bevorstehende Wahlkampf nach dem Rücktritt einer Rechtsregierung geführt wird, erfordert es, vor allem die Deutschnationale Partei entscheidend zu schlagen. Es ist daher notwendig, gerade gegen diese große Trägerin der Reaktion auf allen Gebieten die Waffen zu sammeln und Aufklärung über sie zu schaffen.

Immer noch, obwohl schon zehn Jahre vergangen sind, wird das wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands (und der meisten anderen Länder) durch die Nachwirkungen des Krieges bestimmt. Deshalb sollte die Gelegenheit dieses Wahlkampfes eifrig benützt werden, den Anteil an der Kriegsschuld, den die in der Deutschnationalen Partei vertretenen Kreise haben, herauszustellen. Dieselben Politiker, dieselben Militärs, dieselben „nationalgesinnten“ Schichten, die heute den Pazifismus bekämpfen — sie wollen, wenn von der Kriegsschuld die Rede ist, vor dem Kriege alle Pazifisten gewesen sein. Während sie heute über jeden Fehlschlag der Abrüstungspolitik jubeln und eifrig an einer Wiederaufrüstung Deutschlands arbeiten, während sie jede Verständigungspolitik verdammen und die heranwachsende Generation militarisieren, wollen sie vor dem Weltkriege alle Kriegsgegner gewesen sein — da sollen allein Poincaré und Jwoffski den Krieg angezettelt haben. Nun, soweit überhaupt für den Krieg von der Schuld einzelner Politiker und einzelner Schichten gesprochen werden kann, sind die „Nationalgesinnten“ gerade in Deutschland die Hauptschuldigen. Sie sind es nicht nur, was den Ausbruch des Krieges im August 1914 betrifft, sie sind es vor allem auch, was die Verlängerung des Krieges und damit seine fürchterliche Wirkung für Deutschland angeht.

Das Verdienst, darüber neues Material, urkundlich belegt und in guter Darstellung, beigebracht zu haben, kommt dem langjährigen Geschäftsführer und jetzigen Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, Otto Lehmann-Rußbüldt, zu. Im Verlage Henke & Co., Berlin, hat er eine Arbeit erscheinen lassen, die für jeden politisch Interessierten lesenswert ist, die aber im Wahlkampf ganz unerschöpfbare Dienste leisten dürfte. Der Kampf der Deutschen Liga für Menschenrechte, vormals Bund Neues Vaterland, für den Weltfrieden 1914—1927, so lautet ihr Titel. Ein kleiner Kreis entschlossener Menschen, deren innere Festigkeit sie vor der Kriegssphäre bewahrte, begann schon 1913 unter der Führung des ehemaligen Rittmeisters Kurt v. Tepper-Laski für die deutsch-französische Verständigung zu arbeiten und agitierte lebhaft gegen die große deutsche Wehroverlage von 1913, die als eine „Mobilmachung im Frieden“ empfunden wurde. Der Ausbruch des Weltkrieges fand diesen Kreis, zu dem viele spätere Unabhängige Sozialdemokraten gehörten auf dem Posten: vom ersten Tage an Kriegsgegner, haben diese Männer die öffentliche Meinung für eine schnelle Beendigung des Krieges ohne Annexionen, durch einen Verständigungsfrieden, zu gewinnen versucht. Dabei hatte der Bund Neues Vaterland (gegründet am 16. November 1914) die Genugtuung, unabhängig von seiner eigenen Arbeit die gleiche Bestrebung in England emporzuwachsen zu sehen. Die Union of Democratic Control wurde von Morel, Macdonald und anderen geschaffen, die in England der Kriegssphäre und dem Sozialpatriotismus mutig zu Leibe rückten.

Unter der scharfen Zensur des Militärs und angesichts des Burgfriedens in Deutschland war die Arbeit des Bundes, die in vielen Stücken eine höchst nützliche Vorarbeit für die so viel später einsetzende Tätigkeit der USF war, natürlich außerordentlich schwer. Um so bedeutungsvoller waren die Bemühungen dieses Kreises, durch Wiederherstellung internationaler Beziehungen festzustellen, welche Möglichkeiten zu einem Friedensschluß bestanden; in dem Buche Lehmann-Rußbüldts finden sich darüber eine Fülle von neuen Tatsachen, die für den politischen Kampf in Deutschland ausgewertet werden müssen. Es sei als erster Schritt die auf Einladung des holländischen Antikriegsrates zustande gekommene Konferenz in Haag, 7. bis 10. April 1915, genannt. Die Delegation des Bundes Neues Vaterland erhielt von der deutschen Sozialdemokratie den Bescheid, daß der Parteivorstand nicht vertreten sein wolle, sondern nur eine Sympathieerklärung abgäbe. Das Auswärtige Amt gab Pässe und versiegelte Schriften des Bundes, gegen deren Verbreitung in Deutschland selbst das Oberkommando Maßnahmen ergriffen hatte! Die Konferenz beschäftigte sich offiziell mit Völkerrechtsfragen, aber die Begegnung deutscher und englischer Politiker führte, angeregt durch einen hohen holländischen Justizbeamten (Dresselhaus), zu dem Versuch einer Friedensvermittlung, der von Deutschland aus im Keime erstickt wurde.

Der Bund Neues Vaterland hat in der gleichen Weise während des ganzen Krieges seine Bemühungen fortgesetzt; welches Echo der erste Versuch z. B. bei der deutschen Regierung fand, darüber unterrichtet die besonders wertvolle Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen dem amerikanischen Obersten House und dem deutschen Unterstaatssekretär Zimmermann. Als der Bund nach der wahnsinnigen Annexionseingabe der sechs deutschen Wirtschaftsverbände vom 20. Mai 1915 eine wirkungsvolle Gegenaktion einleitete — Eingabe an den Reichstag: „Sollen wir annektieren?“

Schiedspruch für Leipzig

Haack übertrumpft Brandt!

Einmütige Ablehnung — schärfste Gegenwehr notwendig!

Vor etwas länger als Jahresfrist fällt der Vorgänger Haacks, der Schlichter Brandt, für das Leipziger Tarifgebiet der Metallindustrie einen Arbeitsgerichtsentscheid, der an Unternehmervillfährigkeit nichts zu wünschen übrigließ und der infolgedessen einen Entrüstungsturm der gesamten deutschen Arbeiterschaft entfachte.

Der am Dienstag vom Schlichter Haack gefällte Schiedspruch über die Lohnregelung für die Kreisshauptmannschaft Leipzig stellt diesen Brandtschen Schiedspruch noch weit in den Schatten. Der Lehrling Haack hat seinen früheren Meister Brandt übertrumpft! Der Schiedspruch hat folgenden Wortlaut:

1. Die Ferienregelung für das Jahr 1928 erfolgt in derselben Weise, wie in der Verhandlung am 1. März 1928 zwischen den beiderseitigen Verhandlungskommissionen beschlossen und niedergeschrieben ist.

2. Unter Beibehaltung der Abstaffelung nach der bisher geltenden Lohnstufen werden die Ausgangsziffern wie folgt bemessen:

- a) für Akkordbasis 86 Wfr.,
- b) für Lohnarbeit 85 Wfr.

Der Mittellohn bleibt auf der bisherigen Höhe von 88 Wfr. pro Stunde.

Die Lohnstufen gilt unbeschränkt ab 1. April 1928 mit einmonatiger Kündigungsfrist am Schlusse des Kalendermonates, die das erste Mal für den 31. März 1929 ausgesprochen werden kann.

Erklärungsfrist bis 21. April, mittags 12 Uhr.

geg. Haack.

Was bedeutet dieser Schiedspruch?

Nicht mehr und nicht weniger, als daß die Löhne der Lohnarbeiter in der Praxis nicht die geringste Erhöhung erfahren. Der Lohnarbeiter mußte bisher nach sechsmonatiger Tätigkeit in der Spitze einen Mindeststundenlohn von 88 Wfr. erhalten. Wie lautet der Schiedspruch Haacks?

„Der Mittellohn bleibt auf der bisherigen Höhe von 88 Wfr. bestehen.“

Daraus ist mit aller Klarheit zu ersehen, daß, obwohl das letzte Lohnabkommen bereits 1 Jahr läuft und der Schiedspruch wiederum eine Geltungsdauer von einem Jahre vorsteht, die Lohnarbeiter trotz aller eingetretenen Teuerung, trotz der Niedrigkeit der bisher bestehenden Löhne, ohne jede Lohnerrhöhung bleiben sollen. Den Akkordarbeitern will man die Akkordbasis von 83 auf 86 Wfr., also um 3,61 Prozent, erhöhen. 70—75 Prozent der gesamten Leipziger Metallarbeiter werden davon betroffen.

Die Forderung nach Neuartafelung der Beschäftigtenlohnung, desgleichen über Schutzkleidung, hatte der Schlichter Haack einfach vergessen. Ein Beweis, mit welchem Ernst er seine Aufgabe erfüllt. Das nennt sich dann unparteilicher Schlichter!

Die Vertreter der Metallarbeiter sind gewiß nicht mit großen Hoffnungen zu einem Haack nach Dresden gefahren. Aber eine derartige Verhöhnung, eine derartige Provokation, hatte er sich bis jetzt immerhin noch nicht geleistet. Daß ein derartiges Monstrum von Schiedspruch nicht Wirklichkeit werden darf, braucht eigentlich kaum erwähnt zu werden. Leipziger freigewerkschaftliche Metallarbeiter werden Donnerstag früh in 9 Versammlungen darauf antworten.

Ablehnung des Sachsen-Schiedspruchs

Die Landesarbeitskommission des DMB hat am Dienstag beschlossen, den am Montag gefällten Schiedspruch den Mitgliedschaften zur Ablehnung zu empfehlen. Als Begründung wird angegeben, daß der Schiedspruch in seiner materiellen Auswirkung vor allem deshalb unannehmbar sei, weil nach ihm der größte Teil der Hüttenarbeiter vollkommen leer ausgehe. Außerdem ist der Schiedspruch mit dem Manteltarif nicht in Einklang zu bringen.

Die Dresdener Deputierten des Deutschen Metallarbeiterverbandes haben am Montagabend in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung Stellung genommen; einmütig ging die Auffassung dahin, daß der Schiedspruch unannehmbar sei. Der Referent, Kollege Böller, erklärte die Organisationsleitung werde bei den Verhandlungen, die voraussichtlich Anfang der nächsten Woche beim Reichsarbeitsministerium stattfinden, alles versuchen, damit dieser Spruch nicht für verbindlich erklärt werde.

vom 20. Juni 1915 —, lehte zuerst eine Pressefehde ein, der zweite Bundesvorsitzende, der bekannte Ingenieur Dr. Graf Arco, wurde von den Militärbehörden behelligt, dann wurde mit Verboten, Vernehmungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen vorgegangen — der beste Beweis für die missliche Kriegsgewerkschaft und die wirkungslose Arbeit dieses vorbildlich entworfenen Kreises!

Das Buch Lehmann-Kugbärdts, dessen Inhalt sich hier nicht einmal risslos andeuten läßt, berichtet dann aus der Nachkriegszeit von der sofort begonnenen Arbeit für die Wiederanbahnung der internationalen Beziehungen, wobei die deutsch-französische Verständigung im Vordergrund stand. Der Bund hatte Opfer, nichts eht ihm mehr als die Namen der vier ermordeten Mitglieder: Kurt Eisner, Gustav Landauer, Alexander Jutras, Hans Baasche. Mit der Namensänderung des Bundes in „Deutsche Liga für Menschenrechte“ erfolgte dann, 1920/1921, die ersten gemeinsamen Arbeiten mit der französischen Liga für Menschenrechte. Die größte Auswirkung hatte die deutsch-französische Rundgebung im Reichstag am 11. Juni 1922, bei der die Franzosen Victor Bajot, C. Fonglé, Ferdinand Buisson, Madame Menard, Pierre Renaudel (der 1921 in Leipzig Gast des damaligen USF-Parteitages war) und Prof. Kuffner; die Deutschen Albert Einstein, A. v. Gerlach, Harry Graf Kessler, O. Lehmann-Kugbärdt, Paul Löbe, Paul Ostreich und Dr. L. Schücking mitwirkten. Die Liga hat planmäßig im Geiste dieser Rundgebung weitergearbeitet, wovon u. a. die Erfolge in ihrem deutsch-französischen Schüleraustausch zeugen. Heute hat sie, wie ihr Name sagt, ein fruchtbares Arbeitsgebiet: das Menschenrecht Deutscher gegen die deutsche Kolonialpolitik zu verteidigen.

Mögen die Jüden, die tapigere Männer und Frauen im Kriege unter der Flut der Kriegsgeschosse rein erhalten, durch einen schneidig geführten Wahlkampf in Deutschland eine geistige Heimstätte erhalten — sie sind es wert; und im Kampfe dafür ist die Geschichte dieses mutigen Kreises eine gute Waffe.

Reichswehr und Fememorde

Nicht rechtlich, aber moralisch verantwortlich!

II. Im Beleidigungsprozeß gegen den Mitarbeiter der Weltbühne Salomon und den Herausgeber Objektiv sollte das Gericht nach 2-stündiger Beratung folgendes Urteil: Die Berufung der Angeklagten wird mit der Maßgabe verworfen, daß an Stelle der von der ersten Instanz festgestellten Gefängnisstrafen gegen den Angeklagten Salomon eine Geldstrafe von 1000 Mark und gegen den Angeklagten Objektiv eine solche von 600 Mark verhängt wird.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus, das Gericht sei der Auflage insofern gefolgt, als es angenommen habe, daß der Artikel die strafrechtliche Verantwortung der Reichswehroffiziere im Sinne des dem Oberleutnant a. D. Schulz zur Last gelegten Verbrechens gemeint habe. Die Anlagebank, von der die Rede ist, könne nur als Anlagebank des ordentlichen Gerichts verstanden worden sein. Dies allein müßte der unbezweifelbaren Ansicht aus dem Gehalt des Artikels herausleiten, nicht aber die moralische Verantwortung der Reichswehr-offiziere. Bei der Strafzumessung müßte aber berücksichtigt werden, daß der inkriminierte Artikel nur der letzte in einer ganzen Serie von Artikeln war, deren Aufgabe es sein sollte, den Krebs-schaden der Fememorde aufzudecken; das aber war das gute Recht des Verfassers.

Die Bedeutung dieses Prozesses ist, daß die moralische Verantwortung der Reichswehroffiziere für die Fememorde unüberwindlich festgelegt worden ist, wenn auch die Urteilsbegründung diese mit keinem Worte erwähnt. Dem Reichswehrminister Gehler war das Siegert-Urteil im Wilmso-Prozeß, das die Mitschuld der Reichswehr festlegte, in die Glieder gefahren. Durch die Strafangelegenheit gegen die Weltbühne hoffte er sich zu rehabilitieren. In Wirklichkeit geht er aus dem Prozeß moralisch verurteilt hervor. Das Beweisergebnis des zweiten Sitzungstages zeigte dies noch in höherem Maße auf als der erste Tag.

Der junge Major Buchruder bestätigte die Worte seines Briefes, den Oberleutnant Schulz feinerseit aus der Festung Gollnow geschrieben hat, daß die Reichswehrstellen von den Norden haben wissen müssen. „Donnerwetter“, sagte er, „das muß doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn ich in der mir unterstellten Formation nicht gemerkt haben sollte, wenn ein Mensch erledigt wird.“ Der Major Buchruder sagte nun, er habe nur die Standort-älteste gemeint. Er habe nur ausdrücken wollen, daß auch er als nächster Vorgesetzter von Schulz die gleiche Verantwortung trage wie er. Er müßte aber schließlich zugeben, daß auch die Reichswehroffiziere im Reichswehrkommando eine gewisse Verantwortung triffe.

Neben der Frage der Verantwortung liegt die andere Frage, ob die Mitglieder der Arbeitskommandos Soldaten waren. „Juristisch nicht“, erklärte Oberst von Bod, „sie konnten sich aber als Soldaten fühlen.“ Bod mußte zugeben, daß sie Ge-richtsübungen vornahmen, als Abwehrmannschaften bei einer Reichswehrparade teilnahmen und daß sie auch juristisch Soldaten in dem Augenblick geworden wären, in dem man sie an die Front berufen hätte.

Als einer der Verteidiger den Oberleutnant Schulz als Zeugen befragte, ob es wahr sei, was behauptet werde, nämlich, daß die Mitglieder der Arbeitskommandos keine Soldaten gewesen seien, schlug dieser mit höchster Erregung, die Würde des Gerichts verzeugend, mit der Faust auf den Tisch und schrie in den Gerichtssaal hinein: „Auch, daß man Leute, die sich für das Vaterland opfern, immer wieder als bezahlte Arbeiter hinstellt. Sie waren Soldaten. Wenn ich jetzt vor einem deutschen Gericht stehe, so kommt es mir vor, als stünde ich vor einem französischen Kriegsgericht.“ Und als dann der Verteidiger an ihn die andere Frage richtete, ob es wahr sei, daß die Arbeitskommandos zur Aufgabe gehabt hätten, Waffen zu sammeln, rief Oberleutnant Schulz, daran glaubt kein Mensch, ist eine Anklage. Er bleibt aber eine Antwort schuldig, als man in ihn drängt zu sagen, ob es nicht so gewesen sei, daß die Reichswehr-offiziere gewissermaßen nicht gewünscht haben, daß man sie über die Interna der Arbeitskommandos infor-miere. Er bestätigt auch, daß eine Übergabe von Mit-gliedern der AK wegen etwaiger strafbarer Handlungen oder Ver-ratverdachts an die Polizei unerwünscht war, da die Ver-führung bestand, sie würden der Polizei Dinge ausplaudern, die geheim gehalten werden sollten.

Der junge Oberleutnant a. D. Schulz, der jetzt zu lebens-länglichem Zuchthaus begnadigt, Fememörder, befindet sich noch immer im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses. Im Gericht erschien er in gestreiften Hosen und im Cutawaa, aus dessen oberster Tasche ein Luchselchen kostete herausragte. Er war glatt rasiert und parfümiert. Schulz versuchte gewissermaßen den Wilmso-Prozeß wieder aufzurollen und seine Unschuld zu be-weisen. Diese Möglichkeit wurde ihm abgeschnitten. Das eine durfte er aber sagen und dafür konnte er auch Beweise bringen, nämlich: daß im gleichen Maße wie er auch keine direkten Vor-gelegenheiten verantwortlich seien. Allerdings: er hält sich für un-schuldig. Man wird den Oberleutnant Schulz als Ange-klagten in einer Woche in dem Fememordprozeß wiedersehen, dessen Landoberger Urteil vom Reichsgericht aufgehoben worden ist. Dieser Stettiner Prozeß wird aber auch erneut eine Gelegenheit bieten, die Verantwortung der Offiziere des Reichswehrkommandos für das Wehrkommando unter die Lupe zu nehmen — natürlich nur die moralische.

Der Aufmarsch zu den Wahlen

Die Reichsliste der Deutschen Volkspartei

Der Reichswahlvorschlag der Deutschen Volkspartei sieht folgende Kandidaten vor:

1. Reichsminister Dr. Stresemann, Berlin, 2. Reichsminister a. D. Dr. Schulz, Charlottenburg, 3. Reichsminister Dr. Curtius, Berlin-Dahlem, 4. Geh. Justizrat Prof. Dr. Dr. Kahl, Berlin-Wilmersdorf, 5. Frau Oberstudienrätin Dr. Mah, Stettin, 6. Gewerkschaftsvorsitzender Thiel, Berlin-Wilmersdorf, 7. Reichsminister a. D. Dr. Becker, Darmstadt, 8. Staatssekretär a. D. Kempter, Charlottenburg, 9. Landwirt Hamtens, Hanredder (Hollstein), 10. Postamtmann Morath, Berlin-Zehlendorf, 11. Geh. Justizrat Dr. Japs, Zweibrücken, 12. Bergmann Winnefeld, Gänzigfeld, Kr. Gellenkirch, 13. Generaldirektor Kögeler, Mühl-dorf, 14. Malermeister Havemann, Hilde-sheim, 15. Syndikus Reimath, Berlin, 16. Frau Alara Wende, Haus-frau, Berlin-Tempelhof, 17. Staatssekretär a. D. Walther, Berlin, 18. Rittergutsbesitzer Reichsminister a. D. Graf Kunik, Pöbungen, 19. Stadtmedizinalrat Dr. Schnell, Halle a. d. S., 20. Reichsbahn-obersekretär Fahrholz, Hannover, 21. Pfarrer Dr. Luther, Char-lottenburg, 22. Oberleutnant Binge, Hamburg, 23. Ober-regierungsrat a. D. Dr. Tiburtius, Berlin-Lichterfelde, 24. Frau Dr. Elisabeth v. Noon, geb. Wassermann, Berlin.

Bei Wählung des vorstehenden Reichswahlvorschlags der Deutschen Volkspartei ist zu berücksichtigen, daß die Herren Strese-mann, Schulz, Curtius, Thiel, Becker, Hamtens, Japs, Winnefeld, Havemann, Frau Wende und Graf Kunik gleichzeitig auf Wahl-stimmzettel kandidieren und dort im Falle ihrer Wahl das Mandat annehmen, so daß diese Kandidaturen die Reichsliste nicht oder doch nur zu einem ganz geringen Teile belasten, soweit der eine oder andere Kandidat im Wahlkreis nicht die volle Stimmzahl erreicht haben sollte. Schaltet man diese Kandidaten aus, dann verbleiben als Kandidaten für die ausstehenden Stellen der Reichsliste fol-gende: Geheimrat Dr. Kahl, Frau Dr. Mah, Staatssekretär Kempter, Postamtmann Morath.

Der völkisch-nationale Block

Die Reichsliste des völkisch-nationalen Blocks zeigt folgende Zusammenlegung: 1. Albrecht v. Graefe, Goldbeke (Deutsch-völkische Freiheitsbewegung), 2. Hauptprediger D. Theol. Doehring (Deutsche Reformationspartei), 3. Major Henning (Deutsche Ehrenlegion), 4. Jürgen v. Ramin (Deutschvölkische Freiheits-

Sozialistischer Präsidentschaftskandidat

SPD Berlin, 18. April. (Radio.)

Die amerikanischen Sozialisten haben am Dienstag beschlossen, Norman Thomas zum Kandidaten für die Präsidentschaft auf-zustellen. Die Versammlung trat nach der Aufstellung dieser Kandidatur nicht weniger als 55 Minuten Beifall. Thomas war zuerst Pastor, dann Richter. Er gehört heute noch den entschiedensten Kriegsgegnern an. Schon bei der vorigen Präsidentschaftskampagne stand Thomas neben dem sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Debs als Wahlbewerber für die Stelle des Vizepräsidenten der Republik.

Eine zweite Waffenschichtung

SPD Paris, 18. April. (Radio.)

Der halboffizielle Petit Parisien meldet als erstes Ergebnis der Vetterbunduntersuchungen über die ungarischen Waffen-schichtungen, daß augenscheinlich noch eine zweite Schich-tung unternommen worden sei. Die Untersuchungs-kommission habe jedenfalls den starken Verdacht, daß die ursprünglich gelieferten italienischen Maschinengewehre durch unbrauchbares österreichisches Heeresgut ersetzt werden sind.

China

WZB Nanting, 17. April.

Die Nationalisten haben ihren Vormarsch gegen die Nord-truppen auf breiter Front wieder aufgenommen. Man nimmt an, daß 750 000 Soldaten auf einer Front von 400 Meilen beteiligt sind. Ein Bericht der Nationalisten meldet die Einnahme von Tschankun, Tschinkoufu und Tschankou.

WZB Tokio, 17. April.

Angeichts der Möglichkeit, daß die chinesischen nationalistischen Truppen in der Provinz Schantung vorrücken, hat die japanische Regierung beschlossen, Marineinfan-terie bereitzustellen, die in Tsingtau an Land gegangen ist und sich dort zu einem Marsch nach Tsintau bereit hält. Die Frage, ob weitere japanische Truppen zur Verstärkung entsandt werden sollen, wird morgen entschieden werden.

Wahlvorbereitungen

eines deutschnationalen M. d. R.



„München, stopf mir fest den Atlas unter! Ich muß heute meinen Wählern über die Abstimmungen zum Republik-schutzgesetz und zum Dawes-Abkommen Rechenschaftsbericht-erklaffen.“

bewegung), 5. Karl Behne (Deutsche Reformationspartei), 6. An-ton Drexler, München (Deutschvölkische Freiheitspartei).

Die Nationalsozialisten

An der Spitze der Reichsliste der Nationalsozialistischen Partei für den Reichstag stehen Georg Straßer, München, Gottfried Feder, Dr. Wilhelm Fricke, Graf Ernst zu Reventlow, Dr. Joseph Göbbels, Hauptlehrer Holz, Wilhelm Kube, Dreher Jo-hannes Engel, Franz Stoehr.

Die gefährdeten Grammophonplatten der DDB

In den letzten Tagen tauchte in der demokratischen Presse das Gerücht auf, die Demokratische Partei werde auf dem amtlichen Stimmzettel nicht, wie erwartet, die letzte, sondern die fünfte Stelle einhalten. Die demokratische Partei erhob sofort ein großes Weh-geschrei und richtete scharfe Vorwürfe gegen den Reichsinnen-minister, ohne daß man recht erheben konnte, was diese Aufregung zu bedeuten hätte. Ursache dafür ist in der Tatsache zu suchen, daß die Reichsleitung der Demokraten bereits vor Monaten Gramm-ophonplatten hergestellt hatte, auf denen zum Schluß zur Wahl der Liste 6 aufgeführt wurde. Diese Grammophonplatten waren jetzt also in Gefahr und demnach war aller Anlaß geboten, dem Reichs-innenminister eine Verletzung des Reichswahlgesetzes vorzuwerfen und anzudrohen, daß die ganze Wahl ungültig sein würde. Zum Glück für die Grammophonplatten hat inzwischen der Reichsinnen-minister ein Einsehen gehabt und den Demokraten nun jene Stelle auf der Liste gegeben, die ihre Grammophonplatten demnach aller Welt in empfehlende Erinnerung bringen werden.

Die eingezogene „Reichssturmflotte“

Aus Stuttgart berichtet der Soz. Pressedienst: Der frühere deutsch-nationale Reichstagsabgeordnete Alfred Roth, der aus der Deutsch-nationalen Partei ausgetreten ist, hat jetzt aus Mangel an Mitteln das Erscheinen seines Organs, der völkischen Reichs-sturmflotte, eingestellt. Er teilt gleichzeitig mit, daß ihm die württembergische Spitzenkandidatur der deutschvölkischen Freiheitsbewegung für den Reichstag angeboten worden sei. Er habe sie aber abgelehnt, weil er jedem Parlamentarismus auch nicht das geringste Zugeständnis machen wolle.

Bütteldienste für Mussolini

UL Romno, 17. April.

Die Dietrichs Finios, die eine Meldung ihres Pariser Mitarbeiters gebracht hatte, worin das Attentat auf den König von Italien als Wankenschafter der Faschisten zurückgeführt wurde, ist wegen Verbreitung erfundener und der italienischen Außenpolitik schädlicher Gerüchte für die Dauer eines Monats verboten. Es soll festgestellt worden sein, daß die Zeitung keinerlei bezügliche Meldung von einem Mitarbeiter aus Paris erhalten hat, sondern daß die Pariser Vertretung Komroer Redaktionsarbeit darstellt. Gestern erschien die letzte Nummer mit dem Verbot des Kriegskommandan-ten und der Begründung.

DE Romno, 18. April.

Der Prälat Dambruskas, ein in Litauen sehr populärer Dichter und Publizist, setzt sich in der katholischen Presse für eine weltweite Amnestie ein. Das Regierungsblatt Lietuvos Aidas lehnt diese aber mit einiger Ironie gegenüber dem „ehr-würdigen alten Herrn“ ab und gibt zu verstehen, daß der scharfe Kampf der Opposition gegen die Regierung eine Amnestie gegenwärtig nicht ratsam erscheinen lasse.

Die verhafteten Ingenieure

Der Soz. Pressedienst meldet:

Der deutsche Vorkämpfer in Moskau, Brodovitsch-Kanhan, beab-sichtigt in den nächsten Tagen die drei Verhafteten und inzwischen nach Moskau transportierten deutschen Ingenieure persönlich zu besuchen.

Aus einer Rede Bucharins vor Moskauer Arbeitern ist ersichtlich, daß die deutschen Ingenieure angeblich einer antisowjetischen Organisation angehört haben, die zumeist aus che-mischen Erfindern besteht und zwei Sabotage russischer Werke gegründet worden sein soll. Diese Organisation habe mit großen ausländischen kapitalistischen Organisationen und auch mit militärischen Stäben mehrerer ausländischer Staaten in Verbin-dung gestanden. Die deutschen Ingenieure seien übrigens Mit-glieder des Stahlwerks oder würden zu ihm mindestens enge Be-ziehungen unterhalten.

Wir geben diese Ausführungen Bucharins wieder, ohne sie uns zu eigen zu machen. Immerhin erscheint eine Stellungnahme der amtlichen deutschen Kreise dazu angebracht.

Teilamnestie und Terror

SPD Sofia, 16. April.

Der König von Bulgarien hat anlässlich eines orthodoxen Festes 121 Gefangene begnadigt, von denen 61 Straftlinge vollständigen Strafnachlass und die restlichen 70 Strafmilderung erhalten. Das Gnadengesuch der seit einigen Jahren im Gefäng-nisse sitzenden Bauernminister Turtaloff und Boffez wurde ver-worfen. Unter den Begnadigten befinden sich nur wenige poli-tische Gefangene. Das Mitglied des ehemaligen kom-munistischen Zentralkomitees, Lodor Pawloff, der in dem vor-jährigen Skandalprozeß — in dessen Verlaufe die Rechtsanwälte Kurt Rosenfeld, Berlin, und Oswald Richter, Wien, aus Bul-garien ausgewiesen wurden — zu 12½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und im Gefängnis in Philippopol sitzt, befindet sich bereits seit dem 10. März in einem dunklen Karzer. Er soll einen Gefängnispolizei-faschistischen Mörder genannt haben. Rabotnik-festfoto Delo (Arbeiterfrage) meldet, daß Pawloff noch bis Ende April in diesem Karzer verbleiben muß.

Am die Unabhängigkeit Arabiens

UL London, 16. April.

In Jeddah eingegangene Meldungen besagen, dem Sonderkorre-spondent der Daily News zufolge, daß Sir Clayton bei den bevor-stehenden Verhandlungen mit dem Wahabiten-König Ibn Saud durch einen Vertreter des Irak-Gebietes unterstützt werden wird. Bei den kommenden Verhandlungen wird das Gesamtproblem der Wäshiten für die Wäshiten zwischen England und Irakgebiet erörtert werden. Die Reaktion der Wäshiten dürfte von der britischen Auffassung über die wirklichen Interessen der ara-bischen Unabhängigkeit ab. Während der letzten Monate hat Per-sien Ibn Saud den Abschluß eines Freundschafts- und Gegenseitig-keitsvertrages vorgeschlagen, ebenso hat Italien aus den gespannten Beziehungen zwischen dem Irakgebiet und England Nutzen zu ziehen gesucht, und ist in Verhandlungen mit Ibn Saud eingetreten, um einen für den Wahabiten-König günstigen Vertrag abzuschließen.

Rußland und die Abrüstung

M. Genf, 16. April.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat sämtliche Regierungen, die in dem Vorbereitenden Abrüstungsausschuss vertreten sind, abstrichlich den Briefwechsel, der kurz nach Schluß der letzten Tagung des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses zwischen dem stellvertretenden sowjetrussischen Außenminister, Litwinow, und dem Vorsitzenden des Abrüstungsausschusses, London, stattgefunden hat, unterbreitet. In seinem Schreiben vom 26. März bringt Litwinow zum Ausdruck, daß die Schlussansprüche des Vorsitzenden im Gegensatz zu der Unparteilichkeit und den Gepflogenheiten internationaler Versammlungen stehe. Litwinow drückt sein Erstaunen über die Anschuldigungen aus, die in den Erklärungen der Rede des Vorsitzenden enthalten seien, und weist auf die Mitarbeit der sowjetrussischen Regierung an den Verhandlungen des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses hin. Die ursprünglichen allgemeinen uneingeschränkten Abrüstungsvorschläge der Moskauer Vertretung seien von dem Abrüstungsausschuss in einer allgemeinen Entschlebung als übereinstimmend mit dem Vorbild der Menschheit bezeichnet worden. Er müsse daher die Anschuldigung des Vorsitzenden als partiell zurückweisen, in der behauptet worden sei, die sowjetrussische Vertretung nehme nicht nur im Sinne einer aufbauenden Mitarbeit an den Verhandlungen des Abrüstungsausschusses teil. In einem Nachsatz bittet Litwinow um Veröffentlichung seines Briefes.

Der Präsident des Abrüstungsausschusses, London, bringt in seinem Antwortschreiben an Litwinow sein Erstaunen über die sowjetrussische Stellungnahme zum Ausdruck. Seine Schlussansprüche, die den Wunsch nach einer aufbauenden Mitarbeit der sowjetrussischen Vertretung an der Abrüstungsarbeit enthalten habe, sei durch die Tatsache begründet gewesen, daß die ursprünglichen allgemeinen sowjetrussischen Abrüstungsvorschläge ebenso wie die große Rede Litwinows geeignet gewesen seien, sämtliche bisherigen Arbeiten des Abrüstungsausschusses zunichte zu machen. Der Vorsitzende betont in seinem Schreiben, er könne nur seine Erklärung voll aufrechterhalten und sie bestätigen, da sie den Wunsch nach einer aufbauenden Mitarbeit der sowjetrussischen Vertretung zum Ausdruck gebracht habe. In einem Nachsatz erklärt der Vorsitzende sein Einverständnis mit der Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen ihm und Litwinow.

Sowjetbeamte im Bunde mit Banditen

Moskau, 17. April.

Vor dem Moskauer Obergericht beginnt in der nächsten Zeit ein Prozeß, der innerhalb und außerhalb der Parteikreise das allergroßte Aufsehen erregt. Angeklagt sind hiezu Partei- oder Sowjetbeamte der Krim. Unter den Angeklagten befindet sich auch der höchste Beamte der Krim-Republik, der Vorsitzende des dortigen Zentralkomitees, Jorainow, der diesen Posten seit 1924 bekleidet und ein sehr angesehenes Parteimitglied war. Ihm wird zur Last gelegt, Verbindung mit Banditen gehabt zu haben, an deren Spitze ein ehemaliger aktiver weißgardistischer Offizier stand, den Jorainow zum persönlichen Sekretär ernannt hatte. Jorainow soll die Banditen der Verfolgung entzogen, ihnen die Flucht erleichtert und mit ihrer Hilfe versucht haben, sich unbehelligter Partei- und Sowjetbeamte durch Mordanschläge zu entledigen, die an ihm selbst scheiterten, und er soll die Banditen durch Unterstellungen amtlicher Gelder in Höhe von etwa 40 000 Rubel mit Hilfe der Mitangeklagten unterstützt haben.

Die polnischen Sozialisten und Wilsudski Fortsetzung der grundsätzlichen Opposition

Am Sonnabend und Montag fanden in Warschau Konferenzen des Obersten Parteirates der polnischen Sozialdemokratie statt. Der Parteirat faßte eine Entschliebung, die sich für die Fortsetzung der grundsätzlichen Opposition gegen die Wilsudski-Regierung und insbesondere für die Fortführung des Kampfes um die Wiedergewinnung der parlamentarischen Demokratie ausspricht. In der Entschliebung heißt es: weder die Erfahrungen der vergangenen Monate, noch der Verlauf des Wahlkampfes, den die Behörden im Auftrage der Regierung unter verschiedenen Mißbräuchen und Repressivmaßnahmen organisierten, hätten die Gründe zu einer prinzipiellen Opposition beiseitigen können. Mit besonderem Nachdruck spricht sich die Entschliebung gegen den Plan einer Verfassungsreform aus, die auf eine Stärkung der Regierungsgewalt abzielt und vom Regierungsbund gemeinsam mit den Nationaldemokraten angekrebt wird. Die Konferenz des Parteirates hat auch beschlossen, den Führer der polnischen Sozialisten in Oberbeschlesien, Wilsudski, aus der Partei auszuschließen, da seine Tätigkeit die Partei mit einer Zerspaltung bedrohe.

* WTB Warschau, 17. April.

In Bialystok begann ein zweiter Prozeß gegen die weißrussisch-radikale Organisation Promada. Angeklagt sind 126 Personen; ungefähr 400 werden als Zeugen vernommen werden. Der Aktengott umfasst 300 Seiten Maschinenschrift. Der Prozeß wird mehrere Wochen dauern.

Sturm auf eine Wahlversammlung

SPD Paris, 18. April. (Radio.)

In einem Pariser Vorort stürmte am Dienstagabend eine Abteilung von 500 Kommunisten unter Anführung des Bürgermeisters eine Wahlversammlung der Rechtsparteien. Mehr Personen wurden zum Teil erheblich verletzt, vier Kommunisten wurden als Räubersführer verhaftet.

Für das Frauenwahlrecht!

SPD Paris, 18. April.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht wird in dem heutigen Wahlkampf von den französischen Frauenorganisationen mit besonderer Energie geführt. Auf großen Plakaten sieht man in den Straßen von Paris Uebersichten der Länder, in denen bereits das Frauenwahlrecht besteht, und eifrige Rednerinnen suchen in Versammlungen das Publikum über die Notwendigkeit und die Vorteile der Einführung des Wahlrechts der Frauen aufzuklären. Die großen Frauenorganisationen Frankreichs haben sich nunmehr an die Kandidaten direkt gewandt und sie in einem Rundschreiben um eine offene Stellungnahme zur Frage des Frauenstimmrechts gebeten. Allen Kandidaten, die sich dagegen erklären, wird lächerlicher Kampf angelegt. Es ist inessen kaum anzunehmen, daß diese Bemühungen von irgendwelchem Erfolg begleitet sein werden, da zur Zeit der größte Teil des Publikums und auch der Abgeordneten sich dem Gedanken des Frauenwahlrechts gegenüber noch mißtrauisch oder ablehnend verhält.

Stressemann zahlt für die Alpester?

Der Blinddarm der Volkspartei

Von einem zuverlässigen und gut unterrichteten Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Die sogenannte „Alte Sozialdemokratische Partei“ (ASP) versucht in Berlin und anderswo durch öffentliche Versammlungen Fuß zu fassen. In Berlin allein haben bisher fünf ASP-Versammlungen stattgefunden. Diese Versuche, in Berlin Boden zu gewinnen, sind gescheitert. Den Berliner Arbeitern genügt bereits der äußere Eindruck dieser Versammlungen, in denen Hilerungen und Wehrwölfe den Saalstuh ausübten.

So weit — so gut! Aber eine Frage taucht immer wieder auf: Wer bezahlt den Riefenaufwand der „Alpester“-Agitation?

Zunächst Riefenaufwand! Riefenplakate bei jeder Versammlung, große Säße ohne Eintrittsgeld, Gratisverteilung von Drucksachen, Postzustellung von Eintrittskarten, dazu die Ankosten einer besonderen Berliner Geschäftsstelle...

Nun ist es völlig ausgeschlossen, daß die winzige Berliner „Regulargruppe“ der ASP diese Riefenankosten trägt. Auch aus den regulären Beiträgen der sächsischen Mitglieder können solche Summen nicht für Berlin abgezweigt werden. In der ersten Versammlung gab der „Alpester“ Moskafowski auf die Frage nach den Geldgebern der ASP die klassische Antwort: „Eine Persönlichkeit, die nicht genannt werden will.“ Allgemeines Gelächter war die Antwort; der „große Unbekannte“ hat noch keinem Angehörigen des ASP geholfen.

Am 30. März stellte der Vorwärts öffentlich die Frage nach den Geldgebern der ASP und deutete gewisse Zusammenhänge zwischen den „Alpester“- und dem Schriftsteller Karl Erdmann an, der bekanntlich schon mehrfach ähnliche politische Geschäfte ausgezogen hat, wobei Erdmann Beauftragter schwerindustrieller Kreise war.

Bezeichnenderweise gaben die beiden Redner in der nächsten ASP-Versammlung, Niefisch und Winnig, auf die Frage des Vorwärts keine Antwort. Einige unserer Genossen, die durch Zurufe eine Antwort auf die Frage nach den Geldgebern erhalten wollten, wurden aus dem Saal gewiesen. Hierbei stellten die Genossen fest, daß an diesem Abend das Hausrecht bei der „Alpester“-Versammlung im Herrenhaus der hiesigen nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Kaiser, Anklam, hatte! So nahe berühren sich schon ASP und Hitler!

In einer späteren Versammlung der ASP glückte es endlich unfern Genossen, den „Alpester“-Moskafowski zu dem Zugeständnis zu bringen, daß tatsächlich der Schriftsteller Karl Erdmann Geld für die ASP gegeben habe.

Für uns ist dies Zugeständnis des Herrn Moskafowski recht wertvoll, denn das Zentralorgan der Alpester, Der Volksstaat, schreibt nämlich: „Das Geld stammt auch nicht von Karl Erdmann.“ Diese Kühnheit ist um jo erstaunlicher, als übrigens

Karl Erdmann selbst laut und vernehmlich vor Zeugen erklärt hat, daß er die Kosten der alpesterischen Versammlung in Havertlands Presssälen bezahlt habe!

Und nun eine Frage, die politisch von größtem Reiz ist: Woher flammen die Gelder Karl Erdmanns? Die gleiche Frage ist bereits vor einigen Jahren einmal beantwortet worden, und zwar von Herrn Ernst von Borjig,

der sich mit bemerkenswertem Freimut in der Vossischen Zeitung dazu bekannt hat, daß die Vereinigung Deutscher Arbeiter-Vereine, deren Vorsitzender bekanntlich Borjig ist, dem Firtz-Verlag (sprich Erdmann) Geld gegeben habe. Borjig schrieb damals u. a.:

„Im Frühjahr 1925 entschloß sich die Vereinigung Deutscher Arbeiter-Vereine, eine Schriftenreihe des Firtz-Verlages durch finanzielle Mittel zu ermöglichen und durch Ankauf einer größeren Anzahl der herausgegebenen einzelnen Schriften für deren weitere Verbreitung beizutragen.“

Bekanntlich lief das Geld damals von Borjig über Erdmann, dem Begründer des Firtz-Verlages, zu Niefisch, dem verantwortlichen Schriftleiter des Firtz. Vielleicht ist Herr von Borjig so lebenswürdig, auch diesmal wieder durch eine freimüthige Erklärung zu der Frage Stellung zu nehmen, ob er, oder die Vereinigung Deutscher Arbeiter-Vereine über Erdmann Gelder an die ASP gelangen ließ?

Man spricht noch von einer anderen Geldquelle der Alpester, deren öffentliche Mitteilung allgemeines Aufsehen erregen dürfte.

Das Auswärtige Amt speist das alpesterische Zentralorgan Der Volksstaat!

Diese unerhörte Tatsache, die dem Haushaltsausschuss des Reichstages bisher verheimlicht wurde, bedeutet eine neue Verletzung des Haushaltsrechts. Also nicht nur im Reiche herrscht die schwarze Staatswirtschaft, auch im Amte des Herrn Stressemann wandern Gelder auf eigenen Wegen.

Die ASP ist gewiss eine hoffnungslose Minderheit! — aber sie ist doch keine bedrängte Minderheit im Ausland, Herr Stressemann... Noch eins, Herr Stressemann! Dementieren Sie nicht!

Die ASP ist gewissermaßen ein Blinddarm der Deutschen Volkspartei. Sie bezeichnet sich in ihren Kundgebungen als „die einzige Partei des Staates schreibend“. Das Programm spricht von „vorbehaltloser Staatsbejahung“. Die „Partei des Staates“ müßte sich etwas deutlicher als eine „Partei der Staatskasse“ bezeichnen.

Die ASP, deren Aufgabe es ist, die Sozialdemokratie in ganz Deutschland durch Abspaltung zu schädigen, ist zu einem vorgeschobenen Pöbel der Industrie geworden, der bei Bekämpfung der gehähten Sozialdemokratie jedes Mittel heiligt.

Genossenschaftshilfe

Zum Kampf der sächsischen Metallarbeiter

Die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins für Chemnitz und Umgegend hat bereits beschlossen, für ihre am Metallarbeiterkampf beteiligten Mitglieder zunächst 30 000 Mk. zur Verfügung zu stellen. Der Betrag soll in der Weise verwendet werden, daß pro Mitglied und Woche für 150 Mk. Waren abgegeben werden.

Es ist zu erwarten, daß auch die Leipziger Konsumgenossenschaft in dieser Weise verfahren wird. Die Leistungen der Genossenschaften könnten dabei viel höher sein, wenn die Arbeiterchaft auch ihrerseits noch mehr für ihre Genossenschaften tun würde — sowohl durch Mitgliederwerbung, wie auch durch Umsatzerhöhung bis zur Höchstgrenze des möglichen.

Die Devoli-Platte

SPD Naumburg, 17. April.

Die erste Gläubigerversammlung der in Konkurs gerathenen Devoli-G.m.b.H. fand am Dienstag in Naumburg unter großen Ständlichkeiten statt. U. a. wurde festgestellt, daß zwar die Aktiva der Firma auf rund 138 000 Mark zu schätzen seien, hiervon aber ca. 90 Prozent mit Eigentumsverhältnissen der Verkäufer belastet sind. Danach haben die Gläubiger kaum einen Ersatz für den erlittenen Schaden zu erwarten. Der Hauptgläubiger der Gesellschaft ist ein Graf v. d. Schulenburg aus Burgscheidungen (Anhalt). Seine Forderung beträgt 360 000 Mark, die er der Devoli zur Verfügung gestellt hatte. Hier von sind für etwa 180 000 Mark Kraftwagen gekauft worden, während 55 000 Mark für Gehälter und 70 000 Mark für Verwaltungskosten ausgegeben wurden. Die Passiven sind mit etwa 250 000 Mark zu veranschlagen.

Als der Rechnungsbericht bekanntgegeben wurde, kam es infolge der hohen Verwaltungskosten zu außerordentlich hitzigen Szenen. U. a. wurde noch bekannt, daß vom Grafen Schulenburg ein Generaldirektor auf Lebenszeit engagiert worden ist. Ein zweiter Direktor verlangt auf Grund eines, wie es heißt, auf 10 Jahre Anstellung lautenden Vertrages 140 000 Reichsmark. Selbstverständlich forderte auch Graf v. d. Schulenburg sein Geld zurück. Die Gläubigerversammlung ging zunächst ohne Ergebnis auseinander. Mehrere Prozesse stehen bereits in Aussicht.

Notizen

Die Zahl der Toten, die der Mailänder Anschlag forderte, hat sich auf 18 erhöht, da gestern ein elfjähriges Mädchen im Mailänder Krankenhaus seinen erlittenen Verletzungen erlegen ist.

Das Gericht in Minsk (Rußland) hat den gefürchteten Sowjetunion gekommenen Monarchisten Michailow wegen Spionage und gegenrevolutionärer Tätigkeit zum Tode verurteilt. Seine beiden Gefährten wurden zu je fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Italienische Gewerkschaftsbund richtet durch den Internationalen Gewerkschaftsbund — wie uns aus Amsterdam gemeldet wird — eine Aufforderung an die Arbeiter aller Länder, am 1. Mai gegen die Schandthaten des Faschismus zu protestieren.

Im englischen Unterhaus machte am Dienstag der erste Lord der Admiralität, Bridgeman, die Mitteilung, daß die Admiralität den Admiral Collard, der im Mittelpunkt der Vorfälle auf dem Flaggschiff Royal Oak gestanden hatte, seinen Postens enthoben habe, da „er für ein höheres Kommando ungeeignet“ sei. Die Urteile des Kriegsgerichts gegen die beiden subalternen Offiziere seien durch die Admiralität bestätigt worden, jedoch würden die beiden verurteilten Offiziere wieder in Dienst gestellt werden, sobald sich hierzu Gelegenheit biete.

Hungerstreik politischer Gefangener

Im Zuchthaus Sonnenburg sind 26 politische Gefangene in den Hungerstreik getreten. Sie fordern gemeinschaftlich Sonntag zusammenkunft in einem angemessenen Raum, unbeschränkter Briefwechsel auf eigenem Papier und Zellenbeleuchtung bis 24 Uhr.

Berichtigung. Am 3. April brachten wir eine Tel.-Union-Mitteilung über die Autonomienkämpfe im sächsischen Gebiet. Dort wurde mitgeteilt, daß u. a. auch Dr. Ernst Berlin unter Anklage gestellt worden wäre. Ernst wurde als Herausgeber der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen bezeichnet. Die Elsaß-Lothringischen Mitteilungen berichten nunmehr, daß Dr. Ernst weder Herausgeber noch Redakteur der Elsaß-Lothringischen Mitteilungen sei, daß er in keinerlei Verhältnis zu diesen hände.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herre in Leipzig

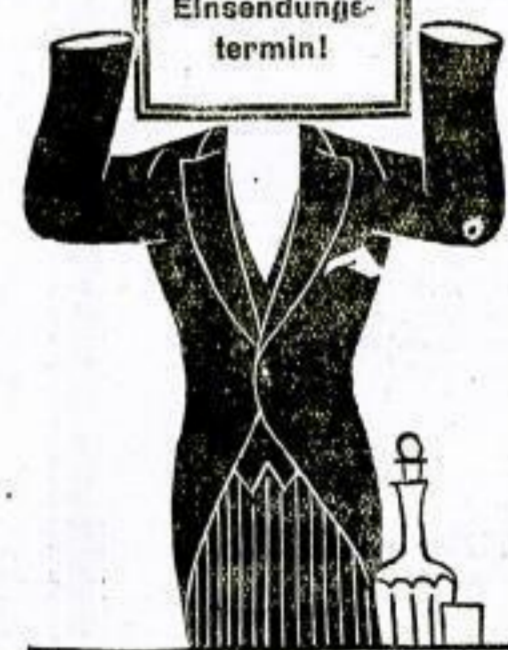
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seydand in Leipzig

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig

20. April

letzter
Einsendungs-
termin!



Denken Sie daran:

Die Lösungen zu unserem Preis-Ausschreiben müssen spätestens am 20. April (maßgebend ist der Poststempel) abgesandt werden!

Bamberger & Hertz

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Stimmenlauf

Quatsch — ruft der Herr der Industrie, Wir kaufen, was wir brauchen.

Was braucht das Kapital Moral — Gelacht sind treue Anrechte, Die Sozis — na, die könn' uns mal!

Das ist, bei Gott, ein feiner Dreh' — Das Schiedsamt managt alles! — Hier öffnet sich das Fortemonnaie, Sonst klagt es über Dantes!

K u k a.

Der Piepvogel der sehr feinen Dame

Es war einmal eine Dame, die war so fein, daß es schon gar nicht mehr feiner ging. Das Essen wurde ihr zubereitet und gebracht, das An- und Auskleiden besorgte die Jofe, und beinahe war es so, daß die sehr feine Dame zu solcher Feinheit sich verfeinerte, daß sie gar nicht mehr selber lebte, sondern sich leben ließ durch bezahlte Dienerschaft, und nun war sie so fein, daß es einfach... also einfach entzückend war.

„Für solche Leute ist es geradezu ein Segen, wenn sie zwölf Stunden täglich arbeiten“, sagte sie oft. „Dann sind sie wenigstens vor dem Süchtelein bewahrt.“

R i e m k a s t e n.

Szum vierten Kongress für Heilpädagogik

Von Dr. P o p i s.

Das Wort und der Begriff Heilpädagogik sind keine neuen Erfindungen, denn schon von jeher hat es Menschen gegeben, die durch ihre Lebensart, sei es körperlich, sei es geistig oder „seelisch“, nicht in das Getriebe der Entwicklung der großen Mehrzahl der Menschen eingefügt werden konnten oder sich einzufügen vermochten.

Die Aufgaben der Heilerziehung sind freilich nur zu lösen (abgesehen von gelegentlichen glücklichen Zufallstreffern einzelner geistig-mäßig wirkender Gemütsmenschen), wenn die Grundlagen und die daraus sich ergebenden Folgerungen sorgfältig bearbeitet werden.

Die Aufgaben der Heilerziehung sind freilich nur zu lösen (abgesehen von gelegentlichen glücklichen Zufallstreffern einzelner geistig-mäßig wirkender Gemütsmenschen), wenn die Grundlagen und die daraus sich ergebenden Folgerungen sorgfältig bearbeitet werden.

Die Aufgaben der Heilerziehung sind freilich nur zu lösen (abgesehen von gelegentlichen glücklichen Zufallstreffern einzelner geistig-mäßig wirkender Gemütsmenschen), wenn die Grundlagen und die daraus sich ergebenden Folgerungen sorgfältig bearbeitet werden.

Die Aufgaben der Heilerziehung sind freilich nur zu lösen (abgesehen von gelegentlichen glücklichen Zufallstreffern einzelner geistig-mäßig wirkender Gemütsmenschen), wenn die Grundlagen und die daraus sich ergebenden Folgerungen sorgfältig bearbeitet werden.

Unser die Republik!

In Nr. 8 der marxistischen Zeitschrift Klassenkampf werden die nachstehenden Forderungen des Proletariats veröffentlicht, für die es in den Wahlkampf ziehen und siegen soll, damit sie verwirklicht werden können.

Unser Ziel ist die Errichtung der Klassenlosen Gesellschaft, als Etappe auf dem Weg zu diesem Ziel kämpfen wir bei dieser Reichstagswahl für die Errichtung der Republik mit sozialem Inhalt, und zu diesem Zwecke fordern wir als Plattform für die Auseinandersetzungen bei der Wahl und nach der Wahl im neuen Reichstag den Kampf um die Verwirklichung der nachstehenden, durchaus nicht alle Notwendigkeiten aufzählenden Forderungen:

Arbeit und Wirtschaft

I.

Sicherung einer auskömmlichen Entlohnung und des kulturellen Aufstiegs für alle Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellten und Beamten in Industrie, Handel, Verkehr, Landwirtschaft und in öffentlichen Diensten durch:

Beseitigung aller Fesseln der Gewerkschaftsfreiheit; u. a. durch Umgestaltung des staatlichen Schlichtungswesens, Beschränkung desselben auf die Vermittlung der Streitigkeiten zwischen den Parteien, Beseitigung der Verbindlichkeitsklärung.

Ausbau des Tarifrechts: Schaffung einer Begriffsbestimmung der tariffähigen Gewerkschaften unter Ausschaltung der wirtschaftsfeindlichen Vereinigungen, Gesetzliche Sicherung für die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen; Sicherung für die Durchführung von Tarifverträgen; Vorrang tariflicher Regelung von Arbeits- und Sicherungsbedingungen.

Dienstreife und Erweiterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Insbesondere Abwehr jeder Einschränkung des Streikrechts in öffentlichen oder privaten Betrieben. Keine Fassung der Gewerkschaften für Handlungen bei Streiks oder Aussperrungen, Schutz vor Unternehmerwillkür, Ausbau der Befugnisse der Betriebsräte, unbedingter Schutz derselben gegen Maßnahmen, Schaffung von Konzernbetriebsräten. Erfüllung des Artikels 165 der Verfassung.

Ausbau des Arbeitslosenversicherungsgesetzes: Erhöhung der Unterstützungssätze, Verlängerung der Unterstützungsdauer für die Dauer der Arbeitslosigkeit unter Sicherung des Rechtsanspruchs, Einheitliche Festsetzung der Wartezeit auf drei Tage, Einbeziehung aller Arbeiter und Angestellten, Bessere Beseitigung jeder Pflichtenarbeit, Aufhebung des Streikparagrafen, soweit heute mittelbar von Streik oder Aussperrung betroffenen Arbeitern oder Angestellten die Unterstützung entzogen werden kann.

Erweiterung der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Beschäftigung dabei mindestens zu Tariflöhnen mit allen durch den Charakter der Arbeit bedingten Sonderleistungen. Sicherung der durch staatliche Zuschüsse geschaffenen Werte für gemeinwirtschaftliche Zwecke. Sicherung gegen Betriebs-Schließungen. Entzerrung der Rechte für Reich, Länder und Gemeinden im Falle von Betriebs-Schließungen. Entscheidendes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte bei Betriebs-Schließungen.

Schutz der älteren Arbeiter und Angestellten gegen Entlassung — in Verbindung mit Maßnahmen gegen übermäßige Leertätigkeit.

Gesetzliche Festlegung und Sicherung des Achtstundentages: Weitere Verkürzungen der Arbeitszeit, insbesondere für gesundheitsgefährliche Berufe, Frauen und Jugendliche, Anpassung der Arbeitsdauer an die Intensivierung der Arbeitsleistung, Ausdehnung des Beschäftigungsverbotes für Frauen und Jugendliche während der Nachtzeit. Mindestens Realisierung des Washingtoner Abkommens ohne Vorbehalt und Einschränkung.

Gesetzliche Festlegung des Anspruches auf jährlichen Urlaub unter Fortzahlung von Lohn und Gehalt für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten.

Vereinheitlichung der Sozialversicherung und Ausbau der Selbstverwaltung durch maßgebliche Mitwirkung der Versicherten. Steigerung der Alters- und Invaliditätsrenten, Erweiterung des Heilverfahrens, obligatorische Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kleinrentner.

II.

Abbau aller den Wollentonsum belastenden Zölle und indirekten Steuern.

Beseitigung der Lebensmittelzölle und der Einfuhrverbote. Aufhebung aller Industriezölle, die die landwirtschaftliche Produktion belasten. Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Fachberatung, des ländlichen Verkehrswezens, Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Förderung der Ver-

bindungen zwischen landwirtschaftlichen und Verbraucherorganisationen. Enteignung des schlecht oder unzureichend bewirtschafteten Großgrundbesitzes.

III.

Vereinheitlichung und Vereinfachung des Steuerwesens. Entlastung der Besitzlosen, härtere Belastung des Reichtums.

Ausbau der Einkommensteuer für natürliche und juristische Personen zu einer tragfähigen Grundlage des ganzen Steuerwesens. Dabei wesentliche Erhöhung des Steuerfreien Existenzminimums und Ermäßigung des Lohnsteuerfußes für geringe Einkommen, härtere Auflastung für hohe Einkommen.

Stärkere Heranziehung der großen Vermögen zur Steuerzahlung, Besteuerung des Vermögenszuwachses, Ausbau der Erbschaftsteuer.

Offenlegung der Steuerlisten und Veröffentlichung der Steuerbilanzen, Verschärfung und Ausdehnung der Buchprüfungen unter Mitwirkung der Betriebsräte, Strengere Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

Schnellere Verwirklichung der Steuern unter Beseitigung der Steuererlässe und Einschränkung der Steuerbefreiungen für das Großkapital.

Aufhebung der Umsatzsteuer.

Neuregelung des Kinavertrages, die die Einnahmen der Gemeinden vermehrt, ihnen die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtert und ihre Selbstverwaltung in höherem Maße gewährleistet.

IV.

Einschränkung der Kartellwillkür durch Ausbau der staatlichen Kartellkontrolle unter entscheidender Mitwirkung der Verbraucher- und Arbeiterorganisationen, Ausdehnung der Kontrolle auf die Warenproduktion und -verteilung der Konzern- und Trustbetriebe.

Erweiterung der Veröffentlichungspflicht der Aktiengesellschaften, insbesondere hinsichtlich der Kapitalverflechtung.

Verstaatlichung der gesamten Kohlen- und Kaliwirtschaft. Vereinheitlichung der gesamten Kraftversorgung durch das Reich.

Soweit durch die öffentliche Hand Subventionen gewährt werden, ist der entsprechende Einfluß auf die subventionierten Betriebe sicherzustellen.

Übernahme des gesamten Wohnungsbau in die öffentliche Hand und Durchführung eines Wohnungsbauprogramms, das in absehbarer Zeit die Wohnungsnot beseitigt und für die unteren Volksschichten Wohnungen zu erträglichen Mietpreisen schafft.

Innenpolitik, Kulturpolitik und Allgemeines

Abkündigung der Reichswache und Unterbindung aller geheimen Rüstungen. Offiziers- und Mannschaftserlass für die Staatspolizei aus den kassierenden Städten.

Einschränkung des freien richterlichen Ermessens im künftigen Strafrecht, Schutz vor Klassenjustiz und richterlicher Willkür. Beseitigung aller Strafbestimmungen, die zur Unterdrückung und Einschränkung der politischen und gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft dienen können.

Wahl der Richter durch das Volk, Abschaffung der Richter, Rechtspflege in Strafsachen durch Laiengerichte. Wiederherstellung der Schwurgerichte und Erweiterung ihrer Zuständigkeit. Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Schaffung eines Reichsholzwesens, das der weltlichen Schule die gesetzliche Unterlage und die Möglichkeit des Ausbaues einer einheitlichen sozialen weltlichen Schule schafft, das einen einheitlichen sozialen Aufbau des gesamten Schulwesens regelt und insbesondere die Trennung von Volks-, Mittel- und höheren Schulen aufhebt und eine engere Verbindung zwischen höherer und Berufsschule herbeiführt.

Rechtsgesetzliche Regelung der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Verbesserung von Lernmitteln und des gesetzlichen Anspruches auf Erziehungsbefreiungen.

Außenpolitik

Sicherung einer wirklichen Friedenspolitik durch Wirken im Sinne der Erkenntnis, daß die Politik der internationalen Arbeiterschaft die einzige ist, die den dauernden Frieden garantiert. Gegen alle kolonialen und anderen imperialistischen Abenteuer der Regierung.

Gegen allen Mißbrauch von Friedens- und Abrüstungsbestrebungen durch die kapitalistischen Regierungen zum Zwecke wirksamer Kriegsvorbereitung.

Wirkame Bekämpfung aller Kriegsgefahr durch den entschlossenen Willen, jeden ausbrechenden Krieg durch Kampf der Arbeiterschaft gegen die eigene Regierung zu einem baldigen Ende zu bringen.

zeitlichen, freizeithlichen Geist atmet, ohne natürlich dabei auf Warnungen vor etwa verlockenden Zirkeln zu verzichten. Im ganzen brachten die Redner ihre Erfahrungen mit einer berechtigten Hoffnungsreueigkeit zum Ausdruck, wenn auch Geduld und Unermüdblichkeit als geforderte Eigenchaft des Erziehers immer wieder im Vordergrund stand.

Eines wurde aber recht deutlich, daß die Erziehung zum Heilerzieher eine keineswegs häufige Gabe ist; denn der Heilerzieher hängt in weiten Grenzen von der großen Kunst der Einführung in die abwegigen Lebensäußerungen der zu beurenden Schüler ab. Die Wege lassen sich wohl lernen, aber die Bindungen, von denen die Wechselbeziehungen zwischen Lehrer und Schüler ihren Ursprung nehmen, sind in geistig-geborenen Eigenschaften des Erziehers zu suchen, die nicht erlernt werden können.

So wird es verständlich, daß bei den unvereinbaren Verallgemeinerungen bald eine hoffnungsreichere, bald eine zaghaftere Auffassung zur Geltung kam. Aber unbestreitbar blieben die mitgeteilten Erfolge der Heilerziehung doch beachtlich hoch, soweit es sich um Erfolge an den zu behandelnden Einzelmenschen bezüglich der Einführung seiner Leistungen in den harmonischen Ganzbau seines persönlichen Lebens handelte.

Damit ist aber die Heilerziehungsaufgabe nicht erschöpft. Denn es gilt doch letzten Endes die Persönlichkeit gesund in den Wettstreit des Alltagslebens zu stellen, wo es keine Rücksichten gibt, wo kein Lehrer und Freund helfend zur Seite steht. Bezeichnenderweise eröffnen sich hier die Schwierigkeiten, die man mit verschwindenden Ausnahmen als unüberwindlich bezeichnen darf. Diesen Schwierigkeiten auf den Grund zu kommen, ist die Aufgabe des Soziologen. Was aber von Soziologie geboten wurde, war trotz aller bestehenden Klarheit doch nur Soziologie des Kapitalismus. Was soll denn mit den Heilerziehungen im Leben werden? Das muß die Berufseignungsprüfung entscheiden, denn die Industrie, so wie sie heute aussieht, muß die Personen aufnehmen. Und da sind die Erfolge gleich Null. Auch die geistlichen Menschen sind immer noch Lückenmenschen, bei denen Erschließungen für die natürlichen Entwicklungsformen eintreten. Es sind keine Vollkräfte: über kurz oder lang schiebt sie der moderne Produktionsprozeß wieder aufs Pflaster, wenn der Kapitalismus sie nicht etwa gegen die vollkräftigen Ar-

beiter ausnützt. Sie sind also im Leben vom Mitleid, wenn nicht von der brutalen Selbstsucht des herrschenden Unternehmers oder seiner Statthalter abhängig.

Das ist nicht die Lösung der Aufgabe. Sie ist auch solange nicht zu erreichen, solange der Produktionsprozeß im Dienste des Kapitalismus, zum Nutzen des Einzelnen, sei es einer Person oder einer bevorzugten Gruppe von Personen durch entrechtete Arbeitskräfte erfolgt. Erst wenn die Gesellschaft die Ordnung in dem Sinne erzwingt, daß das Erzeugnis nur dem Nutzen der Gesamtheit dient, kann die Gesellschaft auch die Pflicht erfüllen, die Aufgabe verwirklichen, die Halbkräfte nach ihrer Fähigkeit in den Produktionsvorgang einzuordnen, ohne daß die heute noch bedauernden Personen davon wirtschaftliche Einbuße erfahren. Und ohne daß das Leben wieder zerstört, was die Heilerziehung zur Gesundheit gebracht hatte. Denn eine schwache, verwundbare Stelle bleibt die früher gestörte Leistung doch dauernd im Unterschied von den meisten Körperkrankheiten, deren Überleben ja oft eine Gefährdung (Immunität) für das ganze Leben hinterläßt.

Wo liegen nun, um ein Schlusswort zu bringen, die Grenzen der Kongressarbeit? Die vorgetragenen Gedankengänge, die unbestreitbar von dem ehrlichen Willen, für das Wohl des Mitmenschen zu arbeiten, getragen waren, können nur als Samentöner gelten, die drauhen in dem Aker des Volkslebens keimen und fruchten sollen. Umgefallend auf die letzten Grundlagen des Volkslebens zu wirken, liegt nicht im Aufgabekreis des Kongresses, so wenig wie in seiner Macht. Aber die Stimme laut zu erheben für die Verwirklichung seiner engeren Ziele, ist auch schon hinreichende Leistung. Sie gibt dem Soziologen neuen Stoff, dem praktischen Politiker neue Bausteine für die Errichtung und den Ausbau des wohlhabenderen Hauses der Menschen in neuer Wirtschaft und Gesellschaftsordnung.

Um Stellungnahme zu diesen Fragen wird die Gesellschaft für Heilpädagogik in Zukunft nicht heruntommen können, wenn sie nicht Vorkampfpolitik vor den Erziehungswissenschaften der Zeit treiben will.

Für die arbeitende Bevölkerung bedeutet aber die Bewegung eine beachtenswerte Erscheinung, denn ihre Lehren können nicht ohne nachhaltigen Einfluß auf die Gestaltung und Umgestaltung des Arbeitsvorganges im Sinne der Erhaltung gesunder Arbeitskraft bleiben. Die Kräfte, die um die Erhaltung der Jugend gezogen werden, müssen sich notwendigerweise ausbreiten über die großen Massen der durch die Arbeit gefährdeten Volksgenossen.

Die pommerischen Fememörder

Hämmerliche Ausreden — Die Hebermacht in „Notwehr“

SPD. Stettin, 17. April.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen des Rosenfelder Fememörderprozesses wurde zunächst der

Hauptangeklagte Heines

vernommen. Nur selten vom Vorsitzenden unterbrochen, versuchte er, sich einen militärischen Anstrich zu geben und durch seine angebliche Vaterlandsliebe Eindruck zu machen. Er erzählte von seinen Abenteuern im Baltikum, seinen Beziehungen zu Kopsch und rebete von vaterlandslosen Geleuten, die Waffenlager der Kopschbater verraten hätten. Der Vorsitzende rügte diesen Ausdruck. Durch einen inzwischen verstorbenen Kopschbater namens Guit will Heines erfahren haben, daß der ermordete Schmidt tatsächlich die Waffenlager verraten wollte. Schmidt sollte deshalb festgenommen und in einer entfernten Försterei gefangen gehalten werden. Auf den Einwand des Vorsitzenden, daß er, Heines, doch den staatlichen Förster, der dort wohnte, gar nicht gekannt habe, antwortete Heines, daß er bis dahin alle Förster als „zuverlässige Leute“ kennen gelernt und auch zu dem ihm unbekanntem Förster Vertrauen gehabt habe. Vorl.: „Haben Sie denn die Festsetzung Schmidts in Liebenow unter Bewachung der Kopschbater nicht für sicher gehalten?“ Angekl.: „Nein.“ Der Angeklagte erzählt dann weiter: Unterwegs auf dem Wege zu der Försterei habe ihn der später Ermordete plötzlich vor die Brust gestoßen. In Notwehr habe er ihn dann erschossen. Die zuerst zur Schau getragene Heidenpose Heines macht einer kläglichen Erbärmlichkeit Platz, als ihm der Vorsitzende später vorhält, daß er sich doch vor einem Mann, der einer großen Hebermacht gegenüberstehe, nicht hätte zu fürchten brauchen. Die Eingrabung, so sagte Heines weiter aus, sei erfolgt, um die bedauerliche Tat zu verheimlichen. Auf Befragen seines Verteidigers, des Rechtsanwalts Bloch, beklagt Heines, daß die Organisation Kopsch auf Veranlassung einer Reichswehrstelle durch Vermittlung des Landbundes auf den pommerischen Gütern untergebracht wurde.

Am Dienstag wurde der Angeklagte Ditow vernommen. Er sei von Heines beauftragt worden, mit nach Stettin zu kommen und einen Gummi Knüttel mitzunehmen. Schmidt habe er in Stettin festgenommen und ihn im dortigen Kopschbater Quartier mit dem Gummi Knüttel über den Kopf geschlagen, da dieser Heines angreifen wollte. Dann schilderte der Angeklagte, wie es zunächst mit Schmidt in den Rosenfelder Wald ging. Es sei ihm allerdings komisch vorgekommen, daß man vom Wege abgelenkt sei, aber, so sagte er, fragen tut man als Soldat nicht, nur antworten, wenn man gefragt wird. Ferner schildert Ditow die Vorgänge der Mordtat im Liebenower Walde. Wir waren vom Wege abgelenkt. Ich suchte den Weg und war eine Weile weg. Da hörte ich Schreien und Schreien. Ich erkannte die Stimme Heines. Er rief „Hilfe“ oder „Halt“ gerufen haben. Ich lief sofort zu der Stelle und nahm an, daß Heines geschossen hatte. Als ich zurückkam, lag Schmidt am Boden. Mir wurde zugeworfen: Schützen Sie! und ich schoss auf den am Boden Liegenden. Es tönten zwei oder drei Schüsse gewesen sein.

Zu dem weiteren Verlauf der Verhandlungen verwiderte sich der Angeklagte in auffällige Widersprüche zu seinen früheren Aussagen und den Aussagen anderer Angeklagter, als er auf Veranlassung des Staatsanwaltes in ein Kreuzverhör genommen wird. Da greifen die Verteidiger ein, um die Situation zu retten. Sie versuchen, die Aussagen der anderen Angeklagten, Bogt und Vög, zu erschüttern. Die aber bleiben bei ihren Aussagen. Nun greift auch Heines ein und sagt in Bezug auf Vög: „Als Offiziersburche nahm man immer treue Leute, aber nicht die schlausten.“ Der Staatsanwalt aber fuhr fort, in den Angeklagten Ditow zu dringen. Ditow verwickelte sich immer mehr in Widersprüche, auch zu den Aussagen Heines. Darauf wird Heines nochmals in Verhör genommen, der nunmehr vor seiner Selbstlichkeit völlig verfallen ist. Auch er verwickelte sich in Widersprüche zu seinen Aussagen vom Montag. Der Angeklagte Bogt bleibt bei seinen bisherigen Aussagen, gibt aber zu, daß Verwicklungen möglich seien. Vorl.: „Ist am Montag nachmittag a u s e r t h a l b des Saales mit Ihnen gesprochen worden?“ Angekl.: „Nein.“ Die Verteidiger Ditows und Heines versuchen nun, die Gedächtnisfähigkeit des Bogt anzuzweifeln, der möglicherweise Heines mit einem anderen verwechselt haben könnte. — Anschließend wird in

die Zeugenvernehmung

eingetreten. Kriminalassistent Pascoe, der die Angeklagten Bogt und Vandemer verhaftet hat, sagt aus, Vög habe ihm gesagt, daß er auf Befragung durch Heines mit der Erschießung Schmidts einverstanden war. Weiter habe Vög ihm erklärt, daß er sich unter Druck befunden habe, da ihm sonst das gleiche Schicksal wie Schmidt droht hätte. Der, der Schmidt erschossen habe, so sagte Vög dem Zeugen weiter, könne sich auf etwas gefast machen. Polizeihauptwachmeister Eppstein, der bei der Festnahme Heines und Fräbels zugegen war, schilderte die Verhaftung Fräbels im Café Europa in Bremen. Auf dem Transport nach Stettin habe Fräbel dem Zeugen freiwillig Angaben über die Mordtat gemacht, die Heines, Ditow und Fräbel des Mordes belasten. Fräbel gibt zu, daß die Aussagen des Zeugen stimmen, doch sei er damals von demselben Wahn befangen gewesen wie vor dem Untersuchungsrichter.

Nun beginnt wieder ein Manöver der Verteidigung. Sie beantragt, den Zeugen zu befragen, ob es wahr sei, daß er sich vor der Verhaftung Fräbels zunächst dessen Schwester als ehemaliger Kopschbater Berg vorgestellt habe. Der Zeuge will erst die Genehmigung seiner Behörde zu dieser Aussage einholen. Er wird daraufhin für einige Minuten vom Vorsitzenden entlassen, um sich die Genehmigung zu besorgen. Dagegen protestiert die Verteidigung. Rechtsanwalt Graf v. d. Goltz geht sogar soweit, den Vertreter des Polizeipräsidenten der Zeugenbeeinflussung zu verdächtigen. Darauf zieht sich das Gericht zur Beratung zurück.

Stahlhelm und Jungde im Wahlkampf

Das der Stahlhelmbund hat um seine Stellung im Wahlkampf große Auseinandersetzungen durchmachen müssen. Er hatte sich zunächst sämtlichen Reichsparteien zur Wahlkandidatur zur Verfügung gestellt, unter der Bedingung, daß ihm auf den Listen der Parteien höhere Plätze für die Führer zur Verfügung gestellt werden. Die Deutsche Volkspartei hat sofort abgelehnt, den Stahlhelmbund ein Mandat zu verschaffen, die Deutschnationalen haben zuerst mit dem Stahlhelm verhandelt und dann wohl auf Grund der unversöhnten Forderungen des Stahlhelms auch abgelehnt. In den letzten Tagen hat der Stahlhelm in einer Volkschaft, unter das macht er nicht, bekanntgegeben, daß er seine Mitglieder nur da zur Wahlkandidatur einsetzen wird, wo Stahlhelmmitglieder auf den Listen der Deutschnationalen stehen. In der gleichen Volkschaft werden die Mindestforderungen des Stahlhelms bekanntgegeben. Gerade die letzten Tage des letzten Reichstages haben gezeigt, daß sich der Stahlhelm nicht gerade auf die Abgeordneten verlassen kann, die bei ihm Mitglieder sind. So hat sich der Stahlhelm besonders stark für die Amnestie der Fememörder eingesetzt, aber die vorkommlichen Abgeordneten Dr. Kulenkampff und Dr. Wundt, die sich, prominente Mitglieder des Stahlhelms, haben gegen die Amnestie gestimmt und der Abgeordnete Gildemeister hat sich vor der Abstimmung krank gemeldet.

Der Jungdeutsche Orden, der seit Monaten über die Wahl schiedt, wird seine Mitglieder auffordern, der Wahlurne fern zu bleiben. Der Jungdeutsche Orden, der nicht monarchistisch eingestellt ist, sondern in einem Mittelweg zwischen Monarchie und Republik das Ziel der Staatsform sieht, vertritt sich nicht davon, daß im Reichstag Männer, mit seiner Unterstützung gewählt werden. Für die Deutschnationalen kann der Orden überhaupt nicht agieren, denn er tritt für eine Verfassung mit freier Wahl ein und wird dafür von den Deutschnationalen während des Wahlkampfes

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Bankrotteure

Ein Urteil über kommunistische Gewerkschaftsarbeit

Wie im politischen, so gibt es auch im Gewerkschaftsleben allerhand Richtungsbezeichnungen nicht nur für die verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen außerhalb der freien Gewerkschaften, sondern auch für Strömungen innerhalb der freien Gewerkschaften selbst und „links“ von ihnen. Nach der Ausdrucksweise der Kommunisten gibt es ganze und halbe Reformisten, Zentristen, Linke, Rechts-Linkere, Ganz-Linke usw. Wir, die wir uns nicht gerade selten irgendeine Rubrikierung durch die Kommunisten gefallen lassen, nehmen mit einiger Genugtuung zur Kenntnis, daß auch die Kommunisten sich eine Kritik gefallen lassen müssen von „Rechts-Linkeren“, als sie selber zu sein vorgeben. Eben geht uns eine Nummer der „Kampfrufen“ zu, einer „proletarischen Wochenchrift“, die sich im Untertitel „Zentralorgan des deutschen Industrieverbandes“ nennt, einer angeblichen „Gewerkschaft aller Klassenbewußten Arbeiter und Angestellten“, in der eine derartige Kritik geübt wird.

In der Nummer 12 der „Kampfrufen“ wird unter der Ueberschrift „Bankrotteure“ die Gewerkschaftspolitik der KPD besprochen. Diese Besprechung ist etwa auf den Ton gestimmt, „daß revolutionäre Gewerkschaftsarbeit etwas anderes ist, als radikale Phrasen zu drechseln und Marx-Zitate in Schlagzettel in der Zeitung zu drucken“. Diese Kritik ist weiterhin durch Erfahrungen des Industrieverbandes bestimmt, die für den Streik der Arbeiter in Triebes und Weida so gekennzeichnet werden, daß die Kommunisten „kurz vor dem Zusammenbruch durch einen unsäglichen Isolationismus“ in der Ostthüringer Arbeiterzeitung die bereits hereinbrechende Niederlage nur noch verzweifelt kimmerten und sich, nachdem sie sich die Finger verbrannt hatten, wieder in ihre frühere Passivität zurückzogen.“

In dieser Kritik wird der kommunistische Partei nachgesagt, daß ihre „innere Führung und politische Direktionsfähigkeit nicht mehr zu überragenden Dimensionen erreicht“ habe. Es wird dann ausführlich über

„die ziel- und planlose Kleinrevolutionäre, aber durchaus opportunistische und innerlich verlorene kommunistische Gewerkschaftspolitik“

gesprochen. Deren „Erfolg“ stellt der Industrieverband wie folgt dar: „Die Kommunisten haben während dieser Jahre (seit 1924) ihren Einfluß innerhalb der Gewerkschaften nicht verstärken können, sie haben im Gegenteil von Jahr zu Jahr mehr und mehr an Einfluß verloren.“ Friß Hedert, der auf dem 4. Kongress der Roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau über die Ergebnisse der revolutionären Gewerkschaftsoppositionen in Deutschland im letzten Jahre“ berichtet hat, wird empfohlen, das den Vertretern aus Honolulu zu erzählen, denn „in Deutschland würde ihn jeder Arbeiter auslachen“. Die ganze Rote Gewerkschaftsinternationale weilt das Organ des Industrieverbandes nur noch als „albanische Herde“ bezeichnet.

Das Blatt des Industrieverbandes erklärt weiterhin: „Die neuen Helden sind als deutsche Vertreter (aus dem Roten Gewerkschaftskongress in Moskau) mit anwesenden Kommunisten Walcher und Brandler haben andere Meinungen, und die übrigen Vertreter haben wieder jeder eine andere Meinung, letzten Endes haben sie aber alle gar keine Meinung; denn was geschehen soll, das bestimmt Stalin, der allmächtige Diktator Russlands.“ Die Folge ist eine „vollständig zusammengebrochene kommunistische Gewerkschaftsopposition“ in Deutschland. Die Kommunisten entlarven sich „als die unwilligen Helfershelfer der Reaktion“, und so wird schließlich „auch der gläubigste und gehorsamste Kommunist einsehen,

daß die ganze kommunistische Gewerkschaftspolitik nur der Bourgeoisie und ihren Helfershelfern zugute kommt“.

Das ist reichlich viel für einen Artikel und für eine Seite des Blattes des Industrieverbandes. Aber es ist nicht zweifel für alle diejenigen, die ständig von den Kommunisten des Berrats beschuldigt werden, um sich über diese Kritik, die zur Abwechslung einmal den Kommunisten zuteil wird, zu amüsen.

Bankrott der „roten Gewerkschaften“ in der Tschechei

J. B. Anlässlich der großen Auseinandersetzungen innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie glaubten die werdenden Kommunisten auch ihre eigene Gewerkschaftsbewegung gründen zu müssen. So schufen sie den „Internationalen Allgemeinen Gewerkschaftlichen Verband“, IAW, welcher in seinen Reihen alle Arbeiter ohne Unterschied des Berufes vereinigte. Man bildete besondere Sektionen der Berg-, Metall-, Textilarbeiter usw. Ich bin ein kompliziertes Beitragswesen, das Wochenbeiträge von 50 Heller bis 6 Kronen (6 bis 75 Pfennig) kennt und jedes Organisationsform als die neueste Erfindung der revolutionären Tat. Der so als Zentralverband und Gewerkschaftsbund in einem konstituierte IAW wies noch 1924 über 200 000 Mitglieder auf und war in einigen Berufen, so bei den Bauarbeitern, Textilarbeitern und Lederarbeitern, die tonangebende Organisation überhaupt.

Allmächtig jedoch kam, was kommen mußte. Trotz seiner verhältnismäßigen Stärke vermochte der IAW nirgends durchzudringen, er wurde in den seltensten Fällen als Vertragskontrahent anerkannt, da er doch meist nur eine Minderheit darstellte. Seine Führer beschränkten sich darauf, von den „Reformisten“ eine revolutionäre Taktik zu verlangen, die möglichst oft zu Generalstreiks führen sollte. Sie verwarfen die Teilstreiks, predigten die „Konzentration aller Kräfte“, doch selber taten sie das immer nur dort, wo sie selbst keinen Einfluß hatten. Würden sie durch ihre eigene Phrasologie schließlich doch einmal zu einer Tat gezwungen, so brachten sie damit nur Unglück über die Arbeiterklasse. Ein Generalstreik der Drauer Bergarbeiter endete mit Blutergüssen und einer katastrophalen Niederlage, bei anderen Streiks ging es nicht anders. So wurden sie immer vorläufiger und in der letzten Zeit wichen sie geradezu ängstlich jeder Verantwortung aus. Nach steter in frischer Erinnerung ihre Vorgehen anlässlich des nordböhmischen Bergarbeiterstreikes, da sie von den „Reformisten“ alles Mögliche verlangten, in Klados aber, wo sie die Mehrheit haben, sich ohne Murren mit einer dreiprozentigen Lohnerhöhung begnügten.

Diese Taktik hat ihnen nun die Ungnade der offiziellen Spitzen der KPD eingetragen. Seit Monaten schon ist die kommunistische Presse erfüllt von einer sehr ungnädigen Kritik der Tätigkeit des IAW und selbst Wosowsky nahm sich anlässlich des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale die Mühe, den tschechischen Kommunisten nachzuweisen, daß ihre ganze gewerk-

schaftliche Tätigkeit mit Kommunismus gar nichts zu tun habe. So bedurfte sie nunmehr des Nachweises, daß sie doch auf die Massen revolutionierend wirken können und sie vermeinten die Erregung der Arbeiterschaft über die Vorkämpfer der Reaktion für ihre Pläne ausnützen zu können. Schon anlässlich der großen Prager Demonstration vom 3. April warfen sie das Schlagwort „Generalstreik“ in die Massen, der 11. April sollte der Tag werden, wo laut Beschluß der Kommunisten alle Räder stillstehen sollten. Jeden Tag brachten die kommunistischen Blätter riesige Aufrufe, jeden Tag bemühten sie auch zu den feierlichsten Verbammungen der Reformisten. Da kam endlich dieser 11. April, — und kein Mensch merkte etwas von einem Generalstreik. In allen Fabriken, in allen Betrieben, in allen Schächten wurde gearbeitet, die Straßenbahnen verkehrten und am Abend konnte man es dann im kommunistischen Abendblatt lesen: „Heute sollte Generalstreik sein — die Sabotage der Reformisten verhindert ihn!“

Das ist das glatte Eingeständnis des Bankrotts.

Hier bedarf es fürwahr keiner weiteren „Entlarvung“, um deutlich die Methoden der Kommunisten zu erkennen. Sie kommandieren den Generalstreik, sind aber selbst außerstande, ihn durchzuführen und verlangen von den freien Gewerkschaften, daß diese die Befehle der KPD durchzuführen sollen. Kein, es ist nichts mehr mit der „Beherrschung der Massen“, denn diese haben erkannt, daß man sich mit Geschrei nicht helfen kann. Man kann die Masse eine Zeitlang betrügen, ihr einreden, daß starke Worte genügen, um den „morschen Kapitalismus“ zu zertrümmern. Heute aber sieht diese Masse, daß nur die zielbewusste Arbeit der verantwortungsbewußten Gewerkschaften die Verhältnisse bessern kann. Vielleicht wird es nötig sein, zum nächsten Generalstreik aufzurufen, und er wird geschlossen durchgeführt, wenn die Gewerkschaftszentrale ihn beschließt, es wird aber nicht gelingen, ihn durch eine Gruppe verantwortungsloser Menschen den Arbeitern aufzuzwingen. Der Sinn der Masse für die Verantwortlichkeit ist wieder, dank der Kampfbereitschaft der Sozialdemokratie erwacht. Das ist die erfreuliche Erkenntnis, die uns die Entwicklung der letzten Monate zeigt, eine Erkenntnis freilich, welche auch die Sozialdemokratie verpflichtet.

Besserer Arbeitsmarkt

12. Berlin, 17. April.

Ueber die Arbeitslage im Reich berichten die Landesarbeitsämter wie folgt:

Seit Mitte März ist die Entlastung des Arbeitsmarktes ziemlich stark in die Erscheinung getreten. Die günstige Witterung hat sich auf alle Außenberufe, vor allem aber auf das Baugewerbe und die Baustoffindustrie stark anregend ausgewirkt, so daß die Entspannung des Arbeitsmarktes, die in den ersten zweieinhalb Monaten dieses Jahres einen ziemlich starken Stillstand zeigte, plötzlich deutlich in die Erscheinung getreten ist. Zugleich dürften aber auch die bisher unsicheren Finanzierungsmöglichkeiten des Baugewerbes durchsichtiger geworden sein. Trotzdem wird jedoch der Beschäftigungsgrad des Vorjahres im Baugewerbe in diesem Jahr durch die anhaltenden Spannungen auf dem Kapitalmarkt nicht erreicht werden. Die Anforderungen der Landwirtschaft waren teilweise so stark, daß sie nicht immer befriedigt werden konnten. Gezielte Aufnahmefähigkeiten zeigten die Textil-, Steinbruch- und Ziegeleibetriebe.

Im allgemeinen kann man sagen, daß auf dem industriellen Arbeitsmarkt die bisherige Arbeitsmarktlage anhängt. Konjunkturreinlich breiteren Umfangs machen sich nicht geltend, Branchenweise dagegen jahresseltliche Schwankungen, Zunahme der Nachfrage, ebenso wie Rückgänge im Beschäftigungsgrade. Allgemein erwartet man eine weitere Besserung der Beschäftigung, wenn die Bauindustrie weiter zunimmt.

Erlauchtes aus dem „Röderhaus“

A (zu B): Mahlzeit, Kollege! Na, haste denn deine Portion Gessiegel verdrückt?

B: Wie meenste denn das?

A: Na, bei unserm hohen Lohne gibst doch alle Tage „Schwan in Blauband“.

B: Ja, da haste recht! Amer du wollest mir doch heute meine Frage von gestern beantworten!

A: Was wolleste denn wissen?

B: Du solltest mir erklären, ob Müller und Schulze Streikbrecher sin, wenn se Streikarbeit machen und dabei doch Verbandsmitglieder sin.

A: Die Sache is doch wieder einfach. Die Belegschaft is wegen der Ausübung der Solidarität ausgeperrt. Müller und Schulze sin nich ausgeperrt; davorvor kann se nichst. Wenn se nun aber Streikarbeit machen, dann sin se am Streikbrecher; ganz gleich, ob se im Verbands sin oder nich.

B: Na, wenn se aber nu die Streikarbeit abgelehnt hätten, was wäre denn da passiert?

A: Na, da hätten se am daselbe getan, was die 300 Ausgeperrten ooch getan ham: se hätten Solidarität gezeigt.

B: Da wärn se dann ooch ausgeperrt worden?

A: Das glaub ich nu doch nich.

B: Na, warum denn nich, da hätten se doch daselbe getan wie die anderen.

A: Weest denn du das nicht: „Wenn zwei daselbe tun, dann ist es nicht daselbe“.

B: Das is mir wieder zu hoch, das kann ich nicht verstehen.

A: Und außerdem is doch Schulze an allem schuld, der hat doch den Hartmann rausgeschmissen. Der is heute noch bei die Ausgeperrten.

B: Du, nu höre aber uff, das glaub ich dir nich. Schulze, dem trauere ich so was nich zu.

A: Warum denn nich?

B: Na, weil ich sehr oft gesehen habe, wie der zu seinen ehemaligen Kollegen hinkt! Den hab ich schon oft mit seinen Mitarbeitern in der Kneipe gesehen, der verstand allemal das Sausen am besten.

A: Ja, Bauer, das is ooch ganz was anderes.

B: Wieso denn?

A: Und außerdem hab ich doch nich von Schulze Fugo gesprochen; ich hab dir doch bloß e kleines Beispiel erzählt.

B: Na, nu is de Mittagspause wieder rum. Morgen muß ich dich was anderes fragen. Proste Mahlzeit!

Streik-Ende in der Dresdner Kartonnagenindustrie

12. Dresden, 17. April.

Die Parteien in der Dresdner Kartonnagenindustrie haben sich geeinigt. Die von Arbeitgeberseite für heute angeordnete Aussperrung in der Kartonnagenindustrie ist dadurch hinfällig geworden. Die Arbeit in den betroffenen Betrieben wird wieder aufgenommen.

Achtung, Glaser!

Wegen rückständigen Löhnen ist die Firma Franz Saxon, Türen, Fensterrahmen und Möbelfabrik in Leipzig C 1, Lüderitzstraße 42, für organisierte Glaser gesperrt. Deutscher Baugewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig.

Stillelegungsstandal im Ruhrrevier

Die Zeche Johann Deimelsberg soll das Opfer sein

Von Karl Diter, M. d. L., Bochum.

Bochum, den 18. April 1928.

Eine Stillelegungstragödie ganz besonderer Art erregt zur Zeit die Ruhrrevierbevölkerung. Diese Erregung hat aber auch bereits die übrige deutsche Bevölkerung ergriffen. Die Zeche Johann Deimelsberg liegt in Steele (Ruhr), zwei Minuten vom Bahnhof entfernt. Zwei stolze Fördertürme mit den modernsten Anlagen ragen hoch in die Luft und lenken die Aufmerksamkeit der Reisenden auf diese Zeche.

Die Zeche Johann-Deimelsberg ist eine Gewerkschaft, deren Ruzge zu 95 Prozent im Besitze der Adler-Konzern, während 87 Ruzge der Adler-Konzern noch nicht an sich ziehen konnte. Diese Zeche gehört somit dem Adler-Konzern an.

Vor etwa zwei Monaten stellte die Verwaltung bei der Regierung in Düsseldorf einen Antrag auf Stillelegung. Als Grund für diese Stillelegung wurden Finanzschwierigkeiten angegeben. Es fehlte Geld, um die Zeche mit der Nachbarzeche Zentrum 4/6, die ebenfalls dem Adlerkonzern angehört, unterirdisch noch besser und diese zwei Zechen zu einem einzigen großen Förderbetrieb auszubauen. Obwohl diese beiden Zechen unterirdisch durchschlägig sind, eine gleiche Wetterführung, gleichen elektrischen Strom und gleiche Entwässerung hatten, sind immerhin erhebliche Geldmittel notwendig, um die ganze Produktion nur durch die Deimelsbergfährt zutage zu ziehen. Die Zeche Johann-Deimelsberg ist eine sogenannte Magerkohlezeche. Sie baut aber Magerkohlenfläze ab, die als die beste Kohle (Anthrazitkohle) einen Weltrekord haben. Es sind nämlich dieselben Fläze, die die Zeche Langenbräun bei Essen abbaut.

Die Verhältnisse zeigen, daß die Deimelsberg-Kohle in die ganze Welt als Anthrazitkohle durch das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat verhandelt wird: nach Afrika, Kanada, Schweden, Norwegen, Italien, Holland, Türkei usw. Das Kohlenvorkommen der Zeche Johann-Deimelsberg ist sehr groß, es wird nach sehr vorläufiger sachmännischer Schätzung auf 125 000 000 Tonnen geschätzt und würde bei der jetzigen Förderung mindestens für 140 Jahre ausreichen. Dieser Kohlenreichtum lagert direkt unter und zu beiden Seiten der Ruhr.

Obwohl das Kohlenyndikat durch seine Kohlenhandelsgesellschaften im In- und Ausland mit der Deimelsbergkohle sehr hohe Preise erzielt, zahlt es an die Zeche nur die Richtpreise für „Magerkohlen“. Die Deimelsbergkohle wird auf dem Weltmarkt so begehrt, daß die Nachfrage gar nicht befriedigt werden kann, und dringende Telegramme aus dem Ausland um reichlichere Belieferung sind eine alltägliche Erscheinung. Die Richtpreise für Magerkohle sind ziemlich niedrig. Die Zeche zahlt das Syndikat zwischen 8 und 9 Mark für die Tonne an die Magerkohlenzechen.

Der Syndikat erhebt seit längerer Zeit 1,38 Mark an Umlage pro Tonne. Diese hohe Umlage von 1,38 Mark pro Tonne auch für Magerkohle, die nur einen Syndikatsrichtpreis von 8-9 Mark als Erlös für die Zeche hat, drückt wie ein Alp auf den Erlös. Es ist absolut nicht das gleiche, ob die Zeche einen Erlös von 18-20 Mark pro Tonne haben und davon 1,38 Mark Umlage an das Syndikat zahlen, oder nur einen Erlös von 8 bis 9 Mark und dennoch dieselbe Höhe an Umlage zahlen müssen.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat legt sich in seiner übertriebenen Mehrheit aus Besitzern der Fettkohlenzechen zusammen. Das besagt genug!

Die Besitzer der Fettkohlenzechen treiben im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat eine Verkaufs- und Umlagepolitik, die darauf abzielt, die Magerkohlenzechen, ihre Konkurrenten, zu vernichten. Die hohe Umlage ist dazu geeignet, die Erlöse der Magerkohlenzechen vollkommen zu vernichten.

So kam es, daß durch diese Verkaufs- und Umlagepolitik des Syndikats die Zeche Johann Deimelsberg in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist. Man braucht sich darüber nicht zu wundern, sind doch in den letzten Jahren etwa 30 Magerkohlenzechen zum Erliegen gebracht worden. Bei Stillelegungen spielte auch die Übertragung der Beteiligungswerte auf andere Zechen eine sehr große Rolle, oder durch diese Syndikatspolitik wurden die Unternehmungen erst soweit mürbe gemacht, sich zum Verkauf ihrer Zechen zu entschließen.

Nachdem die Stillelegung durch die Verwaltung bei der Regierung angemeldet war,

reichte sofort die sozialdemokratische Fraktion im preussischen Landtag eine große Anfrage ein, um die Stillelegung dieser Zeche zu verhindern. Ganz es doch, 1500 Bergarbeiter vor Arbeitslosigkeit und ihre Familien vor Not und Elend zu schützen.

Der preussische Handelsminister beauftragte den Oberbergamtsdirektor Dr. Weise, Dortmund, mit der Begutachtung, ob die Zeche Johann Deimelsberg eine Wirtschaftlichkeit auf Grund der geschätzten Lage ausweise oder nicht. Dr. Weise erstattete ein Gutachten, datiert vom 20. Februar 1928, in dem er die Wirtschaftlichkeit bei Zusammenlegung und Ausbau mit der Zeche Zentrum 4/6 zu einer Betriebsanlage unter Aufwendung von etwa 4 Millionen Mark Kapital (Ausbau etwa 1 1/2 Jahre) bejahte! Daraufhin hat der preussische Landtag zweimal beschlossen, der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Zeche gegen Sicherheit einen verbilligten Kredit zu gewähren. Der Landkreis Essen, die Städte Steele und Kran verbürgen sich außerdem für den Kredit. Es sei nur noch betont, daß die großen modernen Anlagen, für deren Ausbau in den letzten Jahren Millionen verwandt worden sind, Grund und Boden, Maschinen allein, als Bürgschaft genügend ausreichen. Die Beteiligungsquote kam noch dazu. Während dieser Verhandlungen um den verbilligten Kredit liefen sich die Drahtzieher, die im Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat eine große Rolle spielen, bei der Verwaltung der Zeche Johann Deimelsberg die Haken ab, um ihr die Beteiligungsquote abzukaufen. Darauf hatten die Leute schon lange spekuliert und hielten den Zeitpunkt für gekommen, einen großen Reibbaß zu machen. Als die Verwaltung keine Neigung zeigte, die Quoten zu verkaufen, wurden diese Herren mürrisch und rabiat. Herr Direktor Winkhaus und Bergassessor Kraß erklärten:

„Deimelsberg bekommt keinen Pfennig Kredit, der Landtag kann zehnmal beschließen.“

Das Kesseltreiben von dieser Richtung setzte mit Gewalt ein, damit die Zeche unter keinen Umständen Kredit erhielt, sondern stillgelegt wurde. Man hatte durch diese Machenschaften einen Konkurrenten unschädlich gemacht, aber man brauchte dieses Opfer in dem gegebenen Moment auch noch zu einem anderen Zweck. Während dieser Verhandlungszeit um den Kredit setzten im Ruhrbergbau die Verhandlungen um eine Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung der Bergarbeiter ein.

Das Unternehmertum brauchte ein Opfer, um tausend und einmal bei den Verhandlungen gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung immer wieder auf die Stillelegung der Zeche Deimelsberg hinzuweisen.

Das war ein Schachzug!

Wider Erwarten erstattete der Gutachter Oberbergamtsdirektor Dr. Weise am 7. April 1928 über die Wirtschaftlichkeit der Zeche ein zweites Gutachten.

In seinem zweiten Gutachten hob er ziemlich alles auf, was er im ersten Gutachten gesagt hatte, und verneinte die Wirtschaftlichkeit glatt.

Bei Verlesung und Uebersetzung seines zweiten Gutachtens erklärte der Oberbergamtsdirektor dem Betriebsrat wörtlich: „Auf dieses Gutachten gibt Ihnen keine Bank auch nur einen Pfennig!“

Trotzdem der preussische Landtag zweimal beschlossen hatte, den Kredit zu geben, verweigerte die Regierung ihn glatt.

Die Bureaucraten in Preußen haben sich über Gesetzgeber und Parlamentsbeschlüsse hinweggesetzt. Daraus ist zu ersehen, wie in Preußen noch aufgetaumt werden muß, auf daß Gesetzgeber und Parlamentsbeschlüsse von den Bureaucraten respektiert werden. Der Beschluß des preussischen Landtages war zudem noch einseitig. Von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen stimmte das ganze Haus der Kreditgewährung zu.

Diese 450 Abgeordneten werden von ein paar Bureaucraten nicht beachtet! Die Bergwerks- und Syndikatsdirektoren haben gesagt, die Verwaltung der Zeche Deimelsberg bekommt keinen Pfennig Kredit — und so geschah es.

Die Stillelegungsfrist lief am 14. April ab. Am Sonntag, dem 15. April, nahm in Steele die Belegschaftsversammlung, in der ich sprach, zu dieser Tragödie Stellung. Von der 1140 Mann starken Belegschaft waren laut Türkontrolle 1135 in der Versammlung anwesend. Die Belegschaft beschloß, trotzdem sie insgesamt der Erwerbslosenfürsorge überwiesen worden ist,

freiwillig die Vollstandsarbeiten weiter zu verrichten, damit die Zeche vor dem Erlausen verschont bleibt. Dieses wird so lange fortgesetzt, bis die Preußenbureaucraten es für notwendig halten werden, den verlangten und vom Parlament beschlossenen Kredit zu geben.

Die Kohlenfelder dieser Zeche liegen direkt unter der Ruhr, die Wasserläufe sind ziemlich stark. Daher sind große Vorsichtsmaßnahmen notwendig. Die Zeche Johann Deimelsberg markiert außerdem mit den Zechen: Eintracht-Liesebau, Bonifazius, Zentrum 4/6, Zentrum 2/3, Herkules und Fröhliche Morgenröte und ist unterirdisch durch Strecken mit ihnen verbunden.

Ein Erlausen der Zeche Johann Deimelsberg gefährdet direkt diese Zechen und Belegschaften in den Gruben.

So wird diesen die größte Gefahr heraufbeschworen!

Die Bergarbeiter leisten freiwillige und unbezahlte Arbeit, um der durch das Zerschlagen und die reaktionäre preussische Bureaucratie in gewissenloser Weise heraufbeschworene Gefahr zu begegnen.

Einigung im westdeutschen Eisenhandel

SPD In Rheinland und Westfalen ist es jetzt zu einer Einigung zwischen dem sogenannten freien Handel und dem Werkschhandel im Schrotgeschäft gekommen. Bekanntlich ging das Bestreben der von den großen Stahlkonzernen errichteten Werkschandelsfirmen dahin, den freien Handel auszuschalten, was vorläufig nicht ganz geglückt ist. Auf Grund der jetzt erzielten Einigung wird die Dortmunder Einkaufsgesellschaft, die Vertreterin der westdeutschen Eisenindustrie, mit dem freien Handel des Schrotkaufes gemeinsam vornehmen. In dem Vertrag sind 13 größere und kleinere Firmen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet interessiert. Eine Einigung zwischen den Parteien außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist bisher noch nicht erzielt worden. In Berlin schweben allerdings seit längerer Zeit Verhandlungen, die aber noch nicht abschlußreif sind.

Die Leipziger Lebensversicherungs A.G. konnte im abgelaufenen Jahr einen Zugang von Versicherungen von 8387 gegen 8250 im Vorjahr buchen. Der Reingewinn stieg von 63,8 auf 70,6 Millionen Mark. Der Gesamtversicherungsbestand erhöhte sich von 35 323 auf 42 286 und die Versicherungssumme von 344,7 auf 415,3 Millionen Mark. Der Gesamtüberschuß stieg von 3,4 auf 4,1 Millionen Mark. Hieron erhalten die Versicherer zur Dividendenverteilung 4,38 (3,24) Millionen Mark, die Aktionäre 2,5 (1,9) Millionen Mark gleich 16 Prozent wie im Vorjahr.

Gute Erfolge der Produktion. Der Hamburger Konsum-, Bau- und Sparverein Produktion erzielte im ersten Vierteljahr 1928 einen Warenumsatz in Höhe von 17,514 Millionen Mark. Die Steigerung gegenüber derselben Zeit des Vorjahres beträgt 3,160 Millionen Mark = 22,1 Prozent. Der Produktion traten in der genannten Zeit 5 080 Familien neu als Mitglieder bei.



Vom Bahnhof Engelsdorf

Propaganda für die Völkischen.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß in dem Unternehmen, dem Herr Dorpmüller als wohlhabender Generaldirektor vorsteht, manches faul, verschiedenes sogar oberfaul ist. Und gerade die Dinge, die in letzter Zeit an die Öffentlichkeit kamen, sind ein Beweis dafür, daß sogar die höchsten Spitzen der Reichsbahn-A.G. der Korruption verfallen können. Kein Wunder, wenn sich dann dieser oder jener ehemalig königlich-preussische Staatsbahnbeamte gewogen fühlt, zugunsten seiner jetzigen obersten etwas korumperten Vorgesetzten einen Entlastungsbeitrag einzuflechten. Wie man dies erfolgreich und um billigen Wege tut, dafür liefert die unläugliche der auf dem Bahnhof Engelsdorf tätige Herr Schauerhammer einen treffenden Beweis. Der Herr Inspektor Schauerhammer, der sich anscheinend zu den raffineren Artieren rechnet, setzte während seines Dienstes ein Flugblatt des Völkischen Blocks in Umlauf und ersuchte, diesen Wilsch nach Kenntnisnahme an Zimmer 23, in dem S. sitzt, zurückzugeben. Mit der Forderung nach Rückgabe des Flugblattes wollte Schauerhammer sicher nur eine Kontrolle darüber ausüben, ob alle in seinem Bereich Tätigen die in diesem Pamphlet gemachten Ausführungen zur Kenntnis genommen haben. Letzteres haben die einzelnen Bureaucratischen schließlich durch Anbringung ihres Namenszuges sicher bekräftigt. Damit haben aber die Herren auch zu erkennen gegeben, daß sie ihre Dienstzeit dazu benutzen, um Flugblätter vom Völkischen Block zu lesen. Wie wäre es, wenn die sogenannte Abbaufunktion auf Geheiß der Reichsbahndirektion Dresden aus Sparmaßnahmsgründen die Herren und den Inspektor Schauerhammer etwas unter die Lupe nehmen würde?

Herr Amtmann Wild, der für diesen Betrieb verantwortlich ist, scheint nach Vorstehendem seinen Beamten wenig auf die Hände zu sehen. Er duldet also, daß die Herren die kostbare, teuer bezahlte Arbeitszeit unter anderem dazu verwenden, um den Völkischen Block im völkischen Platte zu studieren. Hoffentlich erlaubt Herr Wild, der hinter Flugblätter der freien Gewerkschaften wie ein Teufel nachspürt, nun in Zukunft den Arbeitern und Angestellten, daß sie während Ausübung ihres Berufes Flugblätter verbreiten, die sich mit den Zuständen beim Reichsbahndirektorat, insbesondere aber mit den Praktiken des Reichsbahndirektors Neumann beschäftigen. Wenn Herr Wild das nicht gestattet — und damit ist bestimmt zu rechnen — dann möge er seinen Spitzhund dazu benutzen, um die ihm unterstehenden Beamten, vom Inspektor an aufwärts, darüber zu belehren, inwiefern sie dazu beitragen können, daß die Reichsbahn zu einem rentablen Betrieb gestaltet wird.

In übrigen erwarten wir, daß sich die Reichsbahndirektion Dresden der Zuständigkeit halber des Herrn Schauerhammer besonders annimmt.

Im. Taucha. Stadtverordnetenversammlung. Vom Rat wird mitgeteilt, daß die Löhne der städtischen Arbeiter infolge Tarif-erhöhung vom 1. April ab für Gelehrte um 8 Pfg., für Angelernte um 7 Pfg. und für Arbeiterinnen um 5 Pfg. pro Stunde erhöht worden sind. — Einstimmig werden die Änderungen an der Besoldungsordnung für Beamte und Angestellte der Stadt nach dem Vorschlag des Finanzausschusses angenommen. — Vom Elektrizitätswerk, vom Wasserwerk und von der Gasversorgung liegen die Voranschläge über Bedarf und Deckungsmittel für das Jahr 1928 vor. Es wird davon abgesehen, einen Gewinnanteil der Stadt aus den Erträgen des Elektrizitätswerks (König) jetzt festzusetzen, da durch den neuen Zinsdienst von 10 000 Mark vorläufig kein Gewinn verbleibt. Beim Wasserwerk und in der Gasversorgung bedarf es Einnahmen und Ausgaben. In den Ausschuss zur Veranlagung der Gewerbesteuer werden von der Linken als ordentliche Mitglieder vorgeschlagen: Hamann, Franke, Köhlig und als Ersatzmänner: Renger, Seidemann, Blumenthal, von der rechten Seite als ordentliche Mitglieder: Kirsten, Pattusch, Frank und als Ersatzmänner: Carus, Reinfest und Klawe. Beim städtischen Eisenwerk Süd muß die Anschlußweiche erneuert werden. Die Kosten in Höhe von 2000 Mark sind an die Anlieger umzuliegen, eventuell durch diese mit 10 Prozent zu verzinsen. — Einstimmig sind die Stadtverordneten mit dem Einbau einer Bedürfnisanstalt für den Stadtpart im Grundstück des früheren Krankenhauses einverstanden. Die Kosten betragen etwa 800 Mark. — Vom Bauauschuß wird vorgeschlagen, den ortsgemeinschaftlichen Hauptkühlbehälter neu festzusetzen. Es wird beschlossen, für einen laufenden Meter 18 Mark zu berechnen. — Im Schützenhaussaal muß der Parkettfußboden erneuert werden, die Kosten sind mit etwa 2100 Mark veranschlagt. Es soll aber vorher nochmals mit dem Pächter des Schützenhauses verhandelt werden, wie er sich zu einer Renovation des ganzen Saales stellt und wer die Kosten übernimmt. Vom Schützenhauspächter war beantragt worden, an der rechten Seite des Saales eine Abteilungs-möglichkeit anzubringen, dadurch ließe sich noch ein größeres Besprechungszimmer schaffen. Die Kosten sind vom Bauauschuß auf etwa 2000 Mark errechnet worden. Von den Stadtverordneten werden vorläufig nur die Kosten für den Parkettfußboden bewilligt.

Genosse St. o. f. stellt an den Rat die Anfrage, warum der neu angelegte Fahrradweg entlang der Staatsstraße nicht weitergeführt würde. Der Ratsvorsitz beantwortet die Frage dahingehend, daß es lediglich an dem Scheuneneigentümer Fröhlich liege, mit dem alle Verhandlungen bisher erfolglos waren. Gen. St. o. f. beantragt daraufhin, den Rat zu ermächtigen, beim Scheitern der weiteren Verhandlungen das Enteignungsverfahren durchzuführen. Seidemann (SPD) ergänzt den Antrag noch dahingehend, daß, wenn der Eigentümer sich innerhalb von 8 Tagen nicht entschließt, das Enteignungsverfahren durchzuführen ist. Mit Mehrheit wird dieser Antrag angenommen. — Weiter lag eine Anfrage über die Vorauszahlung der Mieten in den städtischen Häusern vor; der Rat teilt mit, daß er bei seinem früheren Beschluß bestehen gelassen ist, um die Mieter bei einem eventuellen Umzug nicht vor die Alternative zu setzen, dann an einem Monat zweimal Miete zu zahlen, da es im Leipziger Kreise allgemein üblich wäre, die Mieten im voraus zu bezahlen. Die Linksparteien können natürlich den Standpunkt des Rates nicht teilen und werden eine andere Stellungnahme verlangen.

In das Innere eines Reifens

können Sie nicht hineinschauen, die Güte des Materials und die Sorgfalt der Verarbeitung ist dem Auge nicht ohne weiteres erkennbar.

Beim „CONTINENTAL-Reifen“ sind neben der starken Gummiauflage und der zweckmäßigen Gleitschutz-Profilierung auch die äußerlich nicht kontrollierbaren Eigenschaften mit peinlicher Sorgfalt berücksichtigt.

Continental

1928

Belleterung nur durch Händler.





Freiwillige Krankenversicherung

Viele Gruppen Erwerbstätiger werden von der reichsgegesetzlichen Krankenversicherung noch nicht erfasst, trotzdem auch diese Berufstätigen den Krankenversicherungsschutz nicht entbehren können. Im Falle der Krankheit reichen die eigenen Mittel nicht aus, um ärztliche Hilfe und Versorgung mit Arznei und Heilmitteln sicherzustellen. Tritt dann noch Arbeitsunfähigkeit hinzu, dann fällt in den meisten Fällen die Einnahmefähigkeit fort und zur Krankheit treten wirtschaftliche Sorgen hinzu. Die Reichsversicherungsordnung gibt den verschiedensten Gruppen von Erwerbstätigen die Möglichkeit, sich selbst zu versichern, soweit nicht eine Pflicht zur Krankenversicherung besteht. Insbesondere gilt das für Familienangehörige eines Arbeitgebers, die ohne eigentliches Arbeitsverhältnis und ohne Vergütung in seinem Betriebe tätig sind. z. B. ist die Versicherungspflicht der Kinder, die in Diensten der Eltern stehen, vielfach umstritten. Bezieht zum Teil die Rechtsprechung die Versicherungspflicht der Kinder, so gehen andere Entscheidungen wieder dahin, daß die Kinder nicht der Krankenversicherungspflicht unterworfen sind, wenn sie im elterlichen Betriebe tätig sind. Soweit letzteres zutrifft, können sich die Familienangehörigen bei der Krankenkasse freiwillig versichern. Eine solche freiwillige Versicherung ist auch für selbständige Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer möglich. Das gilt insbesondere für Handwerksmeister und Landwirte. Die freiwillige Versicherung solcher Selbständigen kann aber nur erfolgen, wenn sie regelmäßig nicht mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Hierdurch ist also die Versicherung selbständiger Personen mit geringem Betriebe ermöglicht, welche wirtschaftlich den unselbständigen Personen vielfach gleichstehen. z. B. kleineren Handwerksmeistern und kleinen landwirtschaftlichen Unternehmern. Die freiwillige Versicherung bei einer reichsgesetzlichen Krankenkasse ist noch an eine Einkommensgrenze gebunden. Beträgt das Einkommen mehr als 3600 Mark jährlich, dann ist eine Selbstversicherung nicht möglich. Die Krankenkassen können außerdem den freiwilligen Beitritt von der Vorlegung eines ärztlichen Gesundheitszeugnisses und von einer bestimmten Altersgrenze abhängig machen. Von dem Recht der freiwilligen Versicherung bei einer leistungsfähigen Ortskrankenkasse machen leider recht wenig Selbständige Gebrauch. Die meisten versichern sich in sogenannten Ersatzkassen, deren Leistungsfähigkeit sich bei weitem nicht mit der großer Ortskrankenkassen messen kann. Sehr viele derartige Ersatzkassen kennen den Begriff der Mehrleistungen überhaupt nicht. Sie beschränken sich in der Hauptsache auf die Pflichtleistungen, zu denen sie nach der Reichsversicherungsordnung gezwungen sind. Die Reichsversicherungsordnung gibt also einer großen Gruppe Erwerbstätiger die Möglichkeit der Selbstversicherung und erstreckt somit ihren Schutz auch auf diejenigen, die wirtschaftlich die Folgen einer Krankheit und Arbeitsunfähigkeit nicht oder doch unter großen Opfern nur tragen können.

102 000!

Unfreiwillig müssen viele Arbeiter feiern, seien sie erwerbslos oder seien sie ausgeperrt. Diese Freiheit nutzen viele zum Gang nach dem Standesamt, um ihren und ihrer Kinder Kirchenaustritt zu erklären. Stehen sie in einem Arbeitsverhältnis, so ist dieser Gang oft mit Lohnausfall verbunden. Die ausgesetzene Freizeit erlaubt es aber, das Standesamt in den Amtsstunden aufzusuchen. Werktags von 9 bis 14 Uhr sind sämtliche Standesämter für den Publikumsverkehr geöffnet; auch an Sonnabenden gelten die gleichen Zeiten. Der Austritt aus der Kirche muß in dem Standesamt erklärt werden, das für den Wohnbezirk des Austrittenden zuständig ist. Standesämter bestehen für: Alt-Leipzig: Neues Rathaus. Süden: Babelsburgerstraße 5. Südosten: Holzhauser Straße 35. Osten: Dresdner Straße 43 (Rathaus). Paunsdorf: Hauptstraße 31. Schönefeld: Breslauer Straße 37. Norden: Kirchplatz 1 (Wohls). Wahren: Hallische Straße 357. Leutzsch: Friedrich-Ebert-Straße 72. Westen: Alte Straße 22 (Rathaus). Großschdöcher: Hauptstraße 14.

Amtliches Ausweisungspapier, am besten das Familienbuch, darf nicht vergessen werden. Der Standesbeamte hat die Austrittserklärung ohne jeden Beeinflussungsversuch entgegenzunehmen. Er stellt sofort den Austrittschein aus, der kostenlos ausgehändigt wird. Der Kirchenaustritt ist kostenlos! Die Zahlung der Kirchensteuer fällt bereits vom nächsten Monatsersten an weg! Die Kirche ist nicht — wie früher — von dem Austritt in Kenntnis zu setzen. Die mündliche Erklärung vor dem Standesbeamten genügt.

102 000 Leipziger Einwohner haben nach der neuesten sächsischen Statistik allein seit 1919 den Kirchenaustritt vollzogen. Wer den Schritt noch nicht ging, obwohl er mit der Kirche längst gebrochen hat, tue ihn sofort. Nur ein einziges Prozent der Kirchenangehörigen sind nach kirchenamtlicher Statistik Gottesdienstbesucher. Danach dürfte die Kirche in Leipzig nur noch 7000 Mitglieder bzw. Steuerzahler besitzen. Macht's den 102 000 nach, damit die Kirche mit dem einen Prozent, mit den 7000 „Gläubigen“, unter sich bleibt! Diese 7000 Mitglieder können wir dem Kirchenverein dann neidlos lassen. F. K.

Nicht stehen bleiben

Vom Tiefbauamt wird mitgeteilt: Die Arbeiten an Pleißenflutbett werden nach wie vor von dem Publikum mit großem Interesse verfolgt und die Vorübergehenden bleiben gern stehen, um besonders das Arbeiten der Maschinen zu beobachten. Dort wird neben der Sachsenbrücke eine Holzbrücke gebaut, wobei das Material einem Teile der jetzigen Brücke entnommen wird. Es mußte daher die Fahrbahn auf die Hälfte verringert werden und die südliche Gangbahn ganz fortlassen. Diese schon sehr geringe Verkehrsweite wird nun weiter dadurch eingeschränkt, daß die Wassanten die Brücke als Standort für ihre Beobachtungen wählen. Besonders die Radfahrer halten auf der Brücke, um, sich am Geländer stützend, von ihren Rädern aus noch besser sehen zu können. Hierdurch wird die Verkehrssicherheit gefährdet, wie die öfter vorgekommenen Zusammenstöße von Radfahrern zeigen. Angebrachte Verbotsstafeln nützen nichts. Es wird noch einmal dringend gebeten auf der Brücke nicht stehen zu bleiben. Der Fortgang der Arbeiten ist sich ebenso von den Ufern aus verfolgen. Sollte auch diese Mahnung ohne Erfolg bleiben, so würde nichts anderes übrigbleiben, als die Sachsenbrücke ganz für jeden Verkehr zu sperren.

Für den Kettensteg wird die gleiche Mahnung an die Deffentlichkeit gerichtet. Die bisherigen Arbeiten in der Nähe dieses Steges zeigten schon, daß die am Kettensteg angebrachten Tafeln,

Die Wildsau ist los!

Die Jagd im Wolfswinkel

Herr Dr. R. M. Schneider von der Leitung des Zoologischen Gartens teilt uns folgende lustige Geschichte mit:

Seit einigen Tagen ist es bekannt: das Wildschwein, das der städtischen Forstverwaltung von der Firma Datsche, Leipzig, aus Moritzburg überwiesen worden war, ist ausgebrochen. Spaziergänger sind ihm begegnet. Am Montagvormittag wurde der Zoologische Garten angerufen:

die Wache liege im Connewitzer Wald und habe geworfen; sie möchte versucht werden, das Tier zu fangen. Sofort wurde der Kraftwagen mit Fangfallen, Schlingen, Tau und Brettern zuricht gemacht, mit sechs erfahrenen Wärtern bemannt, und los ging es in die „Linie“. Ein berittener Schutzmann empfing die Kolonne und führte sie in den „Wolfswinkel“. Er hatte am Morgen das Revier durchkreuzt. Hinter einer Eiche war ein verdächtiger schwarzer Fleck: Aha, ein Erschossener! Aber da turnen doch an dem dunklen Körper

4 längsgekreiste kleine Dinger

herum! Jetzt wars klar: die durchgebrannte Sau hatte sich hier ein Lager zurechtgemacht und ihre Jungen gefest. Der Reitersmann kommt näher. Da tritt ihm die gestörte Mutter entgegen — begleitet von dreien ihrer Kinder, das vierte hing noch angefaugt an ihrem Leib — und macht Miene, den unerwarteten Besuch anzunehmen, zieht es allerdings bei näherer Betrachtung vor, es lieber mit der Polizeigewalt nicht aufs Neugierste ankommen zu lassen.

Eine Erkundungspatrouille pirscht sich nun heran. Wahrhaftig, an der bezeichneten Stelle ein flacher schwarzer Hügel, davor die zierlichen Frischlinge. Erstauslich, wie weit einen die Alte herantommen läßt! Dann aber steht sie auf und trollt sich in die Büsche; die kleine Bande folgt und springt um sie her. Nun wird der Kasten mit zwei großen Raubtierfangbreitern in eine Richtung gebracht und alles, was nur zwei Beine hat, zum Treiben angefaßt. Aber die dortige Alte denkt nicht daran, sich in den ihr wohlbekannten Kerker drücken zu lassen.

Zimmer wieder bricht sie durch.

Die Hah verliert sich im Fichtenbestand. Auf einmal quietscht es. Ein Frischling ist gegessen worden. Vier Mann hatten ihn umstellt. Und hätte sich nicht ein geschickter Wärtter gleich auf ihn geworfen, so wäre das Bürschchen wieder entküpft. An einem Hinterbein hat es das Schicksal erlitten. Gleich darauf wird ein zweites Baby im nebligen Kinderfleischen herbeigebracht. Der Vogelpfeger des Zoologischen Gartens hatte es ergriffen. Die beiden — übrigens zwei Mädchen — sollen nun die entwichene Mutter ansuchen und werden in einen besonderen Kasten gesetzt. Es fällt ihnen aber gar nicht ein, zu schreien. Die Alte war inzwischen ins Dickicht gegangen. Die waderen Berittenen haben sie verfolgt und erkannt, wo sie sich niedergelassen hat. Nun werden ein paar Rollen Drahtgeleht geholt und das ganze Waldstück regelrecht eingekreist; 1,30 Meter hoch. Währenddessen sehen wir uns das verlassene Wochenbett der freilebenden Frau Mama an: ein richtiges kleines Ruheflos, aus dünnem Waldgras zusammengesetzt; ein paar Wühlstellen nahebei.

Inzwischen ist das Gesträuch, worin der Ausbrecher festgesetzt worden ist, vollends umstürzt worden. Mit Ruten wird der Maschendraht an Bäume angeheftet und am Boden mit behelfsmäßigen „Heringen“ festgesteckt. An einer günstigen Stelle ist der

Fangkasten in die Umfassung eingebaut.

Alle verfügbaren Leute werden um das lustige Gehege als Wächter gestellt, vier Beherzte steigen in die „Arena“, um das Tier langsam heranzudrängen. — Ein Fasan kräht aus dem Gebüsch seinen schrillen Hupenkaut in den nebligen Apriltag. — Das Treiben beginnt.

Zunächst faucht die Verfolgte die Kreuz und Quer, dann stürzt sie gegen das Drahtgewebe. Wie ein Sturmbod rennt sie an und stößt blindwütend mit dem Rüssel hinein. Aber das Verhau hält Stand. Ein Wächter eilt hinzu und treibt die Rasende zurück. Dann versucht sie es an einer anderen Stelle. Bald wird offensichtlich: Sie macht keinen Versuch, über die noch keine anderthalb Meter hohe Umzäunung hinwegzukommen. Die Sache dürfte diesmal „klappen“. Jetzt steht das schwarze Wild ruhig auf einer Blöße und besieht sich die Lage. Ich komme sogar mit meiner Kamera zu Schuß. Dann verläßt die Wache einen neuen Durchbruch, rammelt mit aller Wucht gegen die Drahtwand, unglücklicherweise in einer schlechtbesetzten Gegend. Nun scheint sie auch noch die Schwäche der Vergitterung bemerkt zu haben: sie wühlt nach Schweineart ein paar Augenblicke am Boden, hebt das Gitter aus und legt — haßt du nicht gesehen —

prajselnd durchs Gesträuch,

in einem unglaublichen Schweinsgalopp. „Meißch!“, spottet ein Eichelhäher über die sich anguckende Wächterschar. Großes Geschimpfe hallt durch den grünenden Wald. Die Berittenen laufen wie ein Sturmwind hinter der tollen Sau her. Aber nach kurzer Verfolgung stellt sich heraus: der Frischling hat einen Wasserlauf durchschwommen und ist

in Richtung „Wassergott“ und Schleufig entkommen.

Der einsehende Regen macht die Stimmung noch mieler als sie ohnehin ist. So ziehen wir mit den Frischlingen heim. Die niedlichen Rader werden nun

im Zoologischen Garten ausgestellt.

Vorkünftig müssen sie erst das Fläschtrinken lernen. Schweden wills ihnen am ersten Tage noch nicht recht. Und fresh sind sie auch, beinahe hätte ich gesagt: saurenrecht, wie das eben kleine Sauen sein können. Dem Wärtter, der die erste aus der Rille nahm, hat es die eine junge Wuh sogleich bejagt: blühneil verseyte sie ihm eins mit den winzigen Haken, die ihm im Mäulchen stecken, von unten her in die Wangen. Wünsch wir den Frischlingen (lies: Frischlingen) zum Gedeihen mehr Glück, als es die tapferen Häsher bei ihrer Jagd auf das alte Wildschwein hatten!

Uebrigens ist vor mehreren Jahren eine Wildsauenscheje in Leipzig besser ausgegangen. Die Alte war einem jementierten Zwinger des Zoologischen Gartens entwichen, durchschwamm die Pleiße, kesselte die Verfolger auf „Kingschwanzlänge“ bis zur Rennbahn an sich, ließ aber dort in einen Pferdefall, wo sie überwältigt wurde; das dumme Schw...

R. M. Schneider.

die des Stehenbleiben auf ihm verboten, wirkungslos waren. Nun nähern sich nicht nur die Erbarbeiten wieder dem Kettensteg, sondern es wird auch in der nächsten Zeit mit dem Bau einer Ersatzbrücke begonnen. Sollten sich hier wieder die schon früher beobachteten Unzutrefflichkeiten zeigen, so wird auch bei dem Kettensteg eine gänzliche Sperrung in Erwägung gezogen werden müssen.

Der neue Kraftdrohlfentart

Mit dem 15. April ist eine weitere Herabsetzung des Kraftdrohlfentart eingetreten. Bei dieser Herabsetzung ist besonders darauf Bedacht genommen, die kurzen Fahrten zu verbilligen. Zu diesem Zwecke ist die Grundgebühr von 80 auf 50 Pfennig, zugleich aber auch die für diese Grundgebühr zu durchzufahrende Strecke reduziert worden.

Taxe I gilt bei Tagesfahrten (bis 23 Uhr) für 1 oder 2 Personen innerhalb eines Umkreises von 2,5 Kilometer Entfernung vom Markt; Taxe II für Nachtfahrten (nach 23 Uhr) in demselben Bereich oder für Tagesfahrten mit mehr als zwei Fahrgästen. Taxe III ist einzuführen bei Tagesfahrten mit mehr als zwei Fahrgästen außerhalb des genannten Zonenbereichs sowie für Nachtfahrten mit mehr als zwei Fahrgästen.

Es kosten demnach

Table with 2 columns: Taxe and Price. Taxe I 300 Meter 10 Pf. Taxe II 150 Meter 10 Pf. Taxe III 100 Meter 10 Pf.

Ein teurer Spaß bleibt es immer noch, das Autofahren. Zum guten Teil ist das zurückzuführen auf die Eigenart des Leipziger Straßennetzes, das mit seinen weitläufigen Hauptstraßen, die in den Außenbezirken mit nur verhältnismäßig wenigen Nebenstraßen verbunden sind, zu vielen Leerfahrten bei der Rückkehr zum Stadtkern führt.

Bundestag der „Unabhängigen Organisation“

Die Gauleitung Sachsen des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit (unabhängige Organisation) blüht uns um folgende Veröffentlichung:

Der unter kommunistischer Führung stehende Internationale Bund (Gräf-Richtung) hat unter obiger Spitzmarke am 12. d. M. einen Artikel gebracht, der wieder einmal die Wahrheitsliebe dieser Leute zeigt. So wird die „Unabhängige Organisation“ als Splittergruppe hingestellt, und behauptet, daß sie nur im Gebiet Frankfurt a. M. und Zwickau vertreten sei. Daß die bösen „Unabhängigen“ allein im Freistaat Sachsen über 54 Ortsgruppen verfügen, das wird peinlich verschwiegen.

Daß in unserer Organisation ein Kampf toben soll, dabei ist sicher der Wunsch der Vater des Gedankens. Der zu Ostern 1928 in Leipzig abgehaltene Bundestag hat in seltener Einmütigkeit die Wege beschlossen, die wir in Zukunft gehen werden. Was man uns unterstellen möchte, ist bei der Gräf-Richtung der Fall, denn dort tobt der Kampf über die Einführung einer Sterbefalle, die über die Köpfe der Mitglieder beschossen worden ist. Der Artikelstreiter biegt die Wahrheit um, wenn er sagt, daß eine Reihe von Anträgen zum Bundestag eingebracht worden sei, die die Wiedervereinigung verlangten. Wahr ist, daß von 116 vorliegenden Anträgen ein einziger auf Wiedervereinigung vorgelegt hat, und dieser ist mit allen gegen eine Stimme abgelehnt worden. Eine Vereinigung mit einer Organisation, die nur nach den Richtlinien der KPD handelt und die einen politischen Grundgedanken nach dem

andern aufgibt, kommt für uns nicht mehr in Frage. Mit der Einführung der Sterbefalle hat die Gräf-Richtung zudem selbst den Weg verbaut, denn sie ist damit den Forderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer, die die volle Übernahme der Begräbnislasten vom Reich verlangen, in den Rücken gefallen. Die Kartellbildung zwischen der „Unabhängigen Organisation“ und der „Kriegsopfer-Organisation im Freistaat Sachsen“ ist erfolgt in dem ehrlichen Bestreben zu einer Verschmelzung. Die Vertreter letztgenannter Organisationen haben zum Kreisstag in Rastau, wie auch jetzt zum Bundestag in Leipzig, offen und ehrlich erklärt, daß das Kartellverhältnis nur das Vorbild des späteren Zusammenschlusses ist.

Im übrigen hat unser Bundestag aus Keintlichkeitsgründen einstimmig eine Änderung des Namens beschlossen, und zwar heißt derselbe „Allgemeiner Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands“. Das neue Statut bietet allen proletarischen Kriegs- und Arbeitsopfern die Gewähr, daß der Kampf für ihre Interessen in sachlicher und entschiedener Weise wahrgenommen wird. Durch strikte Verankerung der parteipolitischen Neutralität ist im Gegensatz zur anderen Seite in unsern Reihen keine Möglichkeit mehr, einen Richtungsstreit zu entfachen oder Jollen- und Fraktionsarbeit zu leisten. Die Zukunft wird zeigen, daß der von uns eingeschlagene Weg der richtige gewesen ist.

Die Leipziger Stadtanleihe

Die ministerielle Genehmigung erteilt.

Wir haben vor einigen Tagen berichtet, daß der Rat der Stadt mit dem von der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt geführten Bankkonzern, das sich mit dem unter Führung von Gebrüder Arnold stehenden Konzern vereinigt hat, eine Vereinbarung über die Beschaffung einer Anleihe von zehn Millionen Mark getroffen hat. Wie nunmehr dazu berichtet wird, haben Innenministerium und Finanzministerium der Auslegung dieser Anleihe ihre Genehmigung erteilt, so daß nunmehr die Durchführung erfolgen kann. Die Anleihe soll in der Zeit vom 19. bis 25. April zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden.

Die Depeschendirektion berichtet, daß schon jetzt die Beteiligungslust an der neuen Leipziger Anleihe sich recht reger bemerkbar gemacht hat. Das ist durchaus zu verstehen. Denn für die Anleihezeichner sowohl wie für die Bankkonzerne bedeutet sie ein glänzendes Geschäft. Die Zeichner erhalten neben einer achtprozentigen Verzinsung schon bei der Einzahlung einen Kursgewinn von 5% Prozent. Wo solche Gewinne winken, wird es auch sicher an regem Interesse nicht fehlen.

„Das schöne Thüringen“

Vom 21. April bis 13. Mai wird im Ringelshaus die Wanderausstellung „Das schöne Thüringen“, die von der Thüringischen Beratungskommission für Heimatpflege und Denkmalpflege, Weimar, und dem Thüringer Verkehrsverband veranstaltet wird, gezeigt. Die Ausstellung zeigt über 300 große Aufnahmen von landschaftlichen und baugeschichtlichen Sonderheiten Thüringens. Es handelt sich dabei durchweg um Amateuraufnahmen, die aber eine künstlerische Sichtung erfahren haben und das zur Zeit beste Bildmaterial darstellen, was überhaupt von Thüringern existiert. Rektor Beyer, Gera, hat aus 10 000 Bildern die besten ausgewählt. Die Ausstellung wird wochentags von 10 bis 11 Uhr, Sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet sein. Der Eintritt beträgt für Erwachsene 30 Pf., für Kinder 15 Pfennig.

Wo ruft die Pflicht?

Engerer Bezirksvorstand.

Donnerstag, den 19. April, 17 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Sitzung.

Erweiterter Bezirksvorstand.

Donnerstag, den 19. April, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 9, Sitzung. Pünktlich erscheinen.

Bezirksvorstand der SPD Leipzig.

Mitglieder.

Freitag, den 20. April, 20 Uhr, Sitzung im Volkshaus (Zimmer 9, Hebe Tafel).

Frauen.

Matr. Anst. Morgen Donnerstag, 20 Uhr, im Volkshaus, Frauenabend.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

Groß-Leipzig, Freitag, den 20. April, 20 Uhr, im Volkshaus, Begrüßungsfest zur Reichskonferenz. Eintritt 50 Pfg., erwerbslose Mitglieder bezahlen 25 Pfg. — Das Sekretariat ist am Freitag nicht geöffnet.

Sprechchor. Alle Mitglieder des Sprechchores müssen zur Hauptprobe am Freitag, pünktlich 18 Uhr, im Volkshaus, großer Saal, erscheinen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Connewitz. Wir proben für unsere Feiern: Donnerstag alle Musikspieler 18.30 Uhr, Bibliothek, Freitag die Bilder Familie, Sioux, Arbeit, 20 Uhr, Bibliothek. Sonntag alle Gruppen 16 Uhr Bibliothek.

Stütz. Heute beginnen unsere Heimabende in der Schule. Mittwoch für alle, Donnerstag Gruppen Trubitz und Wermann, Freitag Gruppen Weisse und Wittig. Nächste Helfersitzung Freitag bei Gen. Trubitz.

Entschl. Gruppe Erich und Walter kommt Donnerstag von 17. bis 19 Uhr ins Heim.

Öfen I. Zum Vortrag: Meine Berufsausbildung, treffen sich die Schulklassen morgen um 19 Uhr in der 15. Volksschule, Zimmer 3.

Mitglieder-Veranstaltungen

Paunsdorf. Sonnabend, den 21. April, 19.30 Uhr, im Saale des Gutsparks, Mitglieder-Veranstaltung. Tagesordnung: Lichtbildvortrag: Sozialistischer Aufstieg. 2. Parteiangelegenheiten. Schönefeld. Als Aufruf zur Reichstagswahl Montag, den 23. April, 19.30 Uhr, Bunter Abend im Sächsischen Hof.

Arbeiter-Esperanto-Bund

Vom 6. bis 9. April (Östern) tagte in Nürnberg der 7. Bundestag der Arbeiter-Esperantisten. Die Tagung wurde am Karfreitag durch eine in Esperantotext verfasste Gesangsbarockierung der freien Sänger „Gleichhammer“ würdig eingeleitet. Zahlreiche Begrüßungsschreiben und Telegramme aus dem In- und Auslande fanden den Beifall der Delegierten. Persönliche Grüße überbrachte der Vorsitzende der SPD Nürnberg, Genosse Girmann. Vom Gewerkschaftsamt war Gen. Schmidt anwesend. Ein Vertreter des Bezirks der SPD Unterfranken sowie Gen. Köderitz für die SPD Ostthüringen wünschten der Tagung vollen Erfolg. Weitere Organisationen waren vertreten: Landes- und Ortspartei Nürnberg, Freidenker usw.

Alle Redner waren überzeugt von dem praktischen Wert und Nutzen des Esperanto, das im internationalen proletarischen Befreiungskampfe einen nicht zu unterschätzenden Nachschub darstellt.

Der Sonnabend brachte die Geschäftsberichte des Gesamtvorstandes. Starke Beifall löste das plötzliche Eintreffen unseres französischen SPD-Genossen Dieudonné (Lyon) aus. Mit einflussreichen Worten überbrachte dieser die Verdienste der französischen Genossen in Esperanto. Starke Beifall zeugte von dem Sich-Eins-Fühlen des gesamten Proletariats.

Der Nachmittag wurde einer Besichtigung der alten, ehrwürdigen Bauwerke Nürnbergs gewidmet, den Abend beschloß eine Begrüßungsfeier, die durch Gesangs-, musikalische sowie turnerische Darbietungen der Erheiterung diente. Nicht unerwähnt soll hier bleiben die Rede unseres SPD-Genossen Deubler (München), der mit packenden Worten Selbsterlebens über die Geschichte der Esperantobewegung berichtete. Mit dem Gesang der Internationale fand diese Feier ihr Ende.

Am Sonntag um 8 Uhr wurden die Berichte einer derben, aber jauchenden Kritik unterzogen. Nachdem die Anträge durchgesehen und Neuwahlen festgelegt hatten, erblühte dieser arbeitsreiche Tag um 21.30 Uhr. — Da die Mehrzahl der Anwesenden mit den bisherigen Arbeiten des Vorstandes zufrieden war, wurde dieser erneut wiedergewählt. Vorsitzender ist Genosse Heupel (Leipzig), Redakteur SPD-Genosse Deubler (München) und Vorsitzender der Preis-Kommission SPD-Genosse Volkert (Nürnberg). Der Beschlus, die Hälfte unserer Drucksachen in einer sozialdemokratischen Buchdruckerei anfertigen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Als Delegierter zum Konvent des Weltbundes proletarischer Esperantisten (Seunacica-Mocio-Lutmonda), der im Monat dieses Jahres in Helsingfors stattfindet, wurde SPD-Genosse Volkert (Nürnberg) gewählt.

Der letzte Tag des Kongresses brachte drei Vorträge über: „Esperanto und Jugend“, „Esperantobewegung und Krieg“, „Landesorganisationen und Nationalsozialistischer Weltbund proletarischer Esperantisten“. — Als nächster Tagungsort wurde Essen (Ruhr) bestimmt.

Anfälle in Leipzig

Als am Dienstag in der 19. Stunde eine Frau Elsa W. Hartzelstraße, noch kurz vor Lebenslauf etwas einfallen wollte, kam sie beim Überqueren der Straße durch eine weggebrochene angefallene Kuppelkante so schwer zu Fall, daß sie sich eine stark blutende Gesichtswunde und Kopfverletzung zuzog. Sie wurde von einigen Passanten nach ihrer nahen Wohnung gebracht, wo ein herbeigerufener Arzt einen Bruch des Nasenbeins feststellte. v.

Am Dienstag in der 8. Stunde wurde an der Ecke Nürnberger Straße und Johannisplatz die 70 Jahre alte Frau Anna verw. C. von einem Radfahrer umgefahren. Da die alte Dame nicht wieder aufstehen konnte, wurde sie von der Rettungsgesellschaft aufgehoben und dem Krankenhaus St. Jakob zugeführt, wo sie sofort operiert werden mußte.

Vom Auto getötet. In der Papestraße wurde heute mittig, in der 12. Stunde, eine Frau von einem Kraftwagen der Margaretenstraße Blausand überfahren. Sie war sofort tot.

Polizeibüroamt, Volkshochschulheim Connewitz: Vom Volkshochschulamt wird mitgeteilt: Am Sonnabend, 21. April, findet im Volkshochschulheim, Bornische Straße 108, ein Offener Abend für die ehemaligen Schüler statt. Gäste willkommen. Beginn 20 Uhr.

Arbeiterkammerorchester. Freitag, den 20. April, 20 Uhr, findet eine Extraprobe im Volkshaus statt.

Meatner, Fürsorgeempfänger, Erwerbslose, Kurzarbeiter, Kriegesbeschädigte. Ausgabe von Rindfleisch, gute Qualität, Freitag, den 20. April, von 8 bis 15 Uhr, und Sonnabend, den 21. April, von 8 bis 14 Uhr, im hiesigen Schlachthof. Einheitspreis: das Pfund 60 Pfennig. Der Lebensmittelverkauf findet täglich von 8 bis 12.30 Uhr in der Gerberstraße 3, Glasfalonade, statt. Die Ausgabe erfolgt nur gegen Ausweis.

Verkauf an den Freibänken. Freibank I und II: Donnerstag, den 19. April, freier Verkauf.

Der Totschlag im Magdeburger Wald

Jucha zu 13 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt

P. E. Magdeburg, 18. April. (Eig. Drahtber.)

Am Montag und Dienstag fand vor dem Schwurgericht in Magdeburg der Prozeß gegen den Arbeiter Paul Jucha statt, der am 23. August vorigen Jahres im Biederthaler Busch bei Magdeburg den Chauffeur Wittig aus Leipzig erschossen hatte. In den späten Abendstunden des Dienstags wurde das Urteil gefällt. Der Angeklagte Paul Jucha wird wegen vollendeten Totschlages, Mordbetrugs und schweren Waffensittens zu 13 1/2 Jahren Zuchthaus und 16 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Der Staatsanwalt hatte für den Angeklagten das Todesurteil wegen Mordes beantragt. Das Gericht stellte sich aber auf den Standpunkt, daß Mord nicht zu bejahen sei, vielmehr hielt das Gericht Totschlag für vorliegend. Das Gericht hatte zwischen einem Strafmaß von 5 und 15 Jahren Zuchthaus zu wählen und erkannte schließlich mit Rücksicht auf die Kalküllosigkeit, mit der der Angeklagte gegen den Chauffeur Wittig vorgegangen ist, auf 13 1/2 Jahre Zuchthaus.

P. E. Magdeburg, 17. April.

Am 23. August v. J. wurde der Leipziger Chauffeur Wittig mit einer Kugel im Kopf in seiner im Biederthaler Busch stehenden Autodroschke aufgefunden. Trotz der schweren Verletzungen zeigte Wittig noch Lebenszeichen. Er wurde ins Krankenhaus eingeliefert, wo er kurz nach seiner Entlassung verstarb, ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen. Die Magdeburger Kriminalpolizei setzte sich sofort mit der Leipziger Polizei in Verbindung. Den gemeinsamen Bemühungen gelang es, den Arbeiter Paul Jucha in Ohlenwerder bei Hamburg als des Mordes verdächtig festzunehmen.

Am 9. April wird die Verhandlung eröffnet. Der Angeklagte Arbeiter Paul Jucha ist im Jahre 1909 geboren und beruht zunächst, allerdings recht flüchtig.

Über sein bisheriges Leben.

Er ist in Thale geboren und hat auch dort noch einen Teil seiner Schuljahre verbracht.

Der junge Angeklagte hat am ersten Verhandlungstag mit großer Offenheit

erzählt, was sich alles in seinem jungen Leben schon zugetragen hat. Jucha ist trotz seiner 22 Jahre Mann genug zu erklären, daß er niemand auf der Welt schuld an seinem Unglück gebe, als sich allein. Er spricht mit besonderer Hochachtung von seinen Eltern und bedauert immer und immer wieder, daß er seinen alten Eltern als jüngstes Kind so viel Leid zufügen mußte. In einem Brief an seine Schwester, der nach der Mordtat abgeschickt worden war und der zur Verhaltung des Angeklagten führte, schreibt er, daß er nicht eher den Eltern wieder unter die Augen treten werde, bis er fest und geläutert worden sei. Ueber

die Tat

erzählt der Angeklagte: „Am 19. August erhielt ich den Auftrag, vom Unterstüßungsamt Lohngebe in Höhe von 276 Mark abzuheben und die Papiere zweier Arbeitskollegen abzugeben. Das Geld und die Papiere unterschlug ich und fuhr nach Leipzig, um dort eine bekannte Familie aufzusuchen, die ich wenige Tage zuvor kennengelernt und der ich erzählt hatte, daß mein Vater in Magdeburg ein eigenes Auto besäße, mit dem ich in Leipzig aufsuchen wollte. Von dem unterschlagenen Gelde kaufte ich mir in Magdeburg eine Automobillautsprecher und eine 6,35-Millimeter-Selbstladebüchse mit 25 Patronen, mietete

Hestiges Anwetter im Erz- und Riesengebirge

Verkehrsstörungen durch Schneestürme

WB Krummhübel im Riesengebirge, 17. April.

Im Riesengebirge herrschte seit gestern abend ununterbrochen bis heute morgen 7 Uhr sehr starker Schneefall. In Krummhübel hat die Schneehöhe 40 Zentimeter erreicht bei 3 Grad Kälte. Aus dem Hochgebirge meldet die Humpelbaude 7 Grad Kälte, 20 bis 40 Zentimeter Neuschnee und starken Nordwestwind. Die Telephonleitungen sind teilweise gestört.

III Breslau, 17. April.

Durch den heute morgen gegen 4 Uhr einsetzenden starken Schneefall und Sturm wurden die elektrisch betriebenen Weichen des Breslauer Hauptbahnhofs vielfach ungangbar. Es war trotz Einlasses zahlreicher Hilfskräfte zur Weichenreinigung nicht möglich, den Betrieb ohne Störung aufrechtzuerhalten. Die zwischen 6 und 7 Uhr ausfahrenden zahlreichen Personen- und Schnellzüge erlitten Verspätungen bis zu 157 Minuten.

WB Landeshut, 17. April.

Während der letzten Nacht gingen unter heftigem Sturm im ganzen sächsischen Riesengebirge ungeheure Schneemassen

Am Greenly Island

SPD London, 18. April. (Radio).

Die Gerüchte, daß die Besatzung der Bremen mit einem anderen Flugzeug die Insel Greenly Island verlassen habe, werden hier als falsch bezeichnet. Zimmerlin scheint nunmehr endgültig festzustellen, daß Köhl und Hünefeld die Hoffnung auf Reparatur der Bremen endgültig aufgegeben haben. Inzwischen hat auch eine amerikanische Schwester die deutschen Flieger auf einem mit fünfzehn Eskimohunden bespannten Schlitten erreicht.

Der Begleiter des Nordatlantikküstenfliegers Köhl, der Pressechef des Norddeutschen Lloyd, von Hünefeld, hat an die Hapag (Hamburg-Amerika-Linie) ein Telegramm geschickt, in dem er sich für die großzügige Unterstützung bedankt. Auf Grund dieses Telegrammes kann man annehmen, daß außer dem Norddeutschen Lloyd auch die Hapag hinter dem Transoceanflug steht. Die Hapag hat seit längerer Zeit betont, daß Transoceanflüge nach privatrechtlichen Gesichtspunkten organisiert werden müssen.

Das Wettkennen um die Erde

Am 26. April trifft in Berlin, von London kommend, der Japaner Tsitschiro Araki ein, und zwar vermutlich in einem Flugzeug, das ihm die Deutsche Luftflanz zur Verfügung stellen wird. Araki und sein Landsmann Matsui nehmen an dem

mit einer Autodroschke und fuhr nach Burg. In einem besseren Restaurant sah ich mit dem Chauffeur zu Mittag, kaufte mir eine Uhr und einen Ring und fuhr von Burg aus 2. Klasse nach Leipzig. Vorher telefonierte ich meinen Bekannten in Leipzig, daß ich in Burg einen Unfall gehabt habe und nun doch ohne Auto nach Leipzig kommen würde. Vom Hauptbahnhof Leipzig fuhr ich mit dem Auto vor das Haus meiner Bekannten in Nirdenau. Ich hatte noch etwa 100 Mark bei mir, die ich in Leipzig in drei Tagen ausgab. Am 22. August verließ ich Leipzig wieder. Meine Bekannten brachten mich zur Bahn. Da aber meine Bauschaft arg zusammengeschrumpft war, konnte ich mir nur noch eine Fahrkarte nach Bitterfeld lösen. Von Bitterfeld fuhr ich in der Nacht nach Leipzig zurück.

Der Angeklagte behauptet, vorher die Pistole in Bitterfeld einem Altwarenhändler angeboten zu haben, der aber den Kauf ablehnte. Da Jucha das in der Hauptverhandlung zum ersten Male behauptet, wird die Staatsanwaltschaft beauftragt, diesen Altwarenhändler in Bitterfeld zu ermitteln und die Angaben des Angeklagten nachzuprüfen. Kurz vor 12 Uhr nachts will der Angeklagte wieder in Leipzig angekommen sein. Einen Chauffeur am Leipziger Hauptbahnhof fragte er, ob er ihn nach Magdeburg fahren wolle. Der Chauffeur Wittig war einverstanden, ohne natürlich zu ahnen, daß es

eine Fahrt in den Tod

werden sollte. Es wurde ein Fahrpreis von 100 Mark vereinbart. Von einer Anzahlung sei keine Rede gewesen. Die Fahrt ging über Delitzsch, Bitterfeld, Dessau, Gommern nach Magdeburg.

„Als wir im Biederthaler Busch waren, so erzählte Jucha weiter, hatte ich die Absicht, da ich doch kein Geld bei mir hatte, abzuspinnen. Da wir nach meiner Meinung auf einem falschen Wege waren, ließ ich anhalten, was dabei auch bereits meine Pistole, um den Chauffeur einzuschüchtern. Wütend ging ein Schuß los, der Wagen hielt, ich sprang heraus und flüchtete. Ob ich getroffen habe, kann ich nicht sagen.“

Vorstand: „Sie haben doch den Schuß gehört? Ist Ihnen dabei nicht der Gedanke gekommen, daß dem Chauffeur etwas passiert sein könnte?“

Angeklagter: „Ich habe nicht treffen wollen und habe auch keinesfalls die Absicht gehabt, den Chauffeur zu töten. Daß der Schuß getroffen hatte, wußte ich nicht. Ich wollte nur schnell entfliehen, um wegen des Fahrgeldbetrugs nicht gefaßt zu werden.“

In der

Beweisaufnahme

wird Kriminaldirektor Kunze vernommen, der Jucha als erster Kriminalbeamter vernommen hat. Auf die Frage, warum Jucha nach Bitterfeld gefahren sei, habe er zur Antwort bekommen, daß Jucha dort seine Sachen verkaufen wollte, um zu Geld zu kommen.

Die beiden Leipziger Zeugen, bei denen Jucha in Leipzig zu Besuch war, erklären übereinstimmend, daß

sich Jucha sehr wichtig getan

habe und nach seinem ersten Besuch erklärt hat, er würde in acht Tagen mit einem eignen Auto wiederkommen.

Der Angeklagte wird dann vom Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Grimm, darauf hingewiesen, daß seine Verurteilung, abweichend von der Anklage, die auf Mord lautet, auch wegen Totschlages erfolgen könne. Eine Zuchthausstrafe, nicht unter 5 Jahren würde dabei verurteilt. Staatsanwaltschaftsrat Siele weist den Angeklagten auch noch darauf hin, daß möglicherweise auch eine Verurteilung aus dem § 214 des Strafgesetzbuches erfolgen kann, wonach derjenige, der einen Menschen ohne Uebereilung tötet, um sich durch die Flucht der Verfolgung zu entziehen, mit 10 Jahren, eventuell zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt werden kann. Es teilt darauf eine Pause ein. In den späten Abendstunden wird dann das oben wiedergegebene Urteil gefällt.

nieder, wie sie während des ganzen Winters nicht zu vergehen waren. Die Landwege sind völlig unpassierbar. Die schweren Schneemassen haben viele Telegraphen- und Telephonleitungen und Antennenbrüche zerrissen. Auch in den Wäldern wurde großer Schaden angerichtet. Die Stromzufuhr des Elektrizitätswerkes der Ueberlandzentrale ist unterbrochen, so daß Pendelbus ohne elektrischen Strom für Licht und Kraft ist. Empfindliche Störungen hat der große Schneefall auch im Eisenbahnbetrieb hervorgerufen. Die Zwickauer Eisenbahn hat den Betrieb einstellen müssen. Auch sind die Morgenzüge der Staatbahn ausgeblieben.

III Plauen, 17. April.

Durch starken Schneefall wurden im ganzen Vogtlande umfangreiche Störungen im Telegraphen- und Fernsprechnetz, sowie in den Wäldern verursacht. Etwa 1000 Störungen wurden bis heute früh gemeldet. In Jägergrün liegt der Schnee 1/2 Meter hoch. Verschiedentlich mußten die Erdarbeiten, so die Esterregulierungsarbeiten, eingestellt werden.

Der seit Montag anhaltende starke Schneefall hat im oberen Erzgebirge wieder ungeheure Schneemassen angehäuft. Im Stadtgebiet von Annaberg selbst beträgt die Schneehöhe durchweg 10 bis 12 Zentimeter, auf dem Böhlsberg bis zu 20 Zentimeter, auf den Höhen von Oberwießenthal und dem Fichtelberg noch erheblich mehr.

Wettkampf für die schnellste Reise um die Erde teil, den die große japanische Zeitung Nishichi in Tokio veranstaltet. Araki muß die Reise von Westen nach Osten über Amerika zurücklegen, während Matsui den Weg über Sibirien nimmt. Von Moskau und durch Sibirien darf die Fahrt nur mit der sibirischen Eisenbahn unternommen werden; die beiden Wettrennenden dürfen nur die alten Reisenden zur Verfügung stehenden Verkehrsmittel benutzen. Durch den Wettkampf soll festgestellt werden, in wieviel Tagen man schnellstens um die Erde reisen kann, und mit welchem Mindestmaß von Mitteln man diese Reise bequem durchführen kann. Araki und Matsui waren unter insgesamt 372 Bewerbern ausgewählt worden; Vorauswahlung für die Bewertung war Beherrschung der englischen Sprache in Wort und Schrift sowie die Fähigkeit, Zeitungs-Korrespondenzartikel in japanischer Sprache geschickt abzufassen. Bei dem Wettbewerbsentscheid das Publikum. Araki hat Yokohama am 8. April mit dem Dampfer Empress of Asia verlassen. Matsui fährt über Sibirien. Am 8. April fand in Tokio eine große Abschieds-gerechtheit statt.

Bergwerkskatastrophe in Japan

SPD Berlin, 18. April. (Radio).

Das japanische Bergwerk von Fushung, der größte Tagebau der Welt, ist infolge eines gewaltigen Wasserbruchs teilweise überflutet worden. Etwa 470 Arbeiter sollen ertrunken sein.

Die internationale pädagogische Ausstellung im Grassimuseum ist bis Sonntag, den 22. April, verlängert.

Arbeitsgericht

Die Fortschungsreise des Oberingenieurs.

Der Kontrollleur S., seit 1913 bei der Leipziger Straßenbahn beschäftigt, hatte sich im Laufe der Jahre bei der Direktion unbeliebt gemacht. Nun ist es ja gewiß kein Kunststück, einen Vorgesetzten zu ärgern; im Gegenteil: nichts dürfte auf diesem gelegenen Planeten leichter sein. Dagegen ist die Tatkraftigkeit, mit der einige leitende Größen der Direktion den Streit ihren Bedürfnissen entsprechend zu „bereinigen“ suchten, immerhin eine Seltenheit: sie legten S. aus ungemein sachlichen Gründen fristlos auf die Straße, ignorierten souverän den Einspruch des Betriebsrates, ließen sich vom Arbeitsgericht verklagen — und erlebten eine ebenso umfangreiche wie schmähliche Pleite.

Unliebsames Vergnügen hatte S. dadurch erregt, daß seine Intelligenz und sein Verlangen nach einem umfangreicheren Wirkungsbereich über das behördlich genehmigte Durchschnittsmaß hinausgingen und zu verschiedenen kleinen Eigenwilligkeiten führten; das hatte zwar dem Betrieb nicht geschadet — eher sogar genützt —, dafür aber die Vorgesetzten schwer gekränkt. Denn ein richtiger Vorgesetzter ist immer von seiner Weisheit, Allmacht und Güte, von seiner Gottähnlichkeit überzeugt und erblickt demzufolge auch in den von ihm erteilten Dienstvorschriften, Ausführungsbestimmungen, Anweisungen usw. den höchstpotenzierten Extrakt belagter Eigenschaften. Diese Ansicht nicht zu teilen ist für jeden Untergebenen schmerzhaftes Verbrechen, das — darauf kann er Gift nehmen — früher oder später mit dem Amtstod, d. h. mit Entlassung „wegen Ungeeignetheit“ bestraft wird.

S. hatte gewagt, den engen, sehr engen Rahmen der Dienstvorschriften den zu spannen der Oberinspektor Habicht für gut befunden hatte, hin und wieder im Betriebsinteresse zu ignorieren! Er hatte gewagt, den in hand- und maschinenschriftlich vorfertigten Anweisungen undbestimmungen Gehirnschweiß dieses würdigen Beamten nicht für den Gipfel aller Weisheit zu halten, und sich daher Abweichungen gestattet. Er hatte sogar gewagt, an der Unfehlbarkeit sämtlicher vorgelegten Behörden nicht nur einflüchtige Zweifel zu hegen — diese Suche grassiert ja ziemlich allgemein —, sondern auch diesen Zweifeln in Gesprächen mit seinesgleichen und in Verbesserungsvorschlägen an die Betriebsleitung Ausdruck zu verleihen. Damit war natürlich kein Schicksal entschieden; eher fällt die Erde aus dem Planetensystem, eh' daß ein Vorgesetzter so etwas versucht oder gar versucht.

Für die Direktion konnte es sich demzufolge nur noch darum handeln, einen „fristigen“ Entlassungsgrund aufzutreiben. Nicht daß sie so besonderen Wert etwa aus Rehabilitationsbedürfnissen darauf gelegt hätte; aber die Arbeitsgerichte sind heutzutage oft so komisch, und da mit einer WiederEinstellungsklage des S. selbstverständlich gerechnet werden mußte, konnte man da gar nicht vorsichtig genug sein. Es war ja auch nicht weiter schwer, einen ausstehenden Grund zu finden.

Da gibt es beispielsweise einen Inspektor Pannier, der sich durch eckige Eigenschaften auszeichnet, die ihn zwar bei seinen Vorgesetzten, nie und nimmer jedoch bei seinen Kollegen und Untergebenen (gestrauchelt wie einstweilen noch diesen schönen, aus den Zeiten der Selbstlosigkeit stammenden Ausdruck!) zu empfehlen geeignet sind. Ihm wurde unter anderem auch in Straßenbahnbetriebskreisen nachgesagt, daß er „für die opferwillige Freundschaft“ aufwärts strebender Angestellter stets eine außerordentlich offene Hand habe, und daß schon mancher durch mißbilligte Verfrächtigung der

kulinarischen und erotischen Bedürfnisse Panniers das hinderliche Gestrüpp vom dornenvollen Pfad der Beförderung geräumt habe. Da er auch in der Sterbefällenaffäre des Wagenführers Schliche eine recht seltsame Rolle gespielt hatte — der Gerichtsbescheid vom 19. Januar 27 vermerkt: „Der Entlassungszeuge Pannier führte ein äußerst hilfloses und widersprüchliches Gesamtbild auf“ — und in letzter Zeit wiederum allerlei konkrete Beschuldigungen gegen ihn unter der Belegschaft zirkulierten, glaubte S. der Sache einmal nachgehen zu sollen. Und da das Gerücht umging, daß die Frau des Wagenführers G. zu Pannier „freundliche“ Beziehungen unterhalte, um ihren Herrn und Gebieter vorwärtszubringen — freie Bahn dem Tüchtigen! S. ist inzwischen Kontrollleur geworden! —, besuchte S. den G. am 9. Dezember vorigen Jahres auf dessen Wohnung und hörte die Frau, die er bereits kannte, vorzüglich aus. Ueber die Zweckmäßigkeit eines derartigen Verfahrens läßt sich natürlich streiten, doch war das schließlich S. Privatangelegenheit. Die Inquisition verlief ziemlich ergebnislos, weil die Frau merkwürdigerweise schon über die Differenzen zwischen S. und Pannier orientiert war und sich sehr richtig verhielt; bald, nachdem der Ehemann zum Dienst weggegangen war, verließ auch S. die Wohnung. Am folgenden Tage verzeigte die Frau nach dem Erzgebirge, wo sie zeitweilig als Kellnerin tätig ist.

Wenig später erfuhr nun die Direktion von diesem Besuch, sowie von der geflüstert verbreiteten Behauptung, S. habe die Frau G. mit „unstilligen Anträgen“ besetzt. Bei deren Beurteilung hatte eine solche Angabe freilich nur einen recht problematischen Wert; aber welche Behörde wird deshalb ein gefundenes Fressen stehen lassen, wenn sie einen unbeliebten Angestellten an die Luft setzen möchte? Das wäre ja einfach widernatürlich. Man mußte den Fall nur ein wenig herrichten und mit einem „passenden“ Anstrich versehen, und für so etwas haben Vorgesetzte noch stets Zeit, Geld und Verstand genug gehabt. Und so schickte man denn, da die autoritative Quelle für diese Angelegenheit, Frau G., zur Zeit im Erzgebirge Bier und Kognat sprudelte, einen erstklassigen Fachmann, im Nebenberuf Anstandslehrer für das Fahrpersonal der Straßenbahn, den Oberingenieur Kändler, in jene gelegene Gegend unseres Vaterlandes und ließ sich den „fristigen Entlassungsgrund“ fertigeren. Bis halb elf Uhr war S. an dem fraglichen Abend bei Frau G. geblieben, das konnte sie beschwören! Vergnügt rief sich die Direktion sämtliche Hände, und um noch ein überiges zu tun, veranlaßte sie den Oberinspektor Habicht, an Hand der Fahrzeiten die Zuverlässigkeiten des Delinquenten gegen die genehmigten Dienstvorschriften für den 9. Dezember 1927 einmal statistisch festzustellen. Dabei ergab sich nun freilich die betrübliche Tatsache, daß S. bereits um 8 Uhr abends Kontrollen ausgeführt hatte, folglich nicht gut bis halb elf bei der Frau G. gewesen sein konnte; doch bot diese Differenz dem kriminalistisch geschulten Vorstand der Behörde keine unheilbare Schwierigkeit. Sie erklärte sich, wie der Projektionsmüchteste der Stadt, Syndikus Dr. Wust, in der Verhandlung erwähnte, ganz einfach aus dem Umstand, daß es im Dezember um 9 Uhr abends bereits ebenso finstern ist wie um 1/11 Uhr, so daß „ein kleiner Irrtum in der Zeitangabe“ leicht verständlich ist. Na ja!

Jedenfalls wurde S. am 20. Dezember fristlos entlassen. Er erhob Einspruch beim Arbeitsgericht, der ihm in einer Sitzung des Gesamtbetriebsrates stattgab und darauf ergebnislos mit der Direktion verhandelte; die Klage, die S. dann beim Arbeitsgericht einbrachte, mußte aus formalen Gründen abgewiesen werden. Nachdem diese Schwierigkeiten behoben waren, reichte er die Klage von neuem ein mit dem Erfolg, daß er auf der ganzen Linie siegte. Die Kammer, unter Vorsitz Dr. Schleders, betonte in ihrer Urteilsbegrün-

dung wiederholt, daß die von der Beklagten vorgetragene Gründe nicht und nimmer als ausreichend im Sinne des Betriebsratsgesetzes anerkannt werden könnten, weder für eine fristlose noch für eine befristete Entlassung.

Das war eine schmähliche Pleite für die Direktion; das Urteil ist zwar reviditionsfähig, doch dürfte es die Stadt kaum auf eine zweite Auflage dieses Prozesses ankommen lassen. Zumindest wird sie wohl abwarten, was bei der Beilegungsklage des S. gegen die Frau G., die Anfang Mai verhandelt werden soll, herausspringt. Im übrigen dürfte es ganz angebracht sein, wenn sich die Öffentlichkeit ein wenig mehr um die duffigen Betriebs-Internas der städtischen Straßenbahn kümmern würde, an die wir hier leicht gerührt haben. Hoffen wir nur, daß die Geruchsnerven dadurch nicht gar so sehr in Mitleidenhaft gezogen werden!

Wohlfahrtsnachrichten

Warnung vor einem falschen Wohlfahrtsbeamten. In verschiedenen Städten Deutschlands, zuletzt am 14. April in Nürnberg, ist ein angeblicher Oberinspektor G. Bödner des Landeswohlfahrtsamtes in München aufgetreten. Er sprach in Wohlfahrtsanstalten vor und gab an, verbilligte Lebensmittel verschaffen zu können. Auf die gemachten Bestellungen verlangte er größere Anzahlungen. Auf diese Weise erschwindelte er sich im letzten Falle 143 Mark. Der Betrüger ist 40 bis 45 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, unterleht, kräftig, hat volles, gedrehtes Gesicht, dunkelblondes Haar, ist barfuss, trägt Chering, dunkelblauen Anzug und beigegefärbte Frühjahrsüberzieher. Er spricht Hochdeutsch. Mit Bestimmtheit ist damit zu rechnen, daß er seine Betrügereien in anderen Städten fortsetzen wird. Es wird deshalb vor ihm gewarnt.

Veranstaltungskalender

Mittwoch, 18. April 1928.

Gund. sa. Freibauer, Orlogruppe Offen, Reichshallen, 20 Uhr.

Donnerstag, 19. April 1928.

Metallarbeiter, Vertreterversammlung, Volkshaus, 19 Uhr.

Ausgelperte Metallarbeiter, 9.30 Uhr, in folgenden Lokalen: Wärschers Festsaal, Felsenkeller, Schwarzer Jäger, Leugisch, Volkshaus, Abgärten, Keufstädter Gaithof, Golenischlöchen, Terrasse Wahren, Gaithof Wundorf.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenem Interaten ersichtlich.

Volkshaus Leipzig

Spezialgericht. Heute: Schlachtfest Saffiraten mit Makkaroni 1.15. Osbackener Fisch mit Remoulade und Kartoffelsalat 88.3. — Morgen: Weißkohl mit Kartoffelstückchen 40.5. Cassis mit Ochsenfleisch 80.3. Thüringer Klößchen mit Kartoffelsalat 80.3. Beschnittene Hammelkeule mit Kompott 1.25.



Unserem besten Mitarbeiter, dem Schriftföher Emil Hellfritsch nebst Gemahlin zum fünfundsiebenzigjährigen Ghebubiläum die herzlichsten Glückwünsche

GESAMTPERSONAL DER LEIPZIGER BUCHDRUCKEREI AG.

Am 17. April d. J. verschied unerwartet nach kurzer Krankheit im 75. Lebensjahre unser langjähriger Mitarbeiter, Herr

Bruno Franke

Treue Pächterfüllung und eine auch in schwerster Zeit vorbildliche Anhänglichkeit an unsere ihm im Laufe der Jahre liebgewordenen Betriebe zeichneter diesen aufrechten und zuverlässigen Mann aus.

Wir werden ihm ein treues Gedenkhoh bewahren.

Namens des Personals

Mitteldutsche Luftverkehrs-A.G. Leipziger Luftschiffhafen- u. Flugplatz-A.G. Wagener. Wurll. Wurll.

Die Praxis des verstorbenen Herrn Sanitätsrat Dr. Georg

Leipzig C 1

Mariannenstrasse 81

habe ich übernommen.

Sprechstunde: 71-1, 16-18 Uhr.

Sonnabends keine Nachmittagsprechstunde.

Telephon 65645

Dr. Kell, prakt. Arzt

Wo kaufen Sie?

Achtung! Neu-Aufnahmen Achtung!

A. „Schalmol-Kapelle“ des R. F. B. unter Lit. Dirly. Erdm. Sommer

B. „Reichsbanner-Orchester“ unter Lit. Kapellm. W. Kubn

ferner mod. Tänze, Gesänge, Schläger usw. Vorspielen jeder Zeit ohne Verbindlichkeit. — Hören Sie bitte „Cubaphon“ u. „Cubarela“ Sprechapparate, bevor Sie kaufen. Glanz. Anerkennungen. Niedr. Anzahl. Wochenrate v. 2 Mk. an.

Musikhaus Cubaphon, Leipzig C 1 Uferstraße 12 (an der Nordstraße)

Am 18. April, abends, verschied nach einem arbeitsreichen Leben und vierwöchigem schwerem Krankenlager meine liebe, gute Frau, meine gute Mama, unsere Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Margarete Kunath

geb. Güttler

im 34. Lebensjahre.

Leipzig O 20, Mariannenstraße 11.

Schmerzerrüht

Alfred Kunath und Ansehörin

Die Einäscherung findet am Freitag, 20. April, nachmittags 3 Uhr, auf dem Südfriedhofe statt.

Nach einem arbeitsreichen Leben verstarb am Dienstag, 1/11 Uhr, an einem jahrelang geduldig ertragenen Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, kurz nach vollendetem 62. Lebensjahre, meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Minna Hartnick geb. Kuntzke

Leipzig-Lindenu, Calvisiusstr. 20 a., am 17. April 1928.

In tiefem Schmerz

Friedrich Hartnick
Charlotte Hartnick
Fritz Hartnick und Frau Hanna geb. Fahlbusch
Dieter Hartnick als Enkel
Kurt Hartnick und Frau Doris geb. Schacher
sowie im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 20. April, 11 Uhr, von der Kapelle des Lindenuer Friedhofes aus statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen. Gültig zugedachte Blumenspenden werden erbeten an das Zweiggeschäft der Beerdigungsenstalt „Pietät“, Odermannstr. 16, Tel. 43422.

Allen Verwandten und lieben Freunden die traurige Nachricht, daß am 17. April 1928, 2 Uhr, unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwieger- und Großvater, der Hausmeister und Kassabote, bzw. Platzmeister des Blockauer Flughafens, Herr

Bruno Franke

nach kurzem, schwerem Leiden im fast vollendeten 75. Lebensjahre verschieden ist.

L.-Anger und L.-Probstheida

In tiefer Trauer

Oswald Franke nebst Familie
Hermann Franke nebst Familie
und alle Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Freitag, den 20. April, 11 Uhr, von der Kapelle des Johannsriedhofes aus statt.

Nach längerem Leiden verschied Montagabend unser lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Karl Theile.

Leipzig W 33, Henriestraße 19, III.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag, 14 1/2 Uhr, auf dem Lindenuer Friedhof statt.

Am 17. April, früh 6 Uhr, ist meine liebe Frau, mein treuer Wandergenosse, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante,

Frau Hedwig Burucker

geb. Rast

nach schwerem Leiden im Krankenhaus St. Georg sanit. verschieden.

Leipzig W 31, Lauchstädter Straße 44.

In tiefem Schmerz

Otto Burucker nebst allen Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Südfriedhofes aus statt.

Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Schnell und unerwartet verschied infolge Schlaganfalls im 54. Lebensjahre meine geliebte Lebensgefährtin, unsere innigstgeliebte, unvergessliche Tochter, Schwiegertochter, Mutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Ida Knöfel geb. Seidel

Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße 42, II 1.

Dies zeigt in tiefstem Schmerz an

Karl Knöfel und Kinder
im Namen aller Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Freitag, den 20. April, vormittags 1/12 Uhr, auf dem Trinitatisfriedhof statt.

Montagabend, 1/11 Uhr, wurde unser lieber, treuzugender Vater, Schwieger- und aufer Großvater, Schwager und Onkel, Herr Ernst Kuhn im Alter von 84 Jahren von seinem schweren Leiden erlöst.

Leipzig, Ostnig, am 18. April 1928.

In tiefer Trauer

Kurt Kuhn und Frau Vera geb. Kuhn
Ernst Kuhn und Frau Marie geb. Müller
Gerhard und Gerhard als Enkel.

Die Einäscherung erfolgt Freitag, nachm. 1/3 Uhr, auf dem Südfriedhof. Blumenspenden bittend abnel

Freude und Leid verhindert Verwandten und Bekannten die Familien-Anzeige

Zu Unrecht freistlos entlassen

Aus Edgar Herfurths Reich

Anlässlich des letzten großen Arbeitskampfes der Buchdrucker ist es auch in Leipzig verschiedentlich zu Maßnahmen gekommen; auf Grund der Friedensklausele des für verbindlich erklärten Spruchs des Reichsarbeitsministers wurden sie allerdings umgehend rückgängig gemacht bis auf eine bei den Leipziger Neuesten Nachrichten, die infolgedessen vor dem Arbeitsgericht erledigt werden musste. Herfurths Kulis konnten sich halt diese Demonstration ihres in Dutzenden von Zeitartikeln gepriesenen sozialen und „volksgemeinschaftlichen“ Empfindens nicht verkneifen.

Das Betriebsratmitglied D. war am Abend des 26. März freistlos entlassen worden, weil es in der Nacht vom 22. zum 23. März die in der Stereotypie und im Maschinenraum tätigen Leute zu einer kurzen Besprechung zusammengeholt hatte, ohne dazu die Genehmigung eines „maßgebenden Vorgesetzten“ zu haben. Da diese Besprechung etwa 15 Minuten gedauert hatte, war Herr Herfurth die Möglichkeit, seine Profeten auszudeuten, bei dieser Schicht um 3,125 Prozent beschneiden worden; bei der allgemein bekannten schwierigen Finanzlage dieses würdigen Kommerzienrates und seiner Inseratenplantage also Grund genug, den D. an die Luft zu setzen. Obwohl nun aber die Direktion so großzügig und entgegenkommend war, von einer Schadenersatzklage für die „gestohlene“ Arbeitszeit abzusehen, erhob D. seinerseits Einspruch gegen seine Entlassung und wandte sich, als allerhöchsten Orts jegliche Verhandlung entkräftigt abgelehnt wurde, an das Arbeitsgericht.

Die Genossen Beyer vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Hesselbarth von den Buchdruckern nahmen sich der Sache an und gewannen denn auch den Prozess.

Sie machten vor allem geltend, daß D. als einziges Betriebsratsmitglied der VVN an der bekannten Versammlung im Park Meusdorf teilgenommen und es für seine Pflicht gehalten hätte, seine Kollegen über die dort gefassten Beschlüsse zu orientieren, so

rasch das irgend ging; es sei doch sehr verständlich, daß sich alles Interesse damals auf den Arbeitskampf konzentrierte und daß die Leute über den Stand und die Aussichten der Bewegung Bescheid wissen wollten. D. habe deshalb eine ruhige Zeit, in der der Betrieb am ehesten eine kurze Pause ohne Schaden ertragen konnte, nämlich Mitternacht, für die Abhaltung der Besprechung gewählt und vorher die Zustimmung des Oberstereotypens Sch. eingeholt. Nach einer knappen Viertelstunde, als man schon so ziemlich am Ende gewesen sei, sei der Werkmeister S. hinzugekommen und habe die Abhaltung der Versammlung als unstatthaft bezeichnet, außerdem sofort den technischen Leiter Dr. Neubert telefonisch informiert, der dann den Apparat habe holen lassen, um ihm mitzuteilen, daß er „die Folgen seiner Handlungsweise trage“, das heißt mit seiner freistlosen Entlassung rechnen müsse. Diese sei ja dann auch am Abend des 26. März erfolgt.

Demgegenüber betonten die Vertreter der Beklagten, der Geschäftsführer Mehnert und der Syndikus des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer, Dr. Ruf, daß D. nicht wegen eines bloßen Formfehlers, sondern deshalb entlassen worden sei, weil er in der Nacht vom 22. zum 23. März die Belegschaft der unteren Räume des Betriebes zu einer Versammlung wählte und der Arbeitszeit zusammengerufen habe. Dadurch habe er gegen § 46 Abs. 3 WRG verstoßen, demzufolge „Betriebsversammlungen grundsätzlich außerhalb der Arbeitszeit stattfinden haben; soll hiervon in dringenden Fällen abgewichen werden, so ist die Zustimmung des Unternehmers erforderlich“. Diese zwingenden Vorschriften habe D., dem sie als langjährigem Betriebsratmitglied genau bekannt sein mußten, bewußt außer acht gelassen; er habe weder die Zustimmung der Direktion noch die eines maßgebenden Vorgesetzten, der im Betrieb anwesend war, eingeholt. Er habe ferner auch gewußt oder zumindest wissen müssen, daß ihm die Genehmigung nie erteilt worden wäre, denn die Mitteilung, die er den Leuten zu machen hatte (es handelte sich um den Beschluß der Organisation, daß alle Arbeiter umgehend kündigen sollten), sei „keinesfalls besonders dringlich“ (!!) gewesen. Außerdem sei D., der nicht Vor-

sitzender des Betriebsrates ist, überhaupt nicht befugt gewesen, eine Belegschaftsversammlung selbständig einzuberufen. Und schließlich sei „die ganze Veranstaltung im Park Meusdorf höchst überflüssig gewesen“!

Darauf wurde der Oberstereotypensch. als Zeuge vernommen; er bestätigte, daß er dem D. die Abhaltung einer kurzen Besprechung erlaubt habe, wenngleich er nicht gewußt habe, daß die Belegschaft in den Maschinenraum gehen wollte. Auf die Genehmigung weiterer Zeugen verzichtete das Gericht und zog sich zur Beratung zurück. Währenddessen kam es zwischen Hesselbarth und Dr. Ruf zu einem häßlichen Geplänkel, wobei sich der junge Herr vor allem über die überlegene Ruhe und die Kindern gegenüber stets angebrachte Rücksicht aufregte, die Hesselbarth an den Tag legte. Er versicherte dem Syndikus, daß, wenn die VVN einen Buchdrucker bei solch einer Gelegenheit hinausgeschmissen hätte — D. ist Hilfsarbeiter, gehört also einer anderen Organisation an —, er, Hesselbarth, den gesamten Betrieb stilllegen lassen würde; das könne Ruf schriftlich haben.

Die Kammer, unter Vorsitz Dr. Auerwalds, verurteilte den Verlag zur Lohnzahlung an D. bis zur ordnungsgemäßen Lösung des Dienstverhältnisses. Gewiß sei der Kläger nicht berechtigt gewesen, eine Betriebsversammlung innerhalb der Arbeitszeit einzuberufen; er habe damit zweifellos unkorrekt gehandelt. Doch habe er nach Sch.s Verhalten der Meinung sein können, daß sich irgendwelche Schwierigkeiten kaum ergeben würden; den guten Glauben an die Rechtmäßigkeit seiner Handlungsweise könne man ihm jedenfalls nicht streitend.

Interessant war noch das Verhalten des Geschäftsführers Mehnert vor der Urteilsverkündung. In völlig unmißverständlicher Weise gab Dr. Auerwald ihm zu verstehen, daß die Beklagte unterliegen werde und daß ein Vergleich, zu dem sich die Verbandsvertreter von vornherein bereit erklärt hatten — Nachzahlung des Lohnausfalls und Wiedereinstellung —, das Gesteheste sei. Unschonend trauerte sich aber der Geschäftsführer nicht mit einer, wenn auch nur dem Schein nach selbständig inszenierten Pleite vor die Augen S. M. Herfurths des Einzigen, und ließ sich daher lieber kostenpflichtig verurteilen! „Er habe entsprechende Anweisung vom Chef!“

R. H.

Achtung, Metallarbeiter!

Donnerstag, 19. April, 1/2 10 Uhr vorm.

finden für die an der Ausperrung beteiligten und freigebliebenen Mitgliedern in folgenden Votalen

Bersammlungen

Ratt:

Mähchlers Festhalle / Felsenkeller / Schwarzer Jäger, Reusch / Volkshaus / Albertgarten
Neustädter Gasthof / Gosenstübchen / Terrasse
Wahren / Gasthof Windorf.

Tagesordnung:

Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen.
Stellungnahme zum Schiedspruch und Abstimmung hierüber.

Zutritt ist nur gegen Vorzeigung der Streikkontrollkarte gestattet.

Generalversammlungvertreter

19 Uhr, im Volkshaus wichtige Vertreterversammlung
Die Ortsverwaltung.



la Obstbäume sowie Beerenobst
rosen, Zier- und Schlinggehölze und
Koniferen laufen Sie am besten direkt in
der Baumschule Gröbte Bestände bietet
bei bester reeller Bedienung an
Karl Köhler, Baumschulen
Zuckelhausen-Leipzig. Tel. 65176.
Unverändliche Beschäftigung erbeten.
Katalog und Beratung kostenfrei.



Warum das Industriegebiet Sunlicht Seife schätzt

Rauch und Russ machen Haus- und Leibwäsche schneller schmutzig. Darum wissen gerade die Hausfrauen in den Industriegebieten die gute reine Sunlicht Seife zu schätzen; ihr Schaum löst auch den schlimmsten Schmutz.

Eine Hausfrau aus dem Ruhrgebiet schreibt:

„Ich habe oft zu waschen und verwende Sunlicht Seife seit vielen Jahren und bin immer zufrieden. Ich habe schon manches probiert, aber nichts macht meine Wäsche so weiss und weich und schön. Auch uns selbst waschen wir nur mit Sunlicht Seife, weil sie gründlich reinigt und erfrischt!“

Verwenden auch Sie nur Sunlicht Seife, sie ist gleich gut für Weiss- und Buntwäsche, zum Hände- und Körperwaschen, wie für alle Reinigungszwecke im Haus.



Gewerkschaftliche Anzeigen

Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig
Gruppenversammlung:
Glasler. Freitag, den 20. April, abends nach Arbeitschluss, im Volkshaus. Tagesordnung: Bericht über die Lohnverhandlung. Alle Kollegen haben zu erscheinen. Die Zeitung.
Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband, Bezirksfiliale Leipzig. Verbands-Bureau: Braustraße 17. III.
Herren- und Damenmaßschneiderei. Freitag, den 20. April 1928, abends 8 Uhr, findet im Restaurant „Burgstaller“ (Saal), Leipzig, Eingang Hofmarkt 13, eine **Italiener-Versammlung** statt. Erhalten aller Kollegen und Kollegen ist Pflicht. Das Mitgliedsbuch ist vorzubringen. Die Branchenleitung.

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung

Sonntag, den 26. April 1928, abends 6 30 Uhr, in der Alten Handelsbörse, am Naschmarkt
Tagesordnung: 1. a) Geschäftsbericht des Vorstands; b) Bericht des Aufsichtsrats; c) Bericht des Verwaltungsrats. 2. a) Rechnungsabschluss für das Jahr 1927; b) Entlastung des Vorstands; c) Verteilung des Reingewinns. 3. Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1928. 4. Satzungsänderung Bericht der in der letzten Hauptversammlung gewählten Kommission und Vorlegung des Satzungsentwurfs. 5. Wahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat (satzungsgemäß scheiden aus: a) vom Vorstand die Herren Bernhardt und Träger; b) vom Aufsichtsrat die Herren Kapelle, Röber und Rudolph). 6. Bauprogramm 1928. 7. Festsetzung der Höhe der Anleihen. 8. Anträge; diese sind bis zum 25. April 1928 beim Vorstand einzureichen. 9. Verschiedenes
Der Rechnungsabschluss liegt vom 21. April 1928 an in der Geschäftsstelle, Beethovenstraße 25, während der Geschäftszeit aus. Die Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung ist nur Mitgliedern der Baugenossenschaft gegen Vorzeigung des Anteilbuches am Saaleingang gestattet.
Leipzig, den 18. April 1928
**Baugenossenschaft des Leipziger
Mietervereins E. G. m. b. H., Leipzig**
Der Aufsichtsrat: Karl Rudolph; Paul Heymann.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Zinn- und Metallschmelzer
von Zinnschmelzwerk zum baldigen Antritt gesucht. Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit unter R. 19 an die Expedition d. Bl., Tauchaer Str. 19/21.

Schlösserlehrling
heißt ein Maschinenschlosser.
Paul Ley,
W. 32, Windorfstr. 61. 31

Verkäufe
Autokredit
Damengarderobe
mit kleiner Umgebung
Wohn- u. Geschäftshaus
Hans Hoffmann
Hofstraße 10, I. Ober

Saatkartoffeln

vom Sandboden, alle geiragten früh, mittelfrüh u. späten Sorten offeriert in Ladungen sowie eins. Böden sehr billig.
Oskar Winkler, Leipzig
Reichenhainer Straße 18b - Tel. 63021
Großmarkthalle und Zentralmarkthalle

**Besten Garten-Sand
und scharfen Bauand**
liefern mit Anfuhr
Mitternachts Abends 10 Uhr. Tel. Leipzig 61661
**W kaufen Sie
Ihre Möbel?
Wurden Sie
gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie
sich vertrauensvoll an**

**Möbelhaus
Hermann Fontius
Leipzig-Gohlis**
Halleische Straße Nr. 106
Teiche Auswahl, niedrige Preise
Langjährige Garantie.

**Kleider- und
Wäscheschränke**
100, 110, 130, 150, 160,
180, 200 cm breit zu
Sonderpreisen
Scherbel
Grümmalstraße 28
und Markt 2

**Autokredit
Schränke**
mit d. 1928. Umzahlung
Scherbel
Grümmalstraße 28
und Markt 2

**20-25 Küchen
und diverse lackierte
und furnierte
Schlafzimmer**
gibt billigst ab
**Lendel, Möbel-
handlung,**
Rt. 33.

Jiu-Jitsu

Kurse mit ermäß. Honorar beginnen am 21. u. 25. April. Origin. japan. System. Rechtzeitige Anmeldung erbet. an Ernst Lehmann, V.-Co., Bornaische Str. 36, III

Diverses
Leipziger Leihinstitut.
Gesellschafts-Anzüge
Belau
Albertstraße 29a
Ecke Zeltner Straße 2!

Haben Sie Stoff?
fertige Böden einen modernen Anzug od. Mantel nach Maß mit Zutaten von
29 Mark an
Rudolph. L.-Reudnitz,
Prommannstr. 15
Auch Sonntags geöffnet
Fruck - Dachs
verleiht alle
Gesellschaftsanzüge
Bainstr. 6

Haben Sie Stoff?

Aus mitgebrachten Stoffen erhalten Sie einen modernen Anzug od. Mantel nach gemessenem Maß für nur 29.-, mit aller Zutaten angefertigt
Eigene Werkstätten
Paul Noack, Leipzig
Elsterstr. 55, pt.
gegenüb. Klein-Theater
Sonntags geschl.

Verleih
von Gesellschafts-
anzügen
Baumgärtel
Königsplatz 11.
Wohnungen
30 Cbeo. m. 1 Kind
1 bis 2 leer. Stimm. m.
Rück- u. Dachs. Mod.
ob. Wahren beoors.
Off. u. V 14 an Pfl.
d. Bl., Zeltner Str. 32.

Der Dresdner Spritschieberprozeß

Das Reich schwer geschädigt

Seit Sommer vorigen Jahres beschäftigen sich die Zollfahndungsstellen beim Landesfinanzamt Dresden, die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft mit umfangreichen Spritschiebungen, die zum Nachteile der Reichsmonopolverwaltung begangen worden sind.

Was nun die Dresdner Unregelmäßigkeiten dieser Art anlangt, so wurden selbige mit einer bisher noch nicht beobachteten Regelmäßigkeit begangen. Der hier und seit mehreren Jahren in großen Mengen für angeblich gewerbliche Zwecke verbilligt abgegebene Sprit ist gar nicht erst vergällt worden, sondern dieses Verfahren wurde nur vorgeläugelt.

Anzeigeerstatlerin in dieser Schieberjagd war eine ehemalige Buchhalterin des Lindendorfs, eine 26 Jahre alte Dorothée verw. Jeuner, die mit ihrem einzigen Chef in erhebliche Differenzen geraten und diesen dann noch beim Dresdner Kaufmannsgericht verklagte.

Seit Sommer hat mit diesen Riesenschieberreien bei Vertrieb des unvergällten Sprits an Hersteller von Trinkbranntwein sicherlich großen Summen in seine Taschen gemacht und wohl auch in Sicherheit gebracht.

Lindendorfs hat mit diesen Riesenschieberreien bei Vertrieb des unvergällten Sprits an Hersteller von Trinkbranntwein sicherlich großen Summen in seine Taschen gemacht und wohl auch in Sicherheit gebracht.

Die Justizkapitel

beschäftigten den Ausschuß A in seiner ersten Sitzung nach der Osterpause. Während der Verhörterstatter, der Aufwarter Götting, und mit ihm die Vertreter der Koalitionsparteien in der Justiz alles in schönster Ordnung fanden, übten Genosse Neu für die SPD und Abgeordneter Siwert für die KPD scharfe Kritik an den Vorgängen in der Strafrechtspflege, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigt hatten.

Das im Dezember 1927 durchgepeitschte Besoldungsgesetz weist zahlreiche Härten für einzelne Beamtenkategorien der mittleren

und unletzen Laufbahnen auf. Eine baldige Ueberprüfung des Gesetzes ist deshalb vorzunehmen. Zur Abstellung von Härten sind insbesondere

- a) die Rechtsverhältnisse der Kanzleibeamtenchaft denen in Preußen und Anhalt anzugleichen;
b) die Strafvollzugsbeamten und Wachtmeister besser zu stellen;
c) die Sondergeprüften Sekretäre, mindestens soweit sie Rechtspflegerfunktionen ausüben, den übrigen Justizbeamten mit gleichem Arbeitsgebiet in der Besoldung gleichzustellen.

Selbstverständlich soll nicht nur das den Justizbeamten angelegene Unrecht beseitigt werden; es muß aber irgendeine angefangen werden, die Beamten der anderen Ressorts folgen dann automatisch. Der Justizminister erklärte seine persönliche Zustimmung zu der Tendenz des letzteren Antrages — aber der Finanzminister erhob Einspruch und wollte nichts bewilligen, da müßte er sich scheiden.

Soweit die Haushaltskürzungen Bauten betreffen, wurde die Abstimmung sofort vorgenommen und die betreffenden Positionen (Erweiterungsbauten in Dresden und Chemnitz, Einbauten einer Dampfstraße in der Gefangenenanstalt Hoheneck sowie von Heizungsanlagen in verschiedenen Justizgebäuden) bewilligt.

Stärkere Beschäftigung im Baugewerbe

In der vergangenen Woche betrug die Arbeitslosigkeit im sächsischen Baugewerbe nach den Mitteilungen des Deutschen Baugewerksbundes 20,4 Prozent. Gegenüber einer Arbeitslosigkeit von 23,3 Prozent in der vorangegangenen Woche ist also eine wesentliche Besserung festzustellen, die in erster Linie auf das sehr günstige Wetter zurückzuführen ist.

Chemnitz. Ein Auto in die Chemnitz gestürzt. Am Dienstag stürzte ein mit drei Personen besetzter Lastkraftwagen von der Beder-Brücke in die Chemnitz. Der Führer des Wagens ist ertrunken. Die beiden anderen Insassen, ein Mann und eine Frau, trugen leichte Verletzungen davon.

Freital. Ein Eisenbahnunfall. Die Kriminalabteilung teilt mit: Am 12. April gegen 20 Uhr wurde von einem Arbeiter in den Güstahäusern in Freital bemerkt, daß an den Eisenbahngleisen II und VII im Wert von den Weichen die Befestigungskugeln abgeschraubt waren.

Freiberg. Selbstmord eines Reichswehrsoldaten. Aus bisher noch nicht genau festgestellten Gründen ließ sich der Soldat R. Pippig von der 1. Kompanie des hiesigen Reichswehr-Bataillons auf der Bahnstrecke zwischen Frankenstein und Oberschöna vom Zuge überfahren.

Leben und Sterben von Sacco und Vanzetti

41) Von Eugen Lyons. Deutsche Zeitungsdirektion: Carl Engel, Verlag, Berlin-Charlottenburg 8.

Beweise für Thayers Parteilichkeit. Offiziell wurde der Fall Sacco-Vanzetti durch ein formelles Gnadenersuchen (auch im Namen Saccos) in die Hände des Gouverneurs gelegt.

Im Prinzip, erklärt Vanzetti, lehnen wir Gewalt ab, und betrachten sie als die schlimmste Form des Zwanges und der Autorität. Wir sagen mit Garibaldi: „Nur die Sklaven haben das Recht, in ihrem Kampf um die Freiheit Gewalt anzuwenden; nur die Gewalt, die befreit, ist erlaubt und heilig.“

Der Petition wurde eine Reihe von erstaunlichen Aussagen, die sich auf Thayers Hatz gegen die beiden Männer und ihre Freunde bezogen, beigegeben. Sein allgemein bekanntes Vorurteil, das in allen juristischen Entscheidungen zu spüren war, wurde an bestimmten Beispielen bewiesen.

George U. Crocker, ein Mitglied des Universitätsrats in Boston, in dem Thayer während des Prozesses wohnte, erklärte, daß der Richter ihn wiederholt in einer Ecke festgehalten und seinen gefährlichen Gefühlen gegen den Verteidiger Ausdruck gegeben hätte.

Die Erklärung von Frau Lois B. Kantoul, die im Namen der Föderation der Kirchen Groß-Bostons dem Prozeß beiwohnte, stellt fest, daß der Richter Leute, die nicht mit dem Prozeß zu tun hatten, am Knopfloch festzuhalten pflegte und sie von der Schuld der Angeklagten zu überzeugen suchte.

von zwei Unterredungen, in denen der Richter durch Worte und Gesten auf sie einwirkte, um sie zu dem Glauben zu bewegen, die Angeklagten wären schuldig.

Robert Venzley, einer der Redakteure der Zeitschrift „Life“, berichtete, wie er Kenntnis von Thayers Parteilichkeit erhielt. Im Jahre 1921 besuchte er Freunde, Mr. und Mrs. Loring Coes in Worcester. Die Coes waren Mitglieder eines Klubs, dem Thayer angehörte.

Drei Journalisten, die dem Prozeß oder den nachfolgenden Verhandlungen beiwohnten, machten ebenfalls Angaben über Thayers Hatz gegen die Angeklagten. Frank W. Sibley vom „Globe“ in Boston, der während des ganzen Prozesses anwesend war, ist einer der geachteten Journalisten von Massachusetts und gilt unter den Pressevertretern als ihr „König“.

Eine Berichtserstatlerin des „International News Service“ Elizabeth R. Bernkopf, war bei einigen Vernehmungen im Jahre 1923 und 1924 anwesend; Thayer sah öfters neben ihm im Zuge von Dedham nach Boston und sprach über Sacco, Vanzetti und ihre Rechtsanwältin.

John Nicholas Bessel, Berichtserstatler der „Federated Press“ gab eine bildhafte Darstellung der Unterredungen, die Thayer mit den Berichtserstatlern führte, die schon Sibley erwähnte. Das Gespräch fand statt, ehe das geringste Beweismaterial vorgebracht war.

Professor L. B. Richardson von der Universität in Dartmouth schrieb unaufgefordert einen Brief an Gouverneur Fuller, in dem er das Verfahren kritisch beleuchtete.

Die Untersuchung des Gouverneurs Fuller war eine merkwürdige Verbindung von Geheimnistuerei und Kellamsucht. Duzende von Berichtserstatlern belagerten sein Bureau. Immer wieder strömten neue Zeugen, Geschworene, Staatsanwälte und Sachverständige ein und aus.

Woche um Woche verging, und die Welt wurde Zeuge einer aufregenden, aber leeren Pantomime. Man sah den edlen Gouverneur auf der Suche nach Wahrheit hin und her eilen, Diogenes im Gollanzug mit einer elektrischen Taschenlampe in jede Spalte leuchten, während die Berichtserstatler und Pressephotographen eifrig Notizen machten und Bilder knipsten.

Die Optimisten hörten auf, sich den Kopf zu zerbrechen. Liberale Redakteure waren von der Grundlichkeit der Untersuchung enttäuscht. Einige sozialistische und Arbeiterzeitungen priesen schon im voraus eine Entschelbung, die mit so viel Sorgfalt und peinlichem Fleiß vorbereitet wurde.

Werbt! für die Kaliklora-Zahnpasta! der beste Werber erhält Mk. 2.000 bar. Im ganzen kommen etwa M. 10.000.— zur Verteilung. Jeder kann sich gänzlich kostenlos an unserem Wettbewerb beteiligen und die Bedingungen, sowie Probetuben von uns beziehen.

Voltaire im Himmel

Von Hans Otto Henck

Monsieur Lemaître, Curé an der ehrwürdigen Kirche Notre Dame zu Paris, weiß nicht erst seit gestern, daß die Frau ein Gefäß ist, stets gefüllt mit Boshheit bis zum Rande, und stets bereit, diese Boshheit überquellen zu lassen.

Seit zehn Jahren ist Monsieur Lemaître schlichter Curé an der Kirche Unserer lieben Frau gegenüber der Insel des heiligen Louis. Standhaft hat er alle Versuchungen abgelehnt, selbst die auf eine fetter Pfarrel in der fröhlichen Touraine. Lieber wollte er an Notre Dame der Letzte sein, als in einer kleinen Landkirche der Erste.

Wenn der Curé morgens an den Seinequais entlangging, hier und dort bei den Buchhändlern verweilte, um in den ausgelegten alten Büchern ein wenig zu blättern, wohl auch einmal einen verflohenen Blick in die Mappen mit lasziven Bildern warf oder seitwärts nach der Figur einer elfenbeinernen oder bronzenen Venus schielte, dann trat er zum Schluß, bevor er sich in das dümmrige Heiligthum der Kirche begab, noch bei Madame Dumoulin ein.

Nur selten veräumte der Curé seinen täglichen Besuch bei Madame Dumoulin, und er entschuldigte sich dann immer am nächsten Tage. Das hatte er natürlich nicht nötig, und darum brauchte er der Alten auch nicht zu sagen, warum, er ausgeblieben war. Etwas, weil er im Fenster eines Bildhauers auf dem Quai Lournelle eine Kopie von Maurusius' reizender Wadenprobe gesehen oder eine Lecke, bis zum Ante raffolose Dorette bis an den Vont Saint Michel beobachtend verfolgt hatte.

Als Monsieur Curé eines Vormittags, nachdem er saßen in der Beichte eine hübsche Hoteliersgattin aus der Rue Colbert — er hatte sich die Adresse notiert — von dem Ehebruch mit einem reichen Engländer losgesprochen hatte, den Laden der Madame Dumoulin betreten wollte, prallte er vor dem Schaulustler erschrocken zurück.

Als Monsieur Curé eines Vormittags, nachdem er saßen in der Beichte eine hübsche Hoteliersgattin aus der Rue Colbert — er hatte sich die Adresse notiert — von dem Ehebruch mit einem reichen Engländer losgesprochen hatte, den Laden der Madame Dumoulin betreten wollte, prallte er vor dem Schaulustler erschrocken zurück.

Der Zorn des Curés milderte sich etwas, als Madame Dumoulin ihm auf seine erregten Vorhaltungen versicherte, daß sie nach wie vor eine gute Christin bleibe, die zur Messe und zur Beichte gehe. Wie er ja schon daran sehen könne, daß neben den nackten Weibern nach wie vor unsere liebe Frau und alle anderen Heiligen im Vordergrund des Schaulustlers ständen. Aber die Amerikaner, die täglich hier in hellen Scharen vorbeikamen, um die Türme von Notre Dame zu bestaunen, kauften nicht den kleinsten Heiligen und nur selten einmal die Nachbildungen der Teufelsstrafen, die vom Turmgefängnis der ehrwürdigen Kirche ihre Jungen dem entarteten Paris hinausstreuten.

Monsieur Lemaître war befänntigt. Ja, leider Gottes muß der Christ auch von den Heiden Geld nehmen, muß ihnen verkaufen, was sie wünschen, wenn er leben will. Er knüpfte daran eine scharfsichtige Bemerkung über unsere Mutter Kirche, die selbst die verwertlichen Reste der Ungläubigen zu Grundsteinen ihrer Macht zu ver-

wenden weiß. Auch beschaute er sich die heidnischen Figuren mit dem Interesse des Priesters und überprüfte mit dem Fingernagel die elfenbeinerne Hautglatte einer Venus. Allerdings nur auf dem erhöhten Teile ihres unteren Rückens, einem Körpersteil, der nicht als Einflußsphäre eines katholischen Priesters anzuspreschen ist.

Es tat also der Freundschaft zwischen dem Curé und Madame Dumoulin keinen Abbruch, daß sie die Heiligen dieser Welt zwischen die Heiligen des Himmels gestelt hatte. Sie verkaufte sie wacker und erübrigte dabei manchen Franken, und manchen davon übergab sie dem Curé mit der Bitte, dafür eine Messe zu lesen zum Seelenheile der verstorbenen Heiden und Venusanbeter. Der Curé sprach nach wie vor in ihrem Laden ein, zumal wenn Madame Dumoulin neue Muster der Gipsstatuen-Manufaktur in ihrem Laden ausstellte. Wie man bei ihr nach keinem himmlischen Heiligen vergebens fragte, so hatte sie auch allmählich den griechischen und künstlerischen Olymp ziemlich komplett vorrätig, wenigstens soweit es sich um unbedeckte Männer und Frauen handelte.

Der Curé Lemaître hat zu spät die alte Kirchenwahrheit eingesehen, daß die weltliche Bewirrung eines Christengemütes stets mit einer ungerechtfertigten Rücksicht des Priesters beginnt. Er hatte gebuddelt, daß Madame Dumoulin nackte Gipsleiber verkaufte, und er hätte sich sagen müssen, daß der dabei so müheles erzielte Gewinn Madame das Unterscheidungsvermögen für Erlaubtes und Unerlaubtes vollkommen nehmen würde. Mit dem ersten Gewinn kommt den Menschen die Habgier an, und die Habgier schlägt froh über alle Stränge.

Ob sie nicht wisse, wen dieses vermalte Bild darstelle? Madame duchtbarierte die in den Sockel eingestrichene Schrift: Voltaire. Jawohl, schmaute der Curé, Voltaire! Dieser Antichrist, der die heilige Jungfrau von Orleans verächtlich zu machen suchte. Dieser Beelzebub, der mit seinem Überwicht die verfluchten Bücher geschmiert hat, die er selbst Aufklärung nennt, die aber nichts anderes sind, als ein verabscheuungswürdiger Keil, getrieben zwischen das gläubige Volk und seine von Gott verordneten Priester.

Wenn eine alte Freundin so einem langjährigen Freunde, der noch dazu Curé an Notre Dame ist, widerspricht, darf man sich nicht wundern, wenn der Freund in Wut gerät. Der Curé nahm die dastehenden fünf Köpfe Voltaires, einen nach dem andern, aus dem Heiligengemälde, und warf sie der entsetzten Madame Dumoulin vor die Füße. Sie zerschellten auf dem Steinfußboden in unglückliche Gipsplättchen.

Die Madame Dumoulin sah von ihrem Schrecken erholt, war der Curé aus dem Laden. Aber mit den Köpfen Voltaires hatte der Curé auch Madames Respekt vor dem Priester zertümmert. Sie verlangte Hilfe vom Richter. Er forderte den Curé vor die Barriere, denn der Arm der republikanischen Justiz ist lang. Er reicht selbst bis in die Sakristei von Notre Dame, der ehrwürdigen Zeugin einer jahrhundertelangen Feindschaft gegen die Voltaires.

Kleine Chronik

Jazz auf 4 Flügeln. Erstes Klavierquartett nennen sich die vier Herren A. Geldbrun, L. Wittmann, H. Jahn, J. Pomeranc, die durchweg ganz ausgezeichnete Pianisten sind. Sie haben klare Technik, spitzen, aber weichen Ton, sind vorzüglich im Zusammenspiel und in ihren Nuancierungen sehr abwechslungsreich. Doch das Kolort der eigentlichen Jazzmusik können sie auf den vier Flügeln nicht annähernd erreichen, viel weniger noch damit erleben. Wohl war es in einigen Stücken möglich, Banjo oder Sazophon ein wenig nachzumachen, aber im großen und ganzen ist es wohl nur als untergeordnete Virtuosität anzusehen, die verschiedenen Tonfarben des Jazz im Klavier allein festhalten zu wollen. Die vier vollendeten Pianisten waren zwar mit großer Liebe und Ueberzeugung dabei, doch werden sie nicht etwa annehmen, damit eine neue Kunstrichtung zu propagieren. Sehr geschickt waren die Bearbeitungen der Herren Wittmann, Geldbrun, durchgeführt; mit leichten Harmonien, raffiniertem Rhythmus, virtuosen Passagen ergelien sie starke Effekte. Die Tanzstücke von Rameau, Ligt, Strauß, Gounod, Liszt verfehlten trotz ihrer glänzenden Ausführung die Wirkung auf die den Saal füllende Jugend. Erst mit der Jazz-Suite von Wittmann bekamen die Künstler mit ihren Zuhörern engsten Kontakt. Dieser große Wert, aus fünf Tanzstücken zusammengestellt, ist von überprüfender Lustigkeit und fand stärksten Beifall. Der zweite Teil enthielt die verschiedensten Jazzschlager, von denen "Balencia" und "Dreams of Hawaii" als recht gute Bearbeitungen zu nennen sind. Die vier jungen Leute ließen ihre pianistischen Vorzüge im besten Lichte glänzen und die leidenschaftliche Tanzjugend spendete ihnen Ovationen, wie ich sie selber bei unseren großen modernen Pianisten noch nicht erlebt habe.

Ein neues Herzheilmittel. Das von Professor Haberlandt, dem Innsbrucker Physiologen, endliche Herzhoromon, das die Herzstätigkeit belebt und tote Tierherzen wieder schlagen macht, wird zu therapeutischen Zwecken gegenwärtig in größeren Mengen herzustellen versucht. Bei diesen Experimenten gelang Professor Haberlandt eine neue Form der Behandlung mit Herzhoromonen, und zwar mit dem Einnehmen von Kaldehyd-Bouillon. Das Kaldehyd ist besonders stark hormonhaltig. Herzkränke, die eine solche Bouillon mehrere Wochen hindurch einnahmen, führten sich wesentlich erleichtert und geholt. Herzkränke mit geringer Hormonbildung leiden nach Haberlandt an Verhärtung der Herzkranzgefäße (Koronararteriosklerose), an Agina pectoris und an anderen Gebrechen.

Temperatur und Keimung. Es gibt Samen, die, wenn sie zu normaler Keimung gelangen sollen, nicht nur Wärme brauchen, sondern deren Keimfähigkeit vielmehr durch eine vorherige Dürchfehlung bedingt wird. Diese Tatsache kann man, wie Fischer feststellt, namentlich an gewissen Wasserpflanzen und Hochgebirgsgeewächsen beobachten, die oft jahrelang nur deshalb nicht zum Keimen kommen können, weil ihren Samen die zur Auslösung des Keimungsprozesses notwendige Kälte nicht zuteil wurde. Manche Samen können sogar, wie z. B. der Thornsamen, von Eis und Schnee umgeben keimen, auch Roggen, Weizen, Senf und Hanf,

keimen in unserem Klima oft bei sehr niedrigen Temperaturen. Andererseits können Samen, ohne die Keimfähigkeit zu verlieren, auch der Einwirkung überaus hoher Wärmegrade widerstehen. Der Forscher Gain hat kürzlich in dieser Hinsicht eine ganze Reihe von Versuchen ausgeführt, die zeigten, daß Pflanzenkerne, wie Weizen, Raps, Senf und Sonnenblumen, die man mehrere Monate hindurch einer Hitze von 100 Grad Celsius ausgesetzt hatte, dennoch ihre Keimkraft nicht einbüßten, wie auch Samen, die man zeitweise auf 110 und 120 Grad erwärmte, so daß sie vollständig austrockneten. Die höchste Temperatur — von 155 Wärmeegraden — konnte der Same von Sonnenblumen vertragen, doch erfolgte hier die Erwärmung allmählich und wurde von Zeit zu Zeit durch leichte Abkühlung unterbrochen. Allerdings hat sich in diesen Fällen gezeigt, daß sich aus den erwärmten Samen keine normalen, sondern mißgewachsene Pflanzen entwickelten. Manche Versuchspflanzen setzten sogar Blüten an, es kam aber bei keiner von ihnen zu einer Fruchtbildung, so daß sich keine Gelegenheit ergab, die Einwirkung der Hitze auf die Keimung der Mutterpflanze auch in ihrem Einfluß auf die nächste Generation beobachten zu können.

Die Staatsoper Dresden veranstaltet vom 6. Juni bis 1. Juli eine Festspielreihe, die mit der Uraufführung von Richard Strauß' neuester Oper: "Die ägyptische Helena" eröffnet wird und im weiteren Verlaufe Werke von Mozart, Verdi, Weber und Wagner bringt. Unter ihnen ist neben der "Frau ohne Schatten" von Richard Strauß, bisher nur in Dresden und Hamburg aufgeführt, besonders interessant "Macbeth" von Verdi, welches Werk mehr als 60 Jahre nach seinem Entstehen am nächsten Sonnabend, 21. April, in Dresden eine deutsche Uraufführung finden wird. Ein Prospekt mit Aufführungskalender und Eintrittspreisen ist kostenlos in Reisebüros zu haben.

Neues Theater. Der am Mittwoch, dem 18. April, stattfindenden 25. Aufführung von "Johnny spielt auf" wird der Autor Ernst Krenel bewohnen.

Altes Theater. Wegen andauernder Erkrankung von Peter Stanjina muß die für Freitag, den 20. April, angelegte Uraufführung des Schauspiel "Gneisenau" vorläufig verlegt werden. Es wird dafür das Lustspiel "Ein besserer Herr" gegeben.

Schauspielhaus. Das Bassermann-Gastspiel geht seinem Ende entgegen: Als letzte Rolle spielt der Künstler Sonnabend, dem 21. April, den Wallenstein in Wallensteins Tod, der neben ihm in den Hauptrollen besetzt ist mit Koch (Wrangel), Stöckel (Piccolomini), Böhm (Max), Straube (Terzky), Widenhain (Jofani), Balskus (Buttler), Krauß (schwedischer Hauptmann), Bantwart (Allo), Melanie Krüger-Michaelis (Herzogin), Erka von Draag (Gräfin Terzky), Inge Staben (Thella). Regie: Koch.

Operentheater. In der am Donnerstag, dem 19. April, stattfindenden Uraufführung der "Esar das Fürstin", Operette von Kalman wirken in den Hauptrollen mit, die Damen: Bauer, Schädlich und Keller, sowie die Herren: Kalan, Klapproth, Köchel und Poltscher. Die Intendenz besetzt Oberregisseur Pehold, die musikalische Leitung hat Kapellmeister Haupt inne.

Der letzte Kaiser auf der Piscatorbühne

Berlin, 17. April.

Es ist nicht Wilhelm von Doorn, den der französische Schriftsteller Jean Richard Bloch in seinem Drama "Der letzte Kaiser" zu einem fahlen, gepenstig-symbolischen Leben erwachen ließ; auch nicht der letzte Franzosenkaiser. Sondern ein utopischer, einer von Dichters Gnaden. Ein Prinz, aus den Länden eines Fürsten, aus dem Schloß einer Proletarierin, wird über Nacht Kaiser. Er sympathisiert mit dem Proletariat — das Blut, Infognito — Kameradschaft mit Arbeitern hat des Bastards Gottesgnaden-Art angekreuzt — will reformieren, läßt den Jagtrimm der herrschenden Mächte auf sich, nimmt den Kampf auf, unterliegt, flüchtet zu den Arbeitern, die zwar seinen guten Willen anerkennen, aber ihm bedeuten, daß sie ohne humanistische Helfer fertig werden müßten mit den Mächten der Vergangenheit. Und der Letzte seines Stammes, zugleich der Letzte derer, die mit gutem Willen die Dinge ändern zu können glauben, der letzte humanistische Bourgeois geht in die Einsamkeit, weil er weder zu jener, noch zu dieser Front gehört, weil er zwischen den beiden großen Fronten von heute, zwischen jener des kapitalistischen Imperialismus und jener des revolutionären Proletariats zur Ohnmacht verurteilt ist.

Also sagt Bloch und seiner Mitverfasser Karl Heinz Martin, Piscator, Preßler usw. symbolisches Stück vom letzten gutgemeinten Bürger. Denn nicht um Monarchie oder Republik geht es hier, sondern um pro- oder antiproletarisch. Und wenn der gutgemeinte Bürger die höchste Machtposition im Staat befüßt, wenn er Kaiser wäre, er könnte nicht besser, nicht wirklich, grundlegend bessern, denn er wäre nur ein Spielzeug derjenigen, die die Wirtschaftsmacht besitzen, und seinen Augenblick zögerten, auch den Thron zu stürzen, wenn er ihrer Macht gefährlich werden würde, wenn er Ernst machte mit der Reform.

Das alles haben der Verfasser und sein Regisseur Karl Heinz Martin in einer fast vier Stunden währenden, bunten, mit Haupt- und Staatsaktionen besetzten, mit Aktualitäten und Anspielungen bedrückten, politischen Resue dramatisch zu sagen und zu gestalten sich bemüht. Es ist nicht so ganz gelungen. Es fehlte Piscator als Regisseur. Einwirken hat er allein auf dieser Bühne die Kraft. Auseinanderstrebendes zu einem einheitlichen Ausdruck zusammenzuraffen. Karl Heinz Martin ist in die Kunst des Maschinenregisseurs noch nicht so innig eingedrungen, daß er sie souverän beherrschte; an vielen Enden und Ecken guckt das alte Theater heraus und läßt sich das neue als Fremdes und Ungeheures. Dennoch: was übrig blieb, war genug, um heutige Menschen zu packen, zu fesseln, zu erregen, nachdenklich zu machen. Mit Glück hat Martin den Film verwendet und schlagend demonstriert, wie der Film geeignet ist, das Geschehen auf den weitbedeutenden Breiten zu intensivieren, auszuweiten. Kein Wort und kein Bühnenbild konnte so eindringlich und erschütternd, so unkompliziert und überzeugend das Wirken der Jenfer, die Auswirkung der kapitalistischen Gegenmaßnahmen, das Vorgehen der Polizei gegen die Demonstranten, die Arbeit der Rüstungsindustrie, den Pomp der Krönungs- und Empfangsfeierlichkeiten dardun und als Blicke aus der Wirklichkeit — viele Filmaufnahmen kamen aus Wochenjahren, so z. B. die Krönungsfeierlichkeiten — die Szene erhalten und über Länder, Meere und Jahrhunderte spannen wie dies der Film zu tun vermochte.

Der deutschen Aktualitäten sind in diesem Stück eine ganze Menge; wenn die außenpolitische Situation sich zu jener des verhängnisvollen Jahres 1914 aufspürt, wenn von der Entscheidung des Kronrates und des Kabinetts Krieg oder Frieden abhängen, wenn die Generäle und Hurrapatrioten die "Wahrung des Prestiges" verlangen, wenn die Kriegsbegeisterung der Massen geschickt geschürt wird, wenn ein Hakenkreuzprofessor mit einem demokratischen Pazifisten sich prügelt, wenn Hakenkreuzler und Reichsbanner Guerillakrieg führt (warum die Autoren die roten Frontkämpfer vergessen haben, die doch in dieser Beziehung sehr tüchtig sind, ist nicht erfindlich), wenn die politischen Schlagworte der Parteien fallen, dann raunt und läßt es durch die Reihen des Publikums.

Ein Stück politischen Aufschauensunterrichtes; politische Revue mit knalligen Farben; oft nicht überzeugend, weil zu schulmeisternd; aber immer tapfer und ehrlich. Und gegenwärtig. Ein Ensemble von ausgezeichneten Darstellern (Ernst Deutsch, Granach, Spille Binder, Steinrück, Paul Grach, Frieda Richard, Doris Sims, Duschinsky) fügte sich unaufdringlich dem Ganzen ein. Das Publikum war begeistert. Heinz Esgruber.